



**Wissenschaftliche Analyse zum Phänomen des  
Linksextremismus in Niedersachsen,  
seiner sozialwissenschaftlichen Erfassung  
sowie seiner generellen und spezifischen Prävention**

**Laura Treskow**

Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN)

**Prof. Dr. Dirk Baier**

Institut für Delinquenz und Kriminalprävention  
Departement Soziale Arbeit  
Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW)

Hannover, Zürich, November 2020

# Inhalt

1. Einleitung .....	3
2. Ergebnisse der Projektmodule.....	4
2.1 Linksextremismus in Niedersachsen im Polizeilichen Hellfeld .....	4
2.2 Das Phänomen Linksextremismus aus Expertensicht.....	11
2.3 Linksextremismus im Licht niedersächsischer Befragungsstudien .....	18
2.3.1 Datengrundlage.....	18
2.3.2 Messinstrument zur Erfassung von Linksextremismus .....	20
2.3.3 Verbreitung und Entwicklung des Linksextremismus .....	25
2.3.4 Einflussfaktoren des Linksextremismus .....	27
2.3.5 Zusammenfassung.....	34
2.4 Linksextremismus in der Fachliteratur.....	36
2.4.1 Die Begrifflichkeit.....	37
2.4.2 Risikofaktoren der Radikalisierung .....	41
2.4.3 Proximale Radikalisierungsprozesse .....	47
2.4.4 Schutzfaktoren der Radikalisierung .....	48
2.5 Präventionsprojekte zum Linksextremismus .....	50
3. Folgerungen für die Prävention .....	54
Anhang 1: Ausgewählte Linksextremismus-Skalen .....	58
Anhang 2: Übersicht über empirische Zusammenhänge .....	60
Literatur.....	62

# 1. Einleitung

Im Gegensatz zu den Phänomenen des Rechtsextremismus und des islamistischen Extremismus kann in Bezug auf das Phänomen des Linksextremismus und hier insbesondere „die Akzeptanz einschlägiger Einstellungen und Mentalitäten in der Bevölkerung“ (Pfahl-Traughber 2020, S. 11) und deren Ursachen von einem Mangel an nationaler wie internationaler Forschung gesprochen werden. Die Forschung zum Linksextremismus wurde in der Vergangenheit primär aus politikwissenschaftlicher Perspektive durchgeführt und hatte in den letzten 30 Jahren vor allem die PDS bzw. Die Linke zum Gegenstand (u.a. Jesse/Lang 2008). Ein möglicher Grund für die Vernachlässigung sozialwissenschaftlicher Forschung zum Linksextremismus dürfte einerseits darin liegen, dass dieser in den 1990er und 2000er Jahren weniger aktiv war als die anderen beiden Extremismusformen. Andererseits existiert bislang keine geteilte Auffassung davon, was den Linksextremismus kennzeichnet und ob dieser überhaupt ein mit den anderen Extremismusformen vergleichbares Phänomen darstellt.

In jüngster Zeit ist das Interesse am Linksextremismus jedoch gestiegen, ausgelöst u.a. aufgrund linksextrem motivierter Gewalt während des G20-Gipfels in Hamburg 2017 oder in anderen deutschen Städten wie Berlin und Leipzig in den darauffolgenden Jahren. Mittlerweile liegen daher zunehmend Veröffentlichungen vor, die sich sowohl der Einstellungs- als auch der Handlungsebene widmen und sowohl eine jugendbezogene als auch eine altersgruppenübergreifende Perspektive einnehmen (u.a. Baier et al. 2016, Deutz-Schroeder/Schroeder 2016, Hillebrand et al. 2015, Meinhardt/Redlich 2020, Ramboll Management Consulting GmbH 2019). Auch das Interesse an Linksextremismus-Präventionsprogrammen ist gestiegen (Kober 2019), wobei – wie die Studie von Gruber und Lützing (2017) gezeigt hat – noch kaum Präventionsprojekte bzw. -maßnahmen vorliegen, die sich genuin dem Linksextremismus widmen: Für die Jahre 2014/2015 wurden von den Autoren insgesamt 721 Extremismuspräventionsprojekte identifiziert, von denen sich nur vier Prozent explizit der Linksextremismusprävention zuwendeten. Zu den vorhandenen Projekten konstatiert Kober (2019, S. 6) zugleich: „Zu keinem Projekt der Linksextremismusprävention liegt ein öffentlich zugänglicher Evaluationsbericht vor“, i.d.R. deshalb, weil keine Evaluation erfolgte.

Die bisherige empirische Forschungslage zu Einflussfaktoren des Linksextremismus ist lückenhaft; zur Prävention dieses Phänomens liegen ebenfalls nur wenige Veröffentlichungen vor. Ziel des in diesem Bericht vorgestellten Projekts war es, einerseits die bislang vorliegenden Erkenntnisse zum Linksextremismus zusammengetragen. Dabei wird, trotz vielfältiger Kritik am Begriff Linksextremismus (u.a. Flümann 2020), an diesem Terminus festgehalten. „Für den Linksextremismusbegriff sprechen seine Anschlussfähigkeit und komplexitätsreduzierende Wirkung [...und, d.A.] dass eine Alternative zur Beschreibung antidemokratischer, das Gleichheitspostulat verabsolutierender Phänomene außer Sicht ist“ (Mannewitz/Thieme 2020, S. 46ff). Andererseits werden auf Basis neuer Datenerhebungen bzw. Datenauswertungen zusätzliche Erkenntnisse zum Ausmaß und zu den Bedingungsfaktoren des Linksextremismus in Niedersachsen erarbeitet, die eine Grundlage für die Linksextremismusprävention im Bundesland darstellen können. Dass sich auf das Bundesland Niedersachsen konzentriert wird, ist damit zu begründen, dass der hiesige Landespräventionsrat im März 2020 eine entsprechende Analyse angeregt hat. Das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen sowie das Institut für Delinquenz und Kriminalprävention der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften haben daraufhin ein Projektdesign mit mehreren Modulen entwickelt, welches vom Landespräventionsrat genehmigt wurde. An dieser Stelle möchten die Autoren dem Landespräventionsrat Niedersachsen und hier besonders Herrn Thomas Müller für die Förderung und Begleitung des Projekts danken. Zusätzlich möchten die Autoren Amelie Lopez Trillo und Friederike Engelking für ihre hilfreiche Unterstützung bei verschiedenen Rechercharbeiten und bezüglich des fachlichen Austauschs zu dem Thema danken.

Der vorliegende Bericht stellt die Ergebnisse der verschiedenen Module vor. Modul 1 umfasste dabei die Analyse von Hellfeld-Statistiken der Polizei bzw. des Verfassungsschutzes; entsprechend stellt das erste Ergebniskapitel dieses Berichts die Befunde dieses Moduls vor. Durchgeführt wurden daneben in Modul 2 Interviews mit Experten aus dem Bereich Wissenschaft, Behörden und Praxis, deren Ergebnisse im Anschluss präsentiert werden. In Modul 3 wurden erstmals in umfassender Weise Befragungsdaten aus zwei Befragungsstudien ausgewertet. Hierbei wurden einerseits Jugendbefragungen der Jahre 2013 bis 2019 berücksichtigt, andererseits eine Erwachsenenbefragung aus dem Jahr 2014. In Modul 4 wurde eine Literaturanalyse durchgeführt, in welcher sich den verschiedenen Begrifflichkeiten sowie den Risiko- und Schutzfaktoren des Phänomens Linksextremismus gewidmet wurde, wobei sich bezüglich der Vorstellung der entsprechenden Befunde am entwicklungsorientierten Modell der Radikalisierung von Beelmann (2019) orientiert wird. Modul 5 schließlich beinhaltete, dass die vorhandene Projektlandschaft mittels Recherchen und einer Umfrage gesichtet wurde. Aus Basis der verschiedenen Erkenntnisse werden abschließend verschiedene Empfehlungen für die Prävention des Phänomens Linksextremismus in Niedersachsen formuliert.

## 2. Ergebnisse der Projektmodule

### 2.1 Linksextremismus in Niedersachsen im Polizeilichen Hellfeld

Über Ausmaß und Entwicklung von Linksextremismus kann auf Basis von polizeilich registrierter Straftaten Auskunft gegeben werden. Seit dem Jahr 2001 erfolgt die statistische Erfassung entsprechender Straftaten anhand des Leitkonzepts der „politisch motivierten Kriminalität“ (PMK; vgl. Kubink 2002). In der Statistik werden dabei einerseits sog. Staatsschutzdelikte gezählt, wie z.B. der Landes-, Friedens- und Hochverrat, die Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates, Straftaten gegen Verfassungsorgane oder die Bildung terroristischer Vereinigungen. Andererseits gehören hierzu Straftaten, die Anhaltspunkte dafür bieten, dass sie den demokratischen Willensbildungsprozess beeinflussen sollen, dass sie sich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung richten, dass sie auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden oder dass sie gegen eine Person aufgrund deren politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft, Erscheinungsbild, Behinderung, sexuellen Orientierung oder gesellschaftlichen Status gerichtet sind (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2020, S. 22).

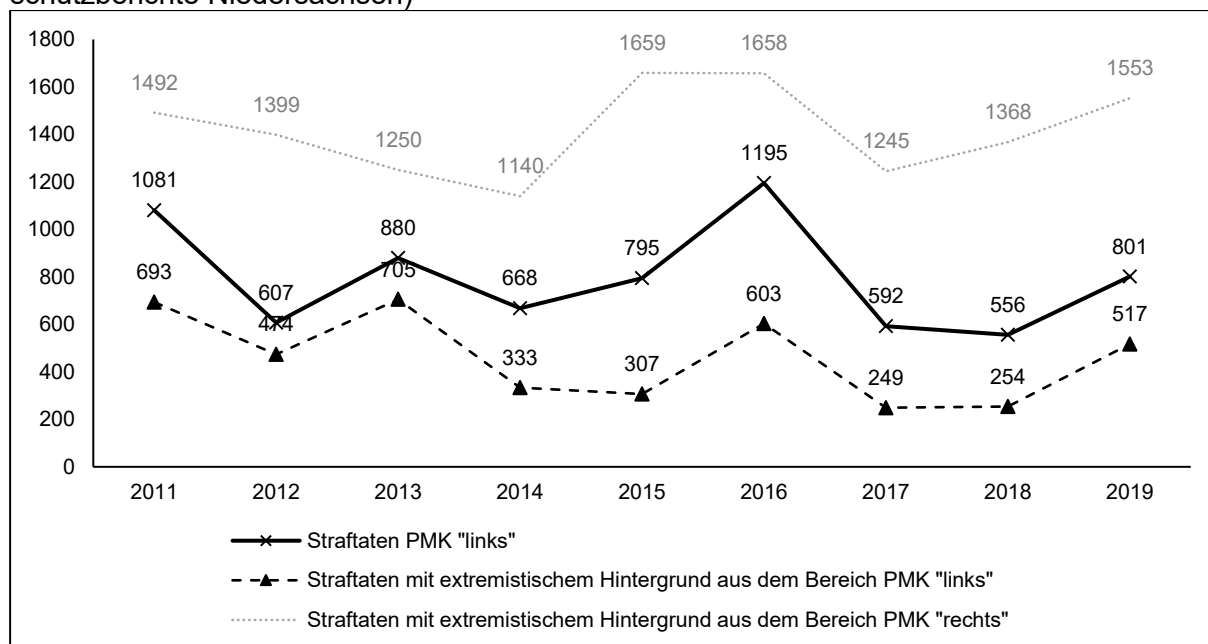
Eine Teilmenge der als politisch motivierte Kriminalität registrierten Straftaten ist die sog. extremistische Kriminalität (ebd., S. 23ff). Hierbei handelt es sich um Straftaten, bei denen Anhaltspunkte bestehen, „dass sie darauf abzielen, bestimmte Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen, die für die freiheitliche demokratische Grundordnung prägend sind“ (ebd., S. 24). Unterschieden werden dabei u.a. rechtsextremistische Straftaten, Straftaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich der „politisch motivierten Ausländerkriminalität“ und linksextremistische Straftaten. In letztgenannten Straftaten kommt zum Ausdruck, dass die demokratische Staats- und Gesellschaftsordnung abgeschafft und durch ein kommunistisches oder ein „herrschaftsfreies“, anarchistisches System ersetzt werden soll.

An der Validität der Erfassung von politisch motivierten Straftaten, insbesondere mit Blick auf rechtsextremistische Straftaten, wird immer wieder Kritik geübt (u.a. Kleffner/Holzberger 2004). Insofern Polizisten vor Ort Straftaten aufnehmen und klassifizieren müssen, ist die Zuordnung zu einem Bereich immer abhängig vom Ausmaß der Sensibilisierung für unterschiedliche Phänomene. Hinzu kommt, dass auch von einem Dunkelfeld politisch motivierter Straftaten auszugehen ist, d.h. Straftaten nicht angezeigt bzw. anderweitig polizeilich aufgedeckt

werden. Polizeistatistiken bilden als sog. Helffeld-Statistik immer nur einen Teil aller begangenen Straftaten ab. Gleichwohl erscheint es wichtig, auch diese Statistiken zur Kenntnis zu nehmen, weil sie bspw. längerfristige Betrachtungen von Entwicklungen ermöglichen.

Nachfolgend werden polizeiliche Statistiken Niedersachsens zum Bereich PMK „links“ betrachtet.<sup>1</sup> Abbildung 1 stellt dabei zunächst die Gesamtzahl der *registrierten Straftaten* dar. Im Zeitraum seit 2011 lag der Höchstwert der Straftaten im Jahr 2016 mit 1195 Straftaten. Eine Erklärung für diese hohe Anzahl liegt in den in diesem Jahr durchgeführten Kommunalwahlen in Niedersachsen, in deren Kontext fast ein Drittel aller registrierten Straftaten erfolgten. Entsprechend der Einschätzung der Polizei lag eine Ursache für die Steigerung im Vergleich zu den Vorjahren in der erstmaligen Beteiligung der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) an Wahlen in Niedersachsen. Die zweithöchste Zahl ist für das Jahr 2011 festzustellen. In diesem Jahr erfolgte der bislang letzte Castor-Transport nach Gorleben, der von Demonstrationen, Straf- und vor allem Gewalttaten begleitet wurde, an denen auch aus anderen Bundesländern angereiste Personen beteiligt waren.<sup>2</sup>

Abbildung 1: Straftaten PMK „links“ seit 2011 (Quelle: LKA Niedersachsen; Verfassungsschutzberichte Niedersachsen)



Im Vergleich der Jahre 2018 und 2019 ist es zudem zu einem deutlichen Anstieg der Straftaten gekommen. Dieser Anstieg wird in erster Linie auf die Europawahlen zurückgeführt, in deren Rahmen linksmotivierte Straftaten gegen die AfD als politischer Gegner aus dem rechten Spektrum stattfanden. Letztlich zeigt die Betrachtung der Straftaten der letzten Jahre ein Auf und Ab; ein klarer Trend ist aus den Fallzahlen nicht herauszulesen. Stattdessen variieren die Zahlen mit bedeutsamen gesellschaftlichen Ereignissen. Ebenfalls in Abbildung 1 dargestellt ist die Anzahl der extremistischen Straftaten.<sup>3</sup> Der Verlauf der Anzahl linksextremistischer Straftaten entspricht weitestgehend dem Verlauf der Straftaten PMK „links“. Interessant ist aber, dass im Jahr 2013 (nicht 2016) mit 705 Straftaten die höchste Zahl registriert wurde, gefolgt von den Jahren 2011 und 2016. Erklärt werden kann die hohe Zahl linksextremistischer Straftaten im Jahr 2013 einerseits durch die Landtags- und Bundestagswahl, die mit Straftaten

<sup>1</sup> Die Autoren bedanken sich beim Landeskriminalamt Niedersachsen und hier bei Klaus Koch und Axel Hindemith für die Überlassung der Statistiken sowie die kritische Kommentierung dieses Berichtsteils. Bei den nachfolgend berichteten Zahlen handelt es sich um eine Momentaufnahme zum Zeitpunkt Frühjahr 2020; aufgrund weiterer Ermittlungstätigkeiten können sich die Zahlen für die einzelnen Jahre ändern.

<sup>2</sup> Wie bei anderen Ereignissen auch (z.B. G20-Gipfel in Hamburg 2017) ist die hohe Zahl verübter Straftaten z.T. auf einen Demonstrationstourismus aus anderen Bundesländern zurückzuführen und lässt sich damit nicht allein auf den niedersächsischen Linksextremismus zurückführen.

<sup>3</sup> Hierbei handelt es sich um die Straftaten, die in den Verfassungsschutzberichten ausgewiesen werden.

im Zusammenhang mit dem Wahlkampf der NPD oder anderer rechtsorientierter Parteien einhergingen. Zur hohen Anzahl trug daneben ein einzelnes Demonstrations-Ereignis in Bad Nenndorf bei.

Obwohl sich dieser Bericht nicht mit dem Phänomen des Rechtsextremismus auseinandersetzt, erscheint es an dieser Stelle dennoch wichtig, zur Verdeutlichung der Relevanz des Linksextremismus auf dieses Phänomen einzugehen. In Abbildung 1 sind deshalb die als rechtsextremistisch eingestufteten Straftaten ebenfalls dargestellt, die immer über den Zahlen zu den linksextremistischen Straftaten liegen (um mindestens das 1,8fache im Jahr 2013 bis zum 5,4fachen in den Jahren 2015 und 2018). Auch wenn zu den Zahlen zum Rechtsextremismus zu beachten ist, dass es sich mehrheitlich um Propagandadelikte handelt, belegen die Zahlen, dass Rechtsextremismus in Niedersachsen ein weitreichenderes Problem darstellt als der Linksextremismus.

Auf welche Themenfelder sich die Straftaten des Bereichs PMK „links“ beziehen, kann der nachfolgenden Tabelle 1 entnommen werden. Dabei ist im rechten Teil die absolute Anzahl an Straftaten aufgeführt; im linken Teil wird der Anteil in Bezug auf alle registrierten Taten des Jahres berichtet. Für die Darstellung wird sich auf vier Jahre des Zeitraums 2011 bis 2019 beschränkt. Da Taten teilweise verschiedenen Themenfeldern zugeordnet werden können, summieren sich die Anteile nicht zu einhundert (und die absoluten Zahlen nicht zur Gesamtzahl des jeweiligen Jahres). Über den gesamten Zeitraum hinweg bildet der Antifaschismus das wichtigste Themenfeld registrierter Straftaten PMK „links“. Im Jahr 2016 konnten mehr als vier von fünf Taten diesem Themenfeld zugeordnet werden. Teilweise Überschneidungen ergeben sich zum Themenfeld „Konfrontation gegen Rechts“, das hinsichtlich der Relevanz zunimmt (von 16,3 % aller Taten auf zuletzt 49,1 %). Zunehmend werden als links eingestufte Straftaten auch im Zusammenhang mit Wahlen ausgeübt; im Jahr 2016 galt das für 33,1 % der Straftaten. Das Themenfeld „Polizei“ verliert über die Zeit hinweg allmählich an Relevanz: Während im Jahr 2011 noch 27,5 % der Straftaten die Polizei zum Ziel hatte, waren dies 2019 nun mehr 11,7 %. Ein starker Bedeutungsverlust ist beim Themenfeld „Kernenergie“ festzustellen. Während im Jahr 2011 noch fast jede dritte Straftat diesem Themenfeld zuzuordnen war, war dies im Jahr 2019 nicht mal mehr jede einhundertste Tat. Die anderen Themenfelder machen einen kleinen Anteil von Straftaten des Bereichs PMK „links“ aus; starke Veränderungen lassen sich dabei nicht identifizieren.

Tabelle 1: Themenfelder Straftaten PMK „links“ (Quelle: LKA Niedersachsen, eigene Berechnungen)

	Anteil in %				Anzahl Straftaten			
	2011	2013	2016	2019	2011	2013	2016	2019
Antifaschismus	41,6	70,0	83,5	67,9	450	616	998	544
Politische Einstellung: Konfrontation gegen Rechts	16,3	53,9	55,7	49,1	176	474	666	393
Wahlen: Europa 2019, Bundestag 2013, Kommunen 2011/2016	3,4	13,4	33,1	21,0	37	118	396	168
Innen- und Sicherheitspolitik: Polizei	27,5	16,6	20,3	11,7	297	146	242	94
Antimilitarismus	1,5	0,0	0,3	5,9	16	0	4	47
Sozialpolitik	4,2	5,3	1,5	5,6	45	47	18	45
Antiimperialismus/Globalisierung	3,6	3,4	1,5	4,0	39	30	18	32
Ökologie/Industrie/Tierschutz/Tierrecht/Jagd	4,7	4,5	1,8	3,4	51	40	22	27
Befreiungsbewegung, internationale Solidarität	0,1	0,1	2,3	3,1	1	1	28	25
Ausländer/Asyl	1,2	1,5	3,5	2,5	13	13	42	20
Antirassismus	1,4	1,7	2,6	1,9	15	15	31	15
Kernenergie	30,7	1,1	0,3	0,9	332	10	3	7

Welche Delikte im Bereich PMK „links“ ausgeführt werden, zeigt Tabelle 2. In allen Jahren am häufigsten ausgeführt wurden Sachbeschädigungen. Gewaltdelikte bilden meist die zweithäufigste Deliktkategorie – nur im Jahr 2019 wurden mehr Diebstähle als Gewaltdelikte registriert.<sup>4</sup>

<sup>4</sup> Bei Diebstählen handelt es sich fast ausschließlich um die Entwendungen von Wahlkampfmitteln rechtsgerichteter Parteien

Bei den Gewaltdelikten werden meist mehr gefährliche als einfache Körperverletzungen erfasst. Jenseits der Körperverletzungen werden auch Widerstandsdelikte als Gewaltdelikte in der Statistik geführt.<sup>5</sup> Werden die Anteile der verschiedenen Delikte in Bezug auf die Gesamtzahl der Straftaten PMK „links“ betrachtet (nicht dargestellt), so ergeben sich keine starken Trends: Der Anteil an Sachbeschädigungen nimmt seit 2015 etwas zu, der Anteil an Gewaltdelikten kontinuierlich seit 2011 ab. Diebstähle (mit den Ausnahmen 2016 und 2019) weisen einen weitestgehend konstanten Anteil unter allen Straftaten auf.

Tabelle 2: Delikte des Bereichs PMK „links“ seit 2011 (Quelle: LKA Niedersachsen)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Sachbeschädigungen (§ 303, 304 StGB)	527	290	379	422	338	546	333	306	447
Diebstähle (§ 242, 243, 248a StGB)	34	14	38	25	15	189	13	8	107
Gewaltdelikte	281	139	175	116	147	227	84	85	74
darunter: einfache Körperverletzungen (§ 223 StGB)	30	31	40	25	43	75	19	13	16
darunter: gefährliche Körperverletzungen (§ 224 StGB)	84	49	51	48	51	60	30	20	18
darunter: Widerstand (§ 113 StGB, ab 2017 114 StGB)	38	34	52	8	20	40	20	27	27

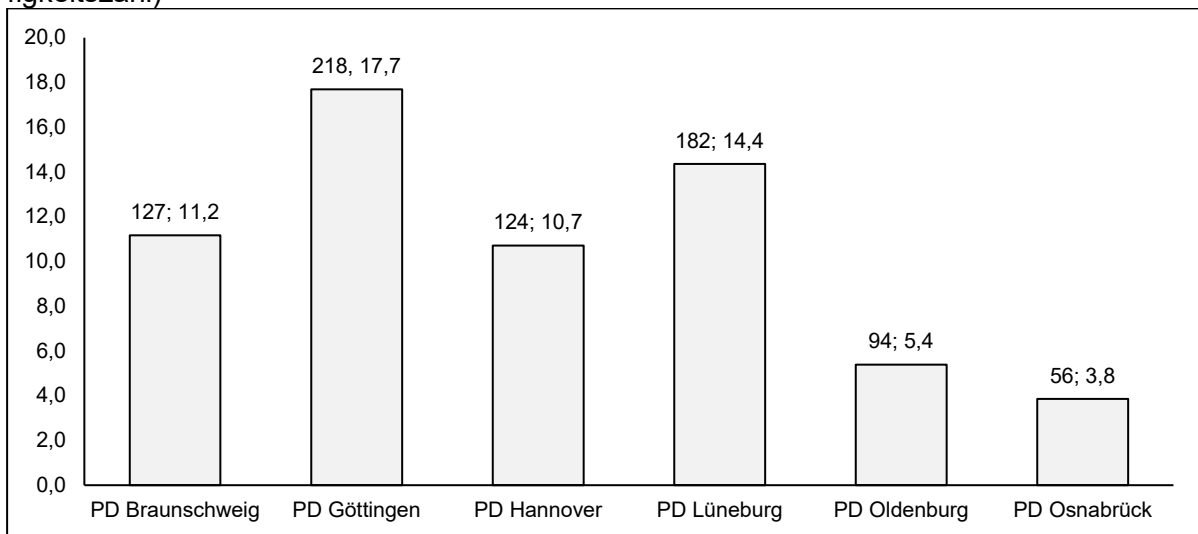
Straftaten des Bereichs PMK „links“ verteilen sich regional unterschiedlich. Dies kann anhand der Polizeidirektionen sichtbar gemacht werden.<sup>6</sup> Abbildung 2 stellt für das Jahr 2019 die absolute Anzahl an Straftaten je Polizeidirektion dar. Zusätzlich wurde eine Häufigkeitszahl berechnet, d.h. die Anzahl an Straftaten wurde an der Anzahl Einwohner relativiert.<sup>7</sup> Da die Einwohnerzahl zwischen den Polizeidirektionen variiert (zwischen 1,1 und 1,7 Millionen), ist eine Relativierung der absoluten Anzahl an Straftaten an der Einwohnerzahl sinnvoll. Die Betrachtung der Häufigkeitszahl zeigt, dass in der Polizeidirektion Göttingen die höchste Belastung mit Straftaten des Bereichs PMK „links“ vorliegt. Pro 100000 Einwohnern wurden hier 17,7 Straftaten dieses Bereichs gezählt. Die zweithöchste Zahl ergibt sich für die Polizeidirektion Lüneburg. Deutlich niedrigere Belastungszahlen ergeben sich für die Direktionen Osnabrück und Oldenburg.

<sup>5</sup> Zusätzlich gelten bspw. Landfriedensbruch (§ 125), Brandstiftung (§ 306) oder gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs- und Luftverkehr (§ 315) als Gewaltdelikte, die aber nur einen kleinen Anteil der Gewaltdelikte stellen und daher in der Tabelle nicht dargestellt sind.

<sup>6</sup> Zur PD Braunschweig gehören folgende kreisfreie Städte bzw. Landkreise: Braunschweig Stadt, Salzgitter Stadt, Wolfsburg Stadt, Gifhorn, Goslar, Helmstedt, Peine und Wolfenbüttel. Die anderen Polizeidirektionen setzen sich aus folgenden Gebieten zusammen: PD Göttingen (Göttingen, Northeim, Hameln-Pyrmont, Hildesheim, Holzmin-den, Nienburg (Weser) und Schaumburg), PD Hannover (Region Hannover), PD Lüneburg (Celle, Uelzen, Lüneburg, Lüchow-Dannenberg, Stade, Rotenburg (Wümme), Heidekreis und Harburg), PD Oldenburg (Oldenburg Stadt, Oldenburg, Diepholz, Verden, Vechta, Cloppenburg, Cuxhaven, Osterholz, Wilhelmshaven Stadt, Friesland, Delmenhorst Stadt, Ammerland und Wesermarsch), PD Osnabrück (Osnabrück Stadt, Osnabrück, Emsland, Leer, Aurich, Wittmund, Emden Stadt und Grafschaft Bentheim).

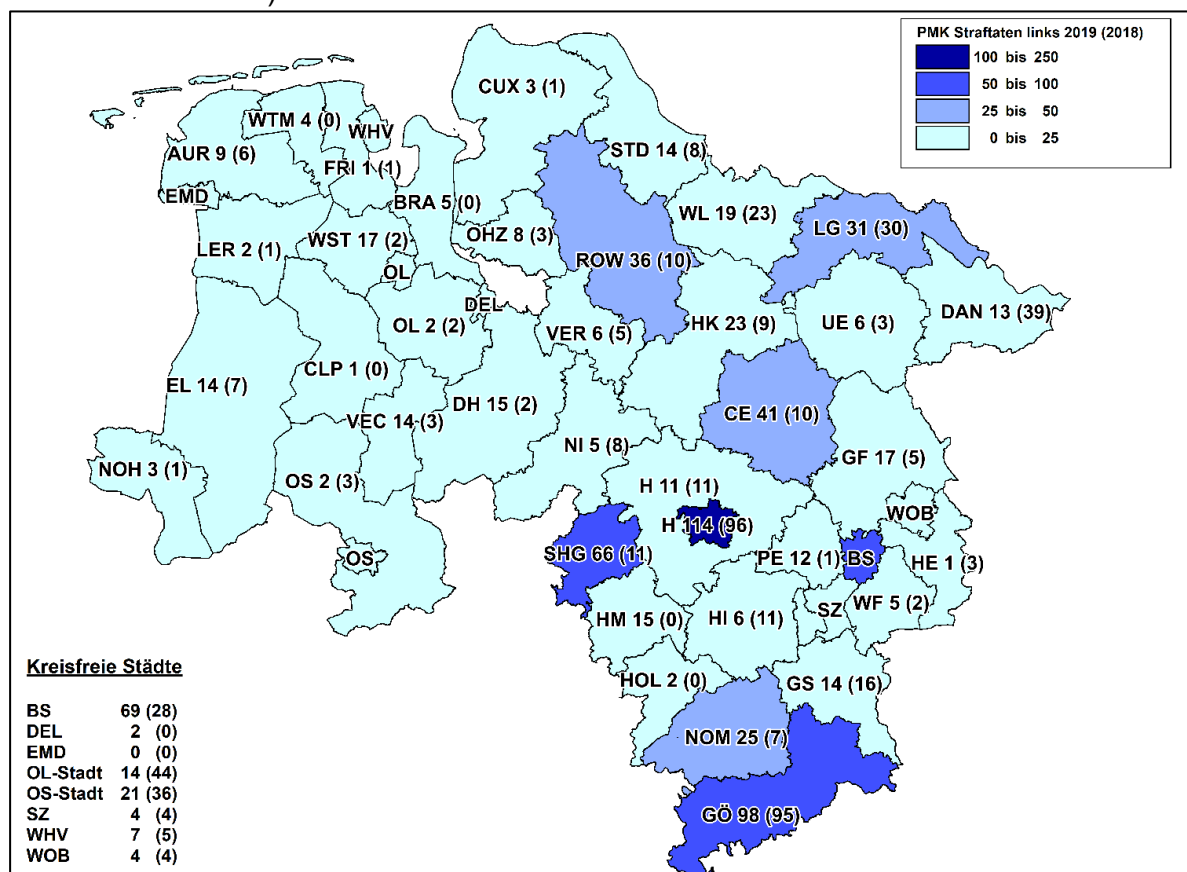
<sup>7</sup> Hierfür wurde die Bevölkerungszahl vom 31.12.2019 genutzt (Quelle: Landesamt für Statistik Niedersachsen, LSN-Online Datenbank).

Abbildung 2: Straftaten PMK „links“ 2019 nach Polizeidirektion (Quelle: LKA Niedersachsen; eigene Berechnungen; erste Zahl: absolute Anzahl Straftaten PMK „links“, zweite Zahl: Häufigkeitszahl)



Eine weitere Auswertung belegt, dass innerhalb der Polizeidirektionen wiederum nur ausgewählte Landkreise bzw. kreisfreie Städte höhere Zahlen aufweisen (Abbildung 3).

Abbildung 3: Straftaten PMK „links“ 2019 (2018) nach Landkreis bzw. kreisfreier Stadt (Quelle: LKA Niedersachsen)



Die kreisfreien Städte Hannover, Göttingen und Braunschweig sowie der Landkreis Schaumburg bilden demnach die Gebiete mit den höchsten Zahlen im Jahr 2019.<sup>8</sup> Gleichzeitig gilt aber

<sup>8</sup> Die Straftatenhäufung 2019 im Landkreis Schaumburg beruht zu 90 % auf Sachbeschädigungen durch linksmotivierte Farbschmierereien, die einer 2017 in Bückeburg gegründeten und Ende 2019 aufgelösten Gruppierung („Rot Revolutionäre Jugend“) zuzuschreiben waren. Für Braunschweig ergaben sich im Jahr 2019 erhöhte Zahlen



auch, dass zumindest Braunschweig und der Landkreis Schaumburg im Jahr 2018 deutlich geringere Zahlen aufwiesen – nur für Hannover und Göttingen ergeben sich für das Jahr 2018 ebenfalls hohe Zahlen. Einzelne Ereignisse können demnach die Belastung eines Gebietes mitbestimmen; erst im Zeitverlauf wird deutlich, welche Gebiete dauerhaft höherbelastet sind. Neben den beiden genannten Städten gehört hierzu ebenfalls der Landkreis Lüneburg.<sup>9</sup>

Wenn registrierte Straftaten aufgeklärt werden, liegen Angaben zu den *Tatverdächtigen* vor, so dass etwas über die Geschlechts- und Altersstruktur der Tatverdächtigen PMK „links“ ausgesagt werden kann. Zu beachten ist hierbei, wie bei anderen Formen der Hellfeldkriminalität, dass die Angaben zu den Tatverdächtigen immer mit Zurückhaltung zu interpretieren sind, da nur ein Teil der Straftaten aufgeklärt und damit nur über einen Teil aller Tatverdächtigen etwas bekannt wird. Im Zeitraum 2011 bis 2019 variierte die Aufklärungsquote zwischen 19,9 (2019) und 48,3 % (2013); im Durchschnitt aller Jahre lag sie bei ca. einem Drittel – d.h. nur zu einer von drei Taten werden Tatverdächtige ermittelt.

Wie Abbildung 4 zeigt, ist die Anzahl an ermittelten Tatverdächtigen seit 2011 kontinuierlich rückläufig.<sup>10</sup> Im Jahr 2011 wurden noch 632 Tatverdächtige PMK „links“ registriert, 2019 waren es nun mehr 211. Diese Entwicklung spiegelt nicht die Entwicklung der Straftaten insgesamt wieder, die über diesen Zeitraum hinweg nicht kontinuierlich zurückgehen (s.o.). Der Rückgang der registrierten Tatverdächtigen ist eher ein Resultat einer sinkenden Aufklärungsquote (ohne Darstellung): Im Zeitraum 2011 bis 2013 wurden durchschnittlich vier von zehn Straftaten aufgeklärt, im Zeitraum 2017 bis 2019 nur noch etwas mehr als eine von vier Straftaten. Dies bedeutet, dass das Wissen über die Tatverdächtigen im Zeitverlauf zurückgeht, da weniger Tatverdächtige ermittelt wurden. Die über die Jahre rückläufige Aufklärungsquote ist dabei teilweise auf den steigenden Anteil an Sachbeschädigungen und Diebstählen zurückzuführen, zu denen sich nur in wenigen Fällen Tatverdächtige ermitteln lassen.

Abbildung 4 enthält zu den Tatverdächtigen Angaben zum Geschlecht und zum Alter. Die konkreten Prozentzahlen sind der Übersicht wegen nicht aufgeführt. Erkennbar ist aber erstens, dass Tatverdächtige mehrheitlich männlich sind, wobei der Anteil männlicher Tatverdächtiger im Zeitverlauf etwas abnimmt (von 78,1 % im Jahr 2011 auf 71,1 % im Jahr 2019). Zweitens gilt, dass Tatverdächtige von Straftaten PMK „links“ meist jungen Alters sind: Bis zu vier von fünf Tatverdächtigen hatten ein Alter von unter 30 Jahren. Dabei deutet sich zugleich an, dass sehr junge Tatverdächtige (unter 18 Jahre) über die Jahre hinweg einen rückläufigen Anteil stellen (Rückgang von 11,7 % im Jahr 2011 auf 5,7 % im Jahr 2019). Auch bei der Altersgruppe der 18- bis 20-jährigen deutet sich ein Rückgang des Anteils an (von 19,9 auf 12,3 %). Der Anteil der 21- bis 29-jährigen Tatverdächtigen steigt hingegen leicht von 35,9 % (2011) auf 42,2 % (2019). Bei den über 30-jährigen (nicht dargestellt) ergibt sich damit ebenfalls eine leichte Zunahme des Anteils im Beobachtungszeitraum (von 32,2 auf 38,4 %). Damit lässt sich folgern, dass Straftaten des Bereichs PMK „links“ vornehmlich von männlichen bzw. jungen Personen ausgeführt werden, wobei ältere und weibliche Personen zunehmend aktiver zu werden scheinen.

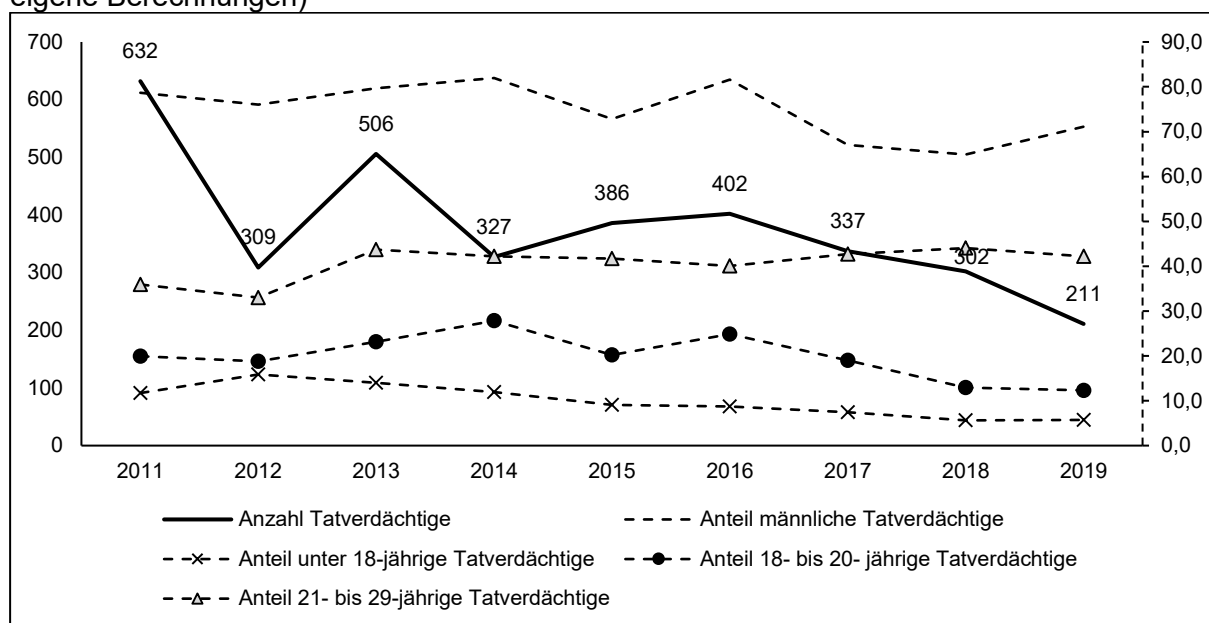
---

aufgrund der Durchführung des Bundesparteitages der AfD und damit einhergehender Straftaten des Bereichs PMK „links“.

<sup>9</sup> Zu den im Jahr 2019 ebenfalls höher belasteten Gebieten (Landkreise Celle, Rotenburg (Wümme), Northeim) lassen sich folgende Gründe benennen: Die Straftatenhäufung im Landkreis Celle beruht zum Teil auf antimilitaristischen Straftaten durch Teilnehmer eines Protestcamps gegen ein Rüstungsunternehmen, im Landkreis Rotenburg (Wümme) auf einer Straftatenserie innerhalb weniger Tage, bei der ein Angehöriger der Partei AfD in sozialen Netzwerken beleidigt wurde, im Landkreis Northeim auf Diebstählen von Wahlkampfmitteln der AfD sowie auf Straftaten im Rahmen einer bestehenden Links-Rechts-Konfrontation.

<sup>10</sup> In Abbildung 4 sind zwei Y-Achsen dargestellt. Die linke Y-Achse bezieht sich auf die absolute Anzahl Tatverdächtiger, die rechte Y-Achse auf die vier zusätzlich dargestellten Anteile.

Abbildung 4: Tatverdächtige Straftaten PMK „links“ seit 2011 (Quelle: LKA Niedersachsen; eigene Berechnungen)



Neben der Betrachtung der Fallzahlen und der Tatverdächtigen soll zuletzt das Linksextremismus-Potenzial anhand der Zahlen des niedersächsischen Verfassungsschutzberichts berichtet werden. Wie Tabelle 3 zeigt, scheint dieses Potenzial im Zeitraum 2011 bis 2015 gesunken zu sein, da sich die Anzahl an Personen, die linksextremen Gruppen zugeordnet wurden, von 1385 auf 1060 reduziert hat. Für die Gruppe der „Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten“ gilt allerdings, dass diese über die Jahre hinweg weitestgehend stabil geblieben ist. Veränderungen ergeben sich demnach nur für die Gruppe der „Autonomen und sonstigen gewaltbereiten Linksextremisten sowie Anarchisten“: Diese Zahl hat sich von 940 auf 625 reduziert. Seit dem Jahr 2016 steigt die Anzahl allerdings wieder und betrug zuletzt 780, was immerhin einem Anstieg von einem Viertel entspricht.

Tabelle 3: Linksextremismus-Potenzial in Niedersachsen (Quelle: Verfassungsschutzberichte Niedersachsen)

Jahr	insgesamt	Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten	Autonome und sonstige gewaltbereite Linksextremisten sowie Anarchisten
2011	1385	445	940
2012	1385	445	940
2013	1350	470	880
2014	1120	435	685
2015	1060	435	625
2016	1060	435	625
2017	1075	435	640
2018	1125	425	700
2019	1205	425	780

Die Daten der Polizeilichen Statistik PMK „links“ belegen *zusammengefasst*, dass Linksextremismus in Niedersachsen ein präsenten Phänomen darstellt, dass seit 2017 wieder zunimmt, wobei diese Zunahme nicht den Bereich des Gewaltverhaltens, sondern der Sachbeschädigung und des Diebstahls betrifft; linksmotivierte Gewaltdelikte nehmen seit 2011 kontinuierlich ab. Im Vergleich zum Rechtsextremismus ergibt sich im letzten Jahrzehnt durchgehend eine geringere Anzahl an linksmotivierten Straftaten, was darauf hinweist, dass Rechtsextremismus das verbreitetere Phänomen darstellt, auch wenn in diesem Bereich primär Propagandadelikte registriert werden. Der Antifaschismus und damit auch die Konfrontation mit rechten Positionen und Parteien (u.a. im Kontext von Wahlen) stellen das wichtigste und zunehmend wichtiger werdende Themenfeld in Niedersachsen dar. Die Themen- bzw. Aktivitätsfelder Polizei

und vor allem Kernenergie sind hingegen von abnehmender Bedeutung. Straftaten des Phänomenbereichs PMK „links“ werden in verschiedenen Regionen Niedersachsens häufiger begangen als in anderen Regionen: Die Städte Göttingen und Hannover sowie der Landkreis Lüneburg bilden regionale Hotspots linksmotivierter Straftaten. In Bezug auf die Tatverdächtigen des Phänomenbereichs PMK „links“ gilt, dass diese männlich und jüngeren Alters sind; ältere und weibliche Personen werden aber allmählich häufiger als Tatverdächtige registriert, wobei bei all diesen Auswertungen zu den Tatverdächtigen zu beachten ist, dass die Aufklärungsquote nur bei ca. einem Drittel liegt – mit rückläufiger Tendenz. Das Linksextremismus-Personenpotenzial nimmt in Übereinstimmung mit den Entwicklungen der Straftaten PMK „links“ seit 2016 wieder zu. Dies betrifft aber nur die Gruppe der „Autonomen und sonstigen gewaltbereiten Linksextremisten sowie Anarchisten“, nicht die insgesamt kleinere und seit Jahren stabile Gruppe der „Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten“.

## 2.2 Das Phänomen Linksextremismus aus Expertensicht

Die Interviews mit Experten des Phänomenbereichs Linksextremismus wurden als eigenständiges Projektmodul durchgeführt, um zusätzliche Einschätzungen zur Verbreitung, den Einflussfaktoren und den Präventionsansätzen in Erfahrung zu bringen. Interviews waren dabei mit Experten aus folgenden Bereichen vorgesehen: Sicherheit (z.B. Polizei, Verfassungsschutz), Prävention (z.B. Jugendarbeit, Fachstelle) und Wissenschaft. In Rücksprache mit dem Landespräventionsrat Niedersachsen wurden insgesamt neun Personen für ein Interview angefragt. Mit sechs Personen konnte ein Interview realisiert werden, wobei zwei Personen im Rahmen eines Interviews befragt wurden. Hauptgrund dafür, nicht für ein Interview zur Verfügung zu stehen, war, dass in jüngerer Zeit keine Arbeiten mehr zum Phänomenbereich durchgeführt wurden, weshalb ein Interview von Seiten der angefragten Person als nicht zielführend eingestuft wurde. Bei den sechs Personen, die letztlich für ein Interview zur Verfügung standen, handelt es sich sämtlich um männliche Befragte, und zwar aus dem Bereich Wissenschaft (drei Personen), Verfassungsschutz (eine Person) und Prävention (zwei Personen). Aus Gründen der Anonymität werden die Namen der interviewten Personen an dieser Stelle nicht genannt. Für die Bereitschaft, an einem Interview teilzunehmen, soll diesen Personen hier zugleich ausdrücklich gedankt werden.

Die Interviews waren als leitfadengestützte Experteninterviews (Meuser/Nagel 2009) konzipiert. Der Leitfaden der Interviews gliederte sich dabei in vier Teile. Im ersten Teil wurden die Befragten gebeten, etwas zu ihrem beruflichen Hintergrund und ihrem Tätigkeitsbereich zu erzählen. Der zweite Teil widmete sich dem Phänomenbereich Linksextremismus allgemein, wobei Fragen nach der Begrifflichkeit (z.B. „Was verstehen Sie unter Linksextremismus? Wir würden Sie Linksextremismus definieren?“) und der Verbreitung des Phänomens gestellt wurden (z.B. „Wie würden Sie aktuell die Situation in Niedersachsen in Bezug auf den Linksextremismus einschätzen? Wie schätzen Sie die Entwicklungen für die nächsten Jahre ein?“). Im dritten Teil des Interviews wurden die Ursachen für Linksextremismus beleuchtet, wobei Fragen wie „Was denken Sie, sind typische Ursachen der Hinwendung zum Linksextremismus?“ gestellt wurden. Zudem wurde das Radikalisierungsmodell von Beilmann (2019) als Stimulus eingesetzt und mittels Nachfragen wie „Ist das Modell Ihrer Meinung nach übertragbar auf den Phänomenbereich Linksextremismus?“, „Welche Faktoren/Prozesse sind für den Linksextremismus besonders bedeutsam, welche nicht bedeutsam“ vertieft diskutiert. Der vierte und letzte Teil des Interviews widmete sich der Prävention von Linksextremismus, u.a. mit Fragen wie „Wo sollte Ihrer Meinung nach Prävention ansetzen?“, „Welche Präventionsangebote sind Ihrer Meinung nach wirksam, um der Entstehung von Linksextremismus vorzubeugen?“ oder „Gibt es Interventionsangebote (z.B. Aussteigerprogramme)?“.

Die Interviews wurden sämtlich online über ein Video-Conferencing-Tool geführt und digital aufgezeichnet. Sie dauerten im Durchschnitt 70 Minuten. Anhand der Tonspur der Videos wurden die Interviews komplett transkribiert. Die Auswertung der Transkripte erfolgte inhaltsanalytisch (Mayring 2003), d.h. zentrale Passagen wurden codiert und über die verschiedenen Interviews miteinander verglichen. Nachfolgend werden die zentralen Ergebnisse der Experteninterviews vorgestellt.

Werden zunächst die Ausführungen der Experten zur *Begrifflichkeit* betrachtet, so zeigt sich eine hohe Übereinstimmung dahingehend, bestimmte Phänomene wie antikapitalistische Haltungen nicht als linksextrem einzustufen: „Antikapitalismus als solches ist ja nichts Extremistisches“ (S)<sup>11</sup> äußert bspw. ein Experte. Ein anderer meint „der Kapitalismus [ist] kein Grundbestandteil unserer Verfassung oder die Verfassung erlaubt ausdrücklich auch die Überwindung oder Etablierung einer anderen Ordnung“ (W), weshalb Antikapitalismus nicht als extremistisch bezeichnet werden kann. Was Linksextremismus zugleich genuin ausmacht, wird von den Experten unterschiedlich eingeschätzt. Ein Experte lehnt den Linksextremismus-Begriff generell ab und spricht sich für die Verwendung des Begriffs „linke Militanz“ aus: „dass der Linksextremismus nicht [...] verstößt gegen eben Menschenrechte, gegen Gleichheitsvorstellungen [...] gegen [...] pluralistische Vorstellungen [...]“ (W). Linke Militanz hingegen umfasst stärker die problematischen Aspekte des Phänomens, d.h. „eine kämpferische Haltung [...] eine Tat betonende Strategie [...] und radikale [...] auf fundamentale Veränderung zielende Ziele [...]. Also kampfbetont, tatorientiert und Radikalität“ (W). Dieser Begriff weist dann „Überschneidungen mit dem, was in der historisch-sozialwissenschaftlichen Forschung als Linksradikalismus bezeichnet wird“ (W) auf.

Experten, die den Linksextremismus-Begriff als sinnvoll einstufen, verweisen im Wesentlichen auf zwei zentrale Elemente eines solchen Begriffs: Erstens die Opposition zur freiheitlich demokratischen Grundordnung, mit dem Ziel, ein anarchistisches oder kommunistisches Gesellschaftsmodell umzusetzen<sup>12</sup> und damit die „Systemfrage“ (S) zu stellen, zweitens die Gewaltbereitschaft. Dabei ist nicht nur das Gewaltverhalten von Bedeutung: „Aber ich wehr mich dagegen [...] dass man alles auf Gewalt reduziert. Das heißt also, dass Extremismus nur das ist, was auch gewalttätig ist. Aber die Gedanken, die Worte kommen vor den Taten. In dieser Hinsicht sollte man natürlich auch den ideologischen Background immer mitdenken“ (S). Andere Experten fokussieren hingegen gerade das Gewaltverhalten: „Für mich ist da der Bruch, wie diese Ziele, Ideologien, Pläne [...] umgesetzt werden sollen; dort wo es nicht quasi wechselt von einem demokratisch legitimierten Versuch, Sachen zu verändern hin zu einem extremistischen gewaltvollen antidemokratischen Versuch“ (W).

Hinsichtlich des Anarchismus als Definitionselement des Linksextremismus äußern sich die Experten u.a. wie folgt: „Wenn wir quasi [...] im Sinne eines totalen Anarchismus und damit der Aufhebung jeglicher Staatlichkeit [sprechen], klar ist das antidemokratisch in dem Sinn, dass die Demokratie als ein Staatssystem ausgehebelt werden soll“ (W). Allerdings sind auch hier die Positionen nicht einheitlich, weil Anarchismus auch als „Selbstverwaltung“ interpretiert werden kann und insofern „nicht per se antidemokratisch“ (W) ist.

Hingewiesen wird von einigen Experten auch auf Phänomene, die im Linksextremismus existieren, diesen aber nicht allein charakterisieren. Hierzu zählen bspw. der Antisemitismus oder der Antifeminismus. Diese Subphänomene bieten Anknüpfungspunkte für phänomenübergreifende Präventionsansätze (s.u.).

---

<sup>11</sup> Im Folgenden werden die Interviewauszüge nur in Bezug auf den Bereich, aus dem ein Experte kommt, gekennzeichnet, wobei „S“ für den Bereich Sicherheit, „W“ für den Bereich Wissenschaft und „P“ für den Bereich Prävention steht.

<sup>12</sup> Den Unterschied formuliert ein Experte wie folgt: „... sprich in der herrschaftsfreien Gesellschaft auf der anarchistischen Seite und in der klassenlosen Gesellschaft auf der kommunistischen Seite“ (S).

Insbesondere aus dem Bereich der Präventionspraxis wird betont, dass Begriffsdefinitionen zwar wichtig sind, aber für die praktische Arbeit nicht immer Bedeutung haben, und zwar ers- tens deshalb, weil „in der eigentlichen praktischen Arbeit wir den Begriff des Extremismus gar nicht so sehr verwenden“ (P), um den Zugang zur Zielgruppe nicht zu gefährden: „Zielgrup- penerreichung, das ist für uns nen wichtiger Faktor, weil wir erstmal sowohl als Projekt [...] nicht davon ausgehen können, dass linke Meinungen zu vertreten bzw. linke Haltungen zu vertreten, erstmal grundsätzlich grundgesetzfeindlich wäre“ (P). Zudem gilt: „Bei einigen Ziel- gruppen, mit denen gearbeitet wird, stößt man tatsächlich häufiger auf Ablehnung, wenn man explizit vom Begriff Linksextremismus redet bzw. wenn man suggeriert, man würde gegen Links arbeiten“ (P). Zweitens kommt die Präventionspraxis bislang generell kaum mit linksex- tremen Personen in Kontakt; stattdessen wird mit Personen gearbeitet, die sich auf einem Weg der Radikalisierung befinden oder aber mit Personen (z.B. Lehrkräften, Sozialarbeitenden), die mit entsprechenden Personen in Kontakt kommen. Vor dem Hintergrund dieser Haupt- Zielgruppen der Präventionsarbeit ist die Rede vom Linksextremismus i.d.R. nicht gerechtfertigt.

Hinsichtlich der *Lageeinschätzung* sind sich alle Experten darin einig, unabhängig, auf wel- chen regionalen Kontext sich ihre Einschätzungen beziehen – es wurden nicht allein nieder- sächsische Experten befragt – dass der Linksextremismus derzeit keine umfassende Bewe- gung mit hohem Gewaltisiko darstellt. In Bezug auf Niedersachsen lautete eine typische Ein- schätzung bspw.: „also in Niedersachsen, im Gegensatz zumindest zu Berlin, jetzt auch Leipzig natürlich zuletzt Hamburg ist eh relativ ruhig, würde ich sagen. Also da sollte man auch die Kirche im Dorf lassen. Wir haben natürlich unsere Hotspots“ (S). Damit sind vor allem die Städte Göttingen und Hannover angesprochen, die laut Experten aufgrund des „studentischen Potenzials“ auffällig sind. In diesen Städten hat sich eine postautonome Szene u.a. in Form der Interventionistischen Linken und des Bündnisses „Ums Ganze“ gebildet. Die postauto- nome Szene versucht dabei als „Scharnier zwischen dem dogmatischen Linksextremismus [...], dem undogmatischen Spektrum, wie es die Autonomen repräsentieren, und dem demo- kratischen Spektrum“ zu fungieren und damit auch eine Vernetzung in die Mitte der Gesell- schaft, „ins bürgerliche Spektrum hinein“ (S) zu etablieren<sup>13</sup>, wobei dies bislang noch wenig erfolgreich ist. Hotspots sind deshalb Hotspots, weil sich hier linksextreme Szenen und Milieus über teilweise Jahrzehnte hinweg tradiert haben, deshalb einen entsprechenden Ruf genießen und auf junge Menschen mit spezifischen Orientierungen attraktiv wirken („Da wusste man auch, aha Göttingen und so weiter, wenn man in der Szene aktiv werden will, ist eh Göttingen eine gute Adresse“, S).

Weitere Einschätzungen zur derzeitigen Lage des Linksextremismus in Niedersachsen bzw. Deutschland lauten: „Aber als grundsätzliches sehe ich die linke Szene in der Defensive“ (W), „Ich glaube, das auf der Linken wir im Moment nicht viel Gefahr haben“, „Also auch von dem Eigenverständnis sieht sich, glaube ich, die Szene gerade nicht in ner starken Position oder wachsenden Position“ (P), „und was wir [...] feststellen, ist, dass die Szene deutlich schwächer ist als sie vor Jahrzehnten gewesen ist“ (W). Als eine mögliche Erklärung des eher schwach ausgeprägten Linksextremismus wird dabei ins Feld geführt, „dass dieser Zusammenbruch des Ostblocks schon auch da in der radikalen Linken was zerstört hat, weil seither die, wenn man so will, die westliche marktwirtschaftliche Demokratie ja doch alternativlos ist“ (W).

Die Ereignisse des G20-Gipfels in Hamburg im Jahr 2017 könnten diesen Einschätzungen der Experten widersprechen, insofern sie ein hohes Gewaltpotenzial der Linksextremen zu bele- gen scheinen. Dies ist aber laut Ausführungen der Experten eine fehlerhafte Deutung des Ge- schehens. Die Ereignisse des G20-Gipfels belegen zum einen die Zerstrittenheit der linksex- tremen Szene: „Wenn man [...] im Nachhinein mal so auf den Seiten die Diskussionen inner- halb der postautonomen Szene gelesen hat, waren die ziemlich stinkendsauer, weil ihnen der

---

<sup>13</sup> So drücken sich auch andere Experten aus: „das ist generell ne Strategie, dass viel mehr versucht wird, sich ans Bürgerliche anzunähern“ (W) oder „Das ist eher so, dass große Teile halt eben gerade um die Interventionistische Linke herum, ja ne gewisse Anschlussfähigkeit zur Mitte der Gesellschaft versuchen herzustellen“ (P).

klassische Autonome durch die Randalie die Show gestohlen hat [...] gleichzeitig sind dadurch Bündnisse mit dem bürgerlichen Lager gefährdet worden“ (S). Zum anderen wird G20 als Indiz für die Schwäche der Linken betrachtet: „mittlerweile sind sie ja nicht mal mehr zu Kampagnen in der Lage, sondern einfach nur zur punktuellen Straßenschlacht“ (W). Die G20-Ausschreitungen werden, so die Annahme eines Experten, eher dazu genutzt, auch in Zukunft Linksextremismusprävention zu fordern, auch wenn dies die aktuelle Lage möglicherweise nicht rechtfertigt: „Also wenn wir uns G20 angucken, was natürlich auf Jahre noch der große Grund wird, weshalb Prävention gegen Linksextremismus benötigt wird [...] und das sind natürlich einschneidende Elemente, aber es ist seitdem auch nicht mehr viel passiert“ (W).

Die Experten äußern sich daneben skeptisch, dass neue Themen dem Linksextremismus zukünftig Auftrieb verleihen könnten. Eines dieser neueren Themen ist der Klimaschutz: „Dann versucht man an andere Organisationen, wie ‚Fridays for Future‘ anzuknüpfen“ (S), was aber entsprechend der Experten von den anderen Organisationen unterbunden wird bzw. hier zeigt sich dann folgendes Dilemma: „also ich sehe [...] dass sich dieser Umweltprotest radikalisieren kann und in Teilen jetzt auch schon radikalisiert, aber mit dieser Radikalisierung geht ja das Ende der Massenhaftigkeit auch gleichzeitig einher“ (W), d.h. auch wenn es dem Linksextremismus gelingt, in diesem Themenbereich Fuß zu fassen, wird dies zur Folge haben, dass viele junge Menschen die dann radikalisierte Bewegung verlassen werden.

Ein anderes Thema sind die Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen. Aber auch hier gelingt es dem Linksextremismus bislang nicht, über eigene Positionen bspw. der Antirepression sichtbarer zu werden. Statt Aktionen durchzuführen, ist es eher der Fall, „dass die linksextremistische Szene sich eigentlich weitgehend an die Corona-Vorschriften gehalten hat“ (S). Weiterhin relevant und zukünftig möglicherweise noch bedeutsamer ist das Aktionsfeld des Antifaschismus: „wenn jetzt die radikale Rechte, die extreme Rechte, also deutlich stärker wird und deutlich militanter wird, dann [...] kann es zumindest dazu führen, dass in kleinen isolierten Kreisen auch da tatsächlich es ne Gewalt-Aktionszuspitzung geben würde“ (W). Auch wenn damit eingeräumt wird, dass es punktuell Themen geben kann, die den Linksextremismus stärken könnten, äußern sich die Experten eher zurückhaltend dahingehend, dass dies zukünftig tatsächlich der Fall sein wird.

Hinsichtlich der *Ursachen* bleiben die Ausführungen der Experten insgesamt eher recht allgemein. Konkrete Faktoren auf individueller oder meso- bzw. makrosozialer Ebene werden kaum benannt, was auch daran liegt, dass „genau wie im Rechtsextremismus und Islamismus, ist es unglaublich divers“ (W), d.h. es gibt zahlreiche Einflussfaktoren und man kann nicht sagen „wenn die Eltern so sind und das Einkommen so und die Studiausbildung so, dann wird die Person am Ende ein Linksextremer“ (W). Ein anderer Experte äußert sich vergleichbar: „Da gibt’s ja auch noch immer keinen toxischen Mix an Faktoren, der halt eben sagt, Menschen radikalieren sich deswegen“ (P). Zusätzlich fügt dieser Experte kritisch an, dass das Denken in Einflussfaktoren auch einen Nachteil hat, „weil da bestimmte Automatismen suggeriert werden“.

Mit Blick auf die Einflussfaktoren sprechen mehrere Experten an, dass Linksextreme ein starkes Gerechtigkeits- bzw. Gleichheitsmotiv haben. Ein Experte formuliert dies bspw. folgendermaßen: „die Leute in der Szene empfinden ja unsere Gesellschaft als massiv ungerecht“ (S). Ein anderer Experte äußert sich vergleichbar und meint, es ist „ein Unrechtsgefühl, dass man sich von der Politik missverstanden, nicht verstanden, nicht wahrgenommen fühlt und sagt okay, jetzt muss ich radikaler werden“ (W). Ein anderer Experte aus dem Bereich Wissenschaft spricht in diesem Zusammenhang von einer „Sensibilität für gesellschaftliche Missstände“, die bereits im Elternhaus mitgegeben wird.

Ebenfalls von mehreren Befragten wird erwähnt, dass ein höherer Bildungsstand mit der Affinität zum Linksextremismus einhergeht: „Also meistens Gymnasiasten und später eben Studenten. Eh das heißt auch, dass eh die meisten denke ich mal, auch eher nen bürgerlichen

Hintergrund haben, aus bürgerlichen Familien kommen, Mittelstand, gehobener Mittelstand und so weiter“ (S).

Hierbei wird von mehreren Befragten auch auf eine generationsübergreifende Kontinuität linken Engagements verwiesen („Autonome in der zweiten oder in der dritten Generation“, S). Anscheinend gibt es im Bereich des Linksextremismus Hinweise darauf, dass Eltern ihre ideologischen Positionen an die Kinder weitergeben, die dann im Jugend- und Heranwachsendenalter solche Positionen ggf. mit Gewalt umzusetzen versuchen. Ein Experte formuliert dementsprechend: „das sind nicht die Bildungsverlierer, ökonomische Verlierer, es sind zumeist Leute mit bereits linken Elternhaus“ (W).<sup>14</sup>

Erwähnt wird daneben, dass Linksextreme eventuell negative Erfahrungen bspw. mit der Polizei oder mit Rechtsextremen gemacht haben könnten, was sie dazu motiviert, gegen diese Gruppen vorzugehen. Ein anderer Experte bezweifelt dies allerdings explizit: „das sind viel weniger Unrechtserfahrungen, die an die Person selber herangetragen werden [...] weil das gut gebildete, zumeist aus wohlhabenderen Familien kommende Personen sind [...], sind es weniger Leute, die [...] sagen ‚Ich bin jetzt von Rassismus betroffen, ich bin von Kapitalismus so betroffen, dass ich komplett ausgebeutet werde‘, sondern es ist ein weitsichtigeres Verhalten, dass man bereit ist, in die Welt zu gucken und zu sagen, was läuft schief und ich möchte in dem Sinne mich einsetzen“ (W).

Obwohl die Experten damit eher davon ausgehen, dass Linksextremismus mit Faktoren zusammenhängt, die für eine „gelungene Sozialisation“ (W) sprechen, wird nicht ausgeschlossen, dass linksextreme Straftäter auch andere Entwicklungswege aufweisen: „da habe ich manchmal den Eindruck, dass es da nicht so anders ist als bei so manchen religiösen Salafisten und bei Rechtsextremen, dass die erst vielleicht einfach nur Kriminelle gewesen sind und haben dann irgendwas gesucht, womit sie das dann neu aufladen können als Begründung für ihre Handlung“ (W).

Die Überlegungen in Bezug auf mögliche *Präventionsansätze* bleiben in den Ausführungen der Experten ebenfalls eher allgemein. Als wesentliches Problem wird benannt, dass die Zielgruppe der Linksextremen kaum zu erreichen ist<sup>15</sup>, weshalb indizierte Prävention bzw. Intervention besonders schwierig umzusetzen ist. Laut den Experten sollte Prävention daher vor allem als universelle Prävention erfolgen, d.h. man muss „verhindern, dass die Leute überhaupt in die Szene reinkommen“ (S).<sup>16</sup> Dies kann über „Demokratieerziehung“ (S) geschehen, worunter bspw. zu verstehen ist, „Verständnis dafür zu schaffen, dass man gewaltfrei Konflikte lösen muss“. In diesem Sinne hieße Demokratieerziehung, dass auf gewaltförmige Protestformen verzichtet werden sollte: „Gewaltverhinderung sollte auf alle Fälle ein Ziel der Prävention sein“ (W). Allerdings kann Demokratieerziehung auch noch breiter gefasst werden: „Also wir möchten Menschen in ihrer demokratischen Handlungsfähigkeit bestärken, sie dialogfähig machen und ihnen Hilfestellungen geben, wie sie mit demokratiefeindlichen Phänomenen [...] gut umgehen können“ (P).

Ein der Demokratieerziehung ähnlicher Vorschlag ist, dass man vermehrt politische Bildungsarbeit umsetzen sollte. Diese beinhaltet, „dass Demokratie auch radikale Veränderungsimpulse gestattet, dass dazu gehört, dass Demokratie immer unfertig ist [...], dass Interessenvielfalt, Pluralismus wesentlich dazugehören, dass also die eigenen Interessen wichtig sind

---

<sup>14</sup> Sehr ähnlich äußert sich ein weiterer Experte: „und das sind Leute, die keine Verlierer im Bildungssystem sind, die auch selber keine existenziellen Erfahrungen des Scheiterns hinter sich haben, die nicht aus lieblosen Elternhäusern kommen, sondern und auch auch erst recht nicht aus autoritären, sondern im Gegenteil, also würde man sagen in der Regel sind das liberale Elternhäuser“ (W).

<sup>15</sup> Ein Zitat lautet bspw.: „Na ja, also im Prinzip Präventionsangebote, die auf die radikale oder extreme Linke zugeschnitten waren, haben ja in der Vergangenheit, wenn ich es richtig sehe, nie funktioniert. Weil die, weil man an die Leute nicht rankommt“ (W).

<sup>16</sup> Auch in Bezug auf die Vergangenheit wird konstatiert, dass Linksextremismusprävention Primärprävention war: „Also grundsätzlich ist erstmal zu sehen, dass meiner Kenntnis nach im Linksextremismus-Feld weitestgehend oder nicht weitestgehend im überwiegenden, nein im kompletten, wirklich im kompletten Feld Universalprävention stattfindet“ (W).

und dass man die einbringen muss, dass aber auch andere Interessen legitim sind“. Ziel ist, die „Stärken, die Errungenschaften, die Vorzüge von Demokratie und Vielfalt zu vermitteln“ (W). Ein interessantes Pilotprojekt, das in diesem Zusammenhang geschildert wird, ist, dass die linksradikale Schulgeschichte aufgearbeitet wird: „man kann Leute dafür interessieren, weil man so mit ihnen zu tun hat, die eigene Schule, auf die man ja selbst auch geht, aufzuarbeiten [...]. Man kann daran aufarbeiten, woran haben die eigentlich Kritik geübt. Man kann auch überlegen, ist die Kritik eigentlich vollkommen illegitim oder hat die auch aus der heutigen Perspektive vielleicht sogar auch zu Veränderungen geführt [...], wo hat man über die Stränge geschlagen und kann da auch eben dann die Probleme zeigen und eh da natürlich dann auch so etwas aufarbeiten wie dann den Terrorismus“ (W).

Von verschiedenen Experten wird darauf hingewiesen, dass Präventionsarbeit im Bereich Linksextremismus bestenfalls auf einzelne Subphänomene gerichtet sein sollte. Diese Subphänomene können sehr viel genauer bspw. im Rahmen von Schulunterrichtseinheiten, Workshops usw. adressiert werden als das Linksextremismusphänomen als Ganzes. Solch ein Subphänomen kann bspw. Gewalt gegen Polizisten, Antifeminismus, Verschwörungstheorien oder Antisemitismus sein: „Das waren Projekte, die sich weit weniger diesem Linksextremismus-Konzept verschrieben haben, sondern gesagt haben, okay was sehen wir als einzelne problematische Aspekte in einer linken Szene und lassen sie uns doch dazu Projekte machen. Und das war [...] zumeist Antisemitismus. [...] Auch da waren das Bildungsprojekte im Sinne von Nachmittags-Workshops, Tages-Workshops [...], wo wirklich auch gezeigt wird, was ist Antisemitismus, was hat das für ne Konstante, wieso gibt es das auch in der linken Szene, was sind da Elemente, Gedanken dahinter“ (W). Der Vorteil, den die Arbeit an diesen Subphänomenen bietet, ist, dass zugleich extremismusübergreifend präventiv agiert wird: „Also es gibt natürlich Querverbindungen, wie zum Beispiel Antisemitismus, die sich selbstverständlich auch im Islamismus und im Rechtsextremismus wiederfinden lassen. Von daher ist aus unserer Sicht [...] die Erkenntnis gewachsen, dass es viel sinnvoller ist, sich Phänomen, auch wenn man gezielt den Bereich Links bearbeiten möchte, sich trotzdem dessen phänomenübergreifend zu nähern“ (P).

Empfehlenswert im Bereich der Linksextremismusprävention erscheint die Arbeit mit Multiplikator\*innen, die teilweise mit dem Phänomen des Linksextremismus konfrontiert werden. Diese benötigen z.T. Hilfe, „das Phänomen, was sie vielleicht bei sich in der Einrichtung oder Institution haben, zu verstehen, also auch mit diesen Jugendlichen zu verstehen, und [...] unterstützende Ratschläge von außen, um damit möglichst gut umgehen zu können“ (P).

Neben den genannten Subphänomenen und den Adressatenkreis scheint es im Bereich der Linksextremismusprävention zudem Bedarf mit Blick auf die Rolle sozialer Medien zu geben: „und haben dort auch bestätigt bekommen, vor allem auch im schulischen Kontext gibt es größere Defizite, was das betrifft, also, dass vor allem Lehrerschaften häufig nicht in der Lage sind, gut auf dieses Phänomen einzugehen, häufig auch nicht verstehen können, was Jugendliche dort im Internet machen“ (P). In jüngerer Zeit ist dabei vor allem auch die Verbindung von Soziale-Medien-Konsum und Verschwörungstheorien zu problematisieren: Da „haben wir aber den Aspekt der Verschwörungstheorie noch mal ganz stark [...], weil es zum Themenfeld der Radikalisierung eh auch dazu gehört, dass Verschwörungstheorien immer eine wichtige Rolle spielen, wurde aber hier der Bedarf noch mal wesentlich stärker, vor allem in Bezug auf ehm Corona-bedingte Verschwörungstheorien“ (P).

Zu beachten ist in der Linksextremismusprävention laut Experten ein zentrales Dilemma: „Vieles, was über ein Linksextremismus-Projekt unter anderem vielleicht verhindert werden soll, ist genau das, was sich eine demokratische Gesellschaft wünscht“ (W). Linksextremismusprävention sollte also kritisches Denken bspw. mit Bezug auf die wirtschaftliche oder politische Gegenwart nicht unterbinden, da darin Potenzial für Innovationen und Verbesserungen liegt. Hinterfragen, auch radikales Hinterfragen der bestehenden Verhältnisse, ist nicht unbedingt von der Präventionsarbeit zu adressieren, denn „was radikal ist, ist ja noch in dem normalen



Rahmen; extremistisch ist über diesen Rahmen hinaus, das heißt, was sich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung wendet“ (S). Zudem muss in der Präventionsarbeit verhindert werden, die Zielgruppe zu stigmatisieren, weil dadurch erfolgreiche Arbeit verhindert wird: „Also wenn die Gefahr besteht, wir wollen heute verhindern, dass ihr alle links werdet, dann kann ich mir auch gut Trotzreaktionen oder Antihaltung vorstellen [...] wir wollen gar nicht sicherstellen, dass ihr am Ende nichts mehr gegen Atomkraft habt. Wir wollen aber sicherstellen, dass ihr nicht mehr auf ner Anti-Castor-Demo Steine auf Polizisten werft“ (W).

Aus den Antworten einzelner Experten lässt sich zudem die Frage nach der Notwendigkeit von Linksextremismusprävention ableiten. Angeführt wurde bereits, dass alle Experten die Einschätzung teilen, dass Linksextremismus kein zunehmendes Problem darstellt. Aus der Präventionspraxis kommt zudem folgende Erfahrung: „was aber aufgefallen ist, ist, dass von pädagogischer Seite aus es keinen Bedarf gab und artikuliert wurde zum Themenfeld linke Militanz“ (P). Von dem zitierten Experten wurde eine Beratungs- und Bildungsstelle zu diesem Themenfeld implementiert, die aber fast keine Anfragen erhielt; erst später artikuliert die Polizei einen Informationsbedarf, d.h. ein Akteur, auf den das Angebot zunächst überhaupt nicht zugeschnitten war. Aber „gerade bei der Polizei tatsächlich gibt es nen konkreten Bedarf“ (P), bspw. dahingehend, die verschiedenen Protestformen zu verstehen und angemessen darauf zu reagieren.<sup>17</sup>

Alle Befragten sind sich einig darin, dass eine spezifische Form der Intervention im Bereich Linksextremismus bei weitem weniger sinnvoll ist als im Bereich des Rechtsextremismus: staatlich organisierte Aussteigerprogramme. Dies hat mindestens drei Gründe: Erstens wird auf Aussteiger aus der Szene heraus weniger Druck ausgeübt, „man geht aus der Szene. Man unterliegt nicht irgendwelchen Verwerfungen danach, irgendwelchen Fehdemorden, um es mal überspitzt zu sagen“ (S). Zweitens ist man auch in der Gesellschaft nicht stigmatisiert, wenn bekannt wird, dass man linksextrem aktiv gewesen ist – anders als dies für rechtsextreme Aktivisten gilt; man unterliegt also „keiner gesellschaftlichen Ächtung“ (S).<sup>18</sup> Drittens ist das Interesse an einer Zusammenarbeit mit staatlichen Akteuren sehr gering, da diese ein zentrales Feindbild des Linksextremismus markieren. Der Erfolg existierender Programme ist dementsprechend nicht gegeben: „eine Person ist nach meinem Kenntnisstand ausgestiegen“ (S). Wenn Aussteigerprogramme Erfolg haben sollen, müssten sie von freien, nicht-staatlichen Trägern verantwortet werden; aber auch dann werden diese kaum vergleichbar bedeutsam sein wie Aussteigerprogramme für den Bereich Rechtsextremismus.

Abschließend wird von mehreren Experten der noch unzureichende empirische Erkenntnisstand im Bereich Linksextremismus bemängelt und es wird der Wunsch geäußert, dass, vergleichbar zum Rechtsextremismus, weitere Studien durchgeführt werden: „aber wir haben natürlich schon innerhalb der deutschsprachigen Forschungsgeschichte nen Augenmerk auf Rechtsextremismus und neuerdings halt eben die letzten paar Jahre sehr stark auf religiös begründeten Extremismus so [...]. Und eh wenn da halt eben auch geguckt werden würde, wie verhält sich das denn überhaupt mit bestimmten Formen von Menschen- und demokratiefeindlichen Symptomen ehm in diesem [linksextremen] Spektrum“ (P).

Werden die Interviews mit Experten aus den Bereichen Sicherheit, Wissenschaft und Präventionspraxis *zusammengefasst*, so kann gefolgert werden, dass es sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede in den Einschätzungen gibt. Die Mehrheit der Experten zieht den Linksextremismusbegriff nicht in Zweifel und subsummiert darunter ideologische Haltungen des Anarchismus bzw. Kommunismus, die Abschaffung des demokratischen Verfassungsstaates sowie eine Gewaltorientierung. Antikapitalistische Haltungen werden demgegenüber nicht als bestimmendes Merkmal des Linksextremismus eingestuft. Eine einheitliche Einschätzung der Experten besteht mit Blick auf die Entwicklung des Linksextremismus: Dieser wird nicht als

---

<sup>17</sup> Eine Interviewpassage lautete entsprechend: „wie kann die Polizei sich eh halt eben da auf diese Protestformen eh bestenfalls eingestellt eh begegnen“ (P).

<sup>18</sup> Ein anderer Experte formuliert: „man muss nicht Abstand nehmen von so nem linken Engagement, um nen ordentlichen Beruf zu bekommen und von der Mehrheitsgesellschaft aufgenommen zu werden“ (W).

zunehmendes gesellschaftliches Problem eingestuft; stattdessen wird eher von einer abnehmenden Bedeutung ausgegangen. Auch für die Zukunft wird nicht erwartet, dass der Linksextremismus an Bedeutung gewinnt. Vor diesem Hintergrund könnte die Frage nach der Notwendigkeit der Präventionsarbeit gestellt werden. Die Befragten ziehen aber nicht in Zweifel, dass Präventionsarbeit sinnvoll ist. Dadurch, dass sich diese eher der universellen Prävention und hier insbesondere der politischen Bildung, der Demokratievermittlung oder spezifischen phänomenübergreifenden Themen wie bspw. Antisemitismus widmen sollte, kann aber auch gefolgert werden, dass mit solch einer Präventionsarbeit nicht einzig dem Linksextremismus vorgebeugt wird, sondern gleichermaßen anderen Extremismusformen. Eine dezidierte Linksextremismusprävention wird von keinem Experten gefordert und ist u.a. auch aufgrund von Zugangsschwierigkeiten zur Zielgruppe eher nicht umsetzbar. In diesem Zusammenhang sprechen sich alle Experten gegen Aussteigerprojekte aus, da Linksextremismus-Aussteiger keine entsprechende Begleitung benötigen und diese auch meist ablehnen würden. Über die Ursachen bzw. Einflussfaktoren des Linksextremismus können die Experten aufgrund mangelnder wissenschaftlicher Forschung weitestgehend nur spekulieren. Einerseits scheinen linksextreme Personen demnach besonders vom Elternhaus geprägt zu sein, insofern dort entweder direkt entsprechende Einstellungen vorgelebt wurden bzw. ein starkes Interesse an gesellschaftlichen Ungleichheiten o.ä. vermittelt wurde. Andererseits ist eine höhere individuelle Bildung und – auch damit einhergehend – ein ausgeprägtes Interesse an Fragen der Gerechtigkeit bzw. Gleichheit charakteristisch für linksextremes Engagement.

## 2.3 Linksextremismus im Licht niedersächsischer Befragungsstudien

### 2.3.1 Datengrundlage

Nachfolgend werden zwei niedersächsische Befragungsstudien herangezogen, um empirisch fundierte Erkenntnisse zur Verbreitung und zu den Risiko- und Schutzfaktoren des Linksextremismus zu erarbeiten.<sup>19</sup> Dabei handelt es sich einerseits um eine Jugendbefragung, andererseits um eine Erwachsenenbefragung. In den Jahren 2013, 2015, 2017 und 2019 wurden vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen *Repräsentativbefragungen von Jugendlichen der neunten Jahrgangsstufe* durchgeführt (vgl. Bergmann et al. 2017, Bergmann et al. 2019). Diese Erhebung ist als kriminologische Dunkelfeldbefragung konzipiert und widmet sich hauptsächlich der Erfassung von Opfererfahrungen und Täterschaften sowie deren Einflussfaktoren. Für die Befragung erfolgte jeweils eine Zufallsziehung von Schulklassen (geschichtete Stichprobenziehung nach Schulformen) aus allen im jeweiligen Schuljahr unterrichteten Klassen (ausgenommen wurden Förderschulen mit anderem Schwerpunkt als dem Schwerpunkt Lernen). Im Jahr 2013 wurden 9512 Jugendliche befragt, im Jahr 2015 10638 Jugendliche und im Jahr 2017 8938 Jugendliche. In diesen Jahren konnten jeweils Rücklaufquoten von ca. 60 % und höher erreicht werden. Da sich über die Jahre aber ein schlechterer Rücklauf abzeichnete, wurde im Jahr 2019 eine doppelt so große Stichprobe gezogen und es wurden letztlich 12444 Jugendliche befragt (Rücklaufquote 41 %). Jeweils die Hälfte der Befragten war männlich, die andere Hälfte weiblich; das Durchschnittsalter lag bei 15 Jahren. Im Jahr 2013 hatten 24,3 % der Befragten einen Migrationshintergrund, zuletzt 2019 31,1 %.<sup>20</sup> In jedem der vier Erhebungsjahre besuchte etwa jede\*r dritte Befragte ein Gymnasium; der Anteil

---

<sup>19</sup> Die Autoren bedanken sich bei Yvonne Krieg für die Möglichkeit, die Daten der niedersachsenweiten Schüler\*innenbefragung 2019 in die Auswertungen einbeziehen zu können.

<sup>20</sup> Um den Migrationsstatus der Jugendlichen zu bestimmen, wurden diese gebeten, anzugeben, wo sie bzw. die leiblichen Eltern geboren wurden und welche Staatsangehörigkeit sie bzw. die Eltern besitzen. Es werden all jene Befragten als Jugendliche ohne Migrationshintergrund klassifiziert, die sämtliche Fragen mit „deutsch“ oder „Deutschland“ beantworteten. Sofern eine andere Herkunft berichtet bzw. ein anderes Geburtsland angegeben wurde (in Bezug auf den Befragten selbst oder ein Elternteil), wurde ein Befragter als Jugendlicher mit Migrationshintergrund eingeordnet.

an Förder- und Hauptschüler\*innen ging von 10,7 auf 5,2 % zugunsten von Schüler\*innen mittlerer Schulformen (vor allem Gesamtschule, Oberschule) zurück. All diese Angaben zur Stichprobe sowie die nachfolgend vorgestellten Ergebnisse beziehen sich auf gewichtete Datensätze. Da in den verschiedenen Erhebungsjahren teilweise zu wenige Jugendliche einer Schulform bzw. zu viele Jugendliche einer anderen Schulform erreicht wurden, wurden die bestehenden Diskrepanzen zwischen Stichproben und Grundgesamtheit mittels einer Anpassungsgewichtung ausgeglichen; dies garantiert, dass die Stichproben hinsichtlich der Schulform-Zusammensetzung repräsentativ sind.

Die Befragungen wurden von der Landesschulbehörde Niedersachsens genehmigt. Vorab wurden die Eltern der Jugendlichen über die Studie informiert und darum gebeten, der Teilnahme ihres Kindes schriftlich zuzustimmen. Die Jugendlichen wurden zu Beginn der Befragung darauf aufmerksam gemacht, dass die Teilnahme an der Befragung freiwillig ist, die Antworten nur in anonymisierter Form weiterverarbeitet werden, die Befragung jederzeit abgebrochen werden kann, einzelne Fragen unbeantwortet bleiben dürfen und ihnen auch durch eine Nicht-Teilnahme keine Nachteile entstehen. Die durchschnittlich 90-minütige Befragung wurde von geschulten Testleiter\*innen begleitet und schriftlich im Klassenverbund i.d.R. in Anwesenheit der Lehrkraft durchgeführt. In der Befragung des Jahres 2019 wurde der Erhebungsmodus zugunsten einer Online-Befragung (wiederum im Klassenkontext) geändert, wobei in Klassen, die nicht online befragt werden konnten, weiterhin schriftliche Befragungen durchgeführt wurden.

Verschiedene der nachfolgend vorgestellten Messinstrumente wurden nur Teilgruppen an Befragten zur Beantwortung vorgelegt, so dass die Fallzahlen der Auswertungen niedriger liegen als die berichteten Teilnehmendenzahlen. Die Auswahl dieser Teilgruppen erfolgte dabei jeweils per Zufall, so dass sich die Reduktion der Befragtenanzahl nicht auf die Ergebnisse auswirken sollte. Zu erwähnen ist daneben, dass sich alle Auswertungen auf Jugendliche beschränken, die nicht die Förderschule besuchen, da in diesen zumindest in einigen Jahren nur ein gekürzter Fragebogen zum Einsatz kam, der nicht alle Instrumente enthielt. Zudem wurden die Items zur Erfassung linksextremer Einstellungen im Erhebungsjahr 2019 deutlich verändert, was Trendvergleiche erschwert (s.u.).

Die *Erwachsenenbefragung* wurde im Jahr 2014 durchgeführt und beansprucht Repräsentativität für die ab 16-jährige Wohnbevölkerung Niedersachsens (Baier 2015). Im Rahmen der Studie wurde an 10000 Personen postalisch ein Fragebogen verschickt. Um eine möglichst hohe Rücklaufquote zu erzielen, wurde sich an dem Total-Design- bzw. Tailored-Design-Methode von Dilman (2000) orientiert. Dies bedeutet, dass die ausgewählten Personen erstens ein personalisiertes Ankündigungsschreiben erhielten. Kurze Zeit später wurde zweitens der Fragebogen versendet, dem ein Anreiz von fünf Euro (unkonditional) beigelegt war. Erneut kurze Zeit später, wurde drittens ein Dankes- bzw. Erinnerungsschreiben verschickt.

Von den 10000 Personen der Stichprobe standen 620 nicht für eine Befragung zur Verfügung, im Wesentlichen deshalb, weil sie bereits verzogen waren, weil sie verstorben waren oder weil eine Erkrankung die Teilnahme nicht möglich machte. Diese Gründe wurden als stichprobe-neutrale Ausfälle eingestuft. Letztlich umfasste die Hauptstichprobe damit 9380 potenziell befragbare Personen, von denen sich 5866 an der Befragung beteiligten, was einer Rücklaufquote von 62,5 % entspricht. Diese hohe Rücklaufquote ist eine direkte Folge des Einsatzes eines unkonditionalen monetären Anreizes. In einer Teilstichprobe wurde auf die Gabe des Anreizes verzichtet, mit dem Ergebnis, dass die Rücklaufquote mit 31,0 % nur halb so hoch ausfiel.

Um die Stichprobe der Befragungsteilnehmer\*innen zu bestimmen, wurden in einem ersten Schritt per Zufall Gemeinden ausgewählt; in einem zweiten Schritt erfolgt die Zufallsauswahl der zu befragenden Personen in diesen Gemeinden. Der erste Schritt, die Auswahl der Gemeinden, erfolgte durch das GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. Dabei wurde die Aufteilung von Niedersachsen in vier statistische Regionen berücksichtigt (Braunschweig,

Hannover, Lüneburg, Weser-Ems). Innerhalb der statistischen Regionen wurden Gemeinden entsprechend der Verteilung in der Grundgesamtheit zufällig ausgewählt. Insgesamt wurden auf diesem Weg 73 Gemeinden (von 420 niedersächsischen (Samt-)Gemeinden) bestimmt. Die Einwohnermeldeämter dieser Gemeinden wurden mit der Bitte angeschrieben, eine Zufallsziehung von dort gemeldeten Einwohnern durchzuführen und die Adressdaten zu übermitteln; die anvisierte Stichprobengröße lag zwischen 140 und 700 Personen je nach Größe der Gemeinde. Fünf Gemeinden waren nicht bereit, eine Stichprobe zu ziehen und die Adressdaten zu übermitteln. Für diese wurden Nachrückergemeinden mit vergleichbaren Eigenschaften (Einwohner\*innenzahl, Lage in statistischer Region) bestimmt.

Um auf Basis der Stichprobe Aussagen über Niedersachsen treffen zu können, war es zum einen notwendig, die Verteilung der statistischen Regionen in der Stichprobe an die tatsächlichen Verhältnisse anzupassen. Dies wurde durch eine sog. Designgewichtung ermöglicht. Zusätzlich wurde zum anderen eine Anpassungsgewichtung vorgenommen. Diese gleicht die Diskrepanzen zwischen der Stichprobe und der niedersächsischen Bevölkerung hinsichtlich der Merkmale Geschlecht und Alter aus. Problematisch war dabei allerdings, dass nicht zu allen Befragten Angaben zum Alter und zum Geschlecht vorlagen. Die Gewichtung der Daten, die sowohl das Design- als auch das Anpassungsgewicht beinhaltet, konnte nur für 5711 Befragte vorgenommen werden. Hinsichtlich der derart gewichteten Stichprobe kann folgendes mit Blick auf die sozio-demografische Zusammensetzung festgehalten werden: 51,8 % der Befragten waren weiblich, 48,2 % männlich. Das Durchschnittsalter lag bei 49,8 Jahren (Minimum: 16 Jahre, Maximum: 97 Jahre). 86,0 % der Befragten hatten eine deutsche Herkunft, 14,0 % einen Migrationshintergrund.<sup>21</sup>

Aufgrund der komplexen Datenlage und der verschiedenen Items zur Erfassung des Linksextremismus, die in den Befragungen eingesetzt wurden, erfolgte die Auswertung in verschiedenen Schritten. Im ersten Schritt wurde primär anhand der Schüler\*innenbefragungen ein neues Messinstrument zur Erfassung linksextemer Einstellungen und Verhaltensweisen entwickelt. Zu diesem Messinstrument wurden zweitens Korrelationsanalysen berechnet, die der Validierung des Instruments dienen sollten. Aufbauend auf dem Instrument konnten drittens deskriptive Befunde zu Verbreitung und Entwicklung des Linksextremismus erarbeitet werden. Viertens schließlich erfolgten umfangreiche Auswertungen zu möglichen Einflussfaktoren. Dabei wurden, soweit wie möglich, auch die Erwachsenenendaten berücksichtigt. Bereits an dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass alle Auswertungen nur an Querschnittbefragungen durchgeführt wurden, die keine Aussagen über Wirkungszusammenhänge zulassen. Die nachfolgend präsentierten Befunde müssen insofern mittels Längsschnittstudien erneut geprüft werden. Zum Phänomenbereich des Linksextremismus liegen solche Längsschnittstudien bislang nicht vor, wie es bislang auch nur wenige Querschnittstudien gibt.

### 2.3.2 Messinstrument zur Erfassung von Linksextremismus

Bislang findet sich in der Forschung kein etabliertes Instrument zur Erfassung von Linksextremismus. In Anhang 1 zu diesem Bericht finden sich vier verschiedene Instrumente, die hinsichtlich der berücksichtigten Dimensionen und der zugehörigen Items deutliche Unterschiede aufweisen. Die nachfolgende Tabelle 4 stellt alle Items vor, die in den niedersachsenweiten Befragungen zur Erfassung linker Orientierungen bzw. linksextemer Einstellungen und Verhaltensweisen genutzt wurden.

---

<sup>21</sup> Zur Bestimmung des Migrationshintergrunds wurde erfragt, wo die Befragten geboren wurden, welche Staatsangehörigkeit sie haben und ob mindestens eines der leiblichen Elternteile einen Migrationshintergrund aufweist. Wenn bei einer der insgesamt drei Fragen Hinweise auf eine andere als die deutsche Herkunft zu finden waren, wurde ein\*e Befragte\*r als Migrant eingestuft.

Tabelle 4: Items zur Erfassung linker bzw. linksextremer Einstellungen und Verhaltensweisen

	9. Jahrgangsstufe				Erwach- sene	Dimension
	2013	2015	2017	2019	2014	
<i>Einstellungen</i>						
Die Wirtschaft macht die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer.	(x)	(x)	(x)	-	x	Anti-Kapitalismus
Wirklich frei können wir nur dann sein, wenn der ganze Staat abgeschafft wird.	(x)	(x)	(x)	(x)	x	Anarchismus
Rechte Parteien und Kameradschaften sollten verboten werden.	(x)	(x)	(x)	-	x	Anti-Faschismus
Gegen die Unterdrückung durch Staat und Polizei muss man gezielt Gewalt einsetzen.	(x)	(x)	(x)	-	x	Militanz: Ziel Polizei
Es ist richtig, wenn die Luxusautos der Reichen angezündet werden.	(x)	(x)	(x)	-	x	Militanz: Ziel Kapitalismus
Polizei und Staat bespitzeln uns auf Schritt und Tritt.	(x)	(x)	(x)	(x)	x	Anti-Repression
Nazis sollten auch mit Gewalt bekämpft werden.	(x)	(x)	(x)	-	x	Militanz: Ziel Rechtsextremismus
Die Polizei macht uns das Leben schwer anstatt uns zu helfen.	(x)	(x)	(x)	-	x	Anti-Repression
Es darf zukünftig kein Euro mehr für das Militär ausgegeben werden.	(x)	(x)	(x)	-	x	Anti-Militarismus
Wenn die Polizei mit ihren Truppen anrückt, sind Steine und Brandsätze die richtige Antwort.	(x)	(x)	(x)	-	x	Militanz: Ziel Polizei
Gegen die Demonstrationen der Rechten sollte man mit aktiver Gewalt vorgehen.	(x)	(x)	(x)	-	-	Militanz: Ziel Rechtsextremismus
Der Staat nimmt zu viel Einblick in unser Privatleben.	(x)	(x)	(x)	-	x	Anti-Repression
Zum Kampf gegen die Macht der Banken und Konzerne gehört es, deren Gebäude und Fahrzeuge zu beschädigen.	(x)	(x)	(x)	-	-	Militanz: Ziel Kapitalismus
Wenn sich die Mächtigen der Welt treffen (z.B. Weltwirtschaftsgipfel), muss der Protest gegen sie mit Gewalt durchgesetzt werden.	(x)	(x)	(x)	-	-	Militanz: Ziel Kapitalismus
Heutzutage werden die Menschen von den Reichen und Mächtigen ausgebeutet.	(x)	(x)	(x)	-	x	Anti-Kapitalismus
Das Eigentum sollte abgeschafft werden; alles sollte allen gehören	-	-	-	(x)	-	Anarchismus
Wir brauchen keinen Staat und keine Parteien; wir können uns selbst am Besten regieren.	-	-	-	(x)	-	Anarchismus
Gesellschaften, in denen alle Menschen das Gleiche haben (z.B. Einkommen, Besitz), sind viel besser als die deutsche Gesellschaft.	-	-	-	(x)	-	Anarchismus
Deutschland sollte noch viel mehr Flüchtlingen Zuflucht gewähren.	-	-	-	(x)	-	No Border
Es ist unmenschlich, Menschen ohne gültige Aufenthaltsbewilligung aus Deutschland abzuschieben.	-	-	-	(x)	-	No Border
Die Wirtschaftsbosse zerstören den Lebensraum der einfachen Menschen in den Städten.	-	-	-	(x)	-	Anti-Kapitalismus
Heutzutage bestimmen nur noch die weitweiten Großunternehmen, wo es langgeht.	-	-	-	(x)	-	Anti-Kapitalismus
Die weitweiten Großunternehmen sind verantwortlich für Armut und Hunger in der Welt.	-	-	-	(x)	-	Anti-Kapitalismus
Polizei und Staat schützen nur die Rechte der Reichen.	-	-	-	(x)	-	Anti-Repression
Ich finde es in Ordnung, wenn die Gebäude oder Luxusautos der weltweiten Großunternehmen und Wirtschaftsbosse beschädigt werden.	-	-	-	(x)	-	Militanz: Ziel Kapitalismus
Ich finde es in Ordnung, wenn Gewalt gegen die Polizei eingesetzt wird (z.B. durch Schläge, Tritte, Steine, Pyros).	-	-	-	(x)	-	Militanz: Ziel Polizei
Ich finde es in Ordnung, wenn Rechtsextreme, Ausländerfeinde, Faschisten, Nazis o.ä. nur wegen ihrer politischen Einstellungen beschimpft werden.	-	-	-	(x)	-	Militanz: Ziel Rechtsextremismus
Ich finde es in Ordnung, wenn Rechtsextreme, Ausländerfeinde, Faschisten, Nazis o.ä. nur wegen ihrer politischen Einstellungen verprügelt werden.	-	-	-	(x)	-	Militanz: Ziel Rechtsextremismus
Ich finde es in Ordnung, wenn Treffpunkte von Rechtsextremen, Ausländerfeinden, Faschisten, Nazis o.ä. demoliert werden.	-	-	-	(x)	-	Militanz: Ziel Rechtsextremismus
Die Reichen und Mächtigen beuten die einfachen Menschen immer mehr aus.	-	-	-	(x)	-	Anti-Kapitalismus
<i>Verhaltensweisen in den letzten 12 Monaten</i>						
ein Anarchiesymbol oder einen Spruch wie z.B. „Keine Macht für Niemand“ an eine Hauswand oder eine öffentliche Toilette gemalt bzw. gesprayt	(x)	(x)	(x)	(x)	-	Militanz: Ziel Anarchismus
einen Farbbeutel auf ein Haus, ein Auto o.ä. geworfen, um gegen die Großunternehmer und Millionäre zu protestieren.	(x)	(x)	(x)	(x)	-	Militanz: Ziel Kapitalismus
bei einer Demonstration Glasflaschen, Steine oder Ähnliches gegen die Polizei eingesetzt.	(x)	(x)	(x)	(x)	-	Militanz: Ziel Polizei
ein leer stehendes Wohnhaus, Fabrikgebäude o.ä. besetzt.	(x)	(x)	(x)	(x)	-	Militanz: Ziel Kapitalismus
ein Auto oder Haus angezündet, um gegen die Großunternehmer und Millionäre zu protestieren.	(x)	(x)	(x)	(x)	-	Militanz: Ziel Kapitalismus
jemanden geschlagen und verletzt, weil er rechts war.	(x)	(x)	(x)	(x)	-	Militanz: Ziel Rechtsextremismus
jemanden beschimpft, weil er rechts war.	(x)	(x)	(x)	(x)	-	Militanz: Ziel Rechtsextremismus
Dinge beschädigt, weil sie Personen gehörten, die rechts waren.	(x)	(x)	(x)	(x)	-	Militanz: Ziel Rechtsextremismus
ein von Rechten bewohntes Haus/ einen rechten Jugendclub beschädigt.	(x)	(x)	(x)	(x)	-	Militanz: Ziel Rechtsextremismus

Die Items sind dabei verschiedenen Dimensionen zugeordnet. Mit „(x)“ gekennzeichnete Items wurden in einem Erhebungsjahr bei einer zufällig bestimmten Teilstichprobe eingesetzt, mit „X“ gekennzeichnete Items bei der Gesamtstichprobe (betrifft nur die Erwachsenenbefragung).

Wenn ein Strich („-“) eingetragen ist, wurde ein Item nicht eingesetzt. Zusätzlich sind in Tabelle 4 verschiedene Items grau hinterlegt. Hierbei handelt es sich um Items, die geeignet erscheinen, tatsächlich linksextreme Einstellungen bzw. Verhaltensweisen zu messen. Dabei wurden zwei Kriterien berücksichtigt: Entweder beinhalten die Items das Ziel, die gegenwärtige demokratische Ordnung durch eine alternative Ordnung, den Anarchismus, zu ersetzen. Oder es wird Gewalt als illegitimes Mittel befürwortet bzw. eingesetzt, um die als politische Feinde definierten Personengruppen (Polizei, Kapitalisten, Rechtsextreme) zu bekämpfen, womit die Dimension der Militanz angesprochen ist. Andere in den verschiedenen Befragungen eingesetzte Items erfassen hingegen eine legitime Form der Kritik und können nicht ohne weiteres als „linksextrem“, sondern nur als „linksorientiert“ eingestuft werden. Hinsichtlich der illegitimen Mittel werden dabei nur schwere Formen von Straftaten als „linksextrem“ bezeichnet, d.h. Straftaten, die schwere Sachbeschädigungen oder physische Gewalt einschließen. Leichtere Formen von Sachbeschädigung (Graffiti sprayen, Farbbeutel werfen, Haus besetzen) bzw. verbale Gewalt (Beleidigungen) werden an dieser Stelle nicht als linksextrem eingestuft.

In Tabelle 5 sind die Ergebnisse von Faktoren- bzw. Reliabilitätsanalysen dargestellt, anhand derer beurteilt werden kann, ob die ausgewählten Items ausreichend korrelieren, um sie als Indikatoren eines gemeinsamen Hintergrundfaktors (Anarchismus bzw. Militanz) einzustufen zu können.

Tabelle 5: Faktorenanalysen der Linksextremismus-Einstellungsskalen (abgebildet: Faktorladungen konfirmatorischer Faktorenanalysen; Hauptkomponenten; gewichtete Daten)

	9. Jahrgangsstufe					Erwach-
	2013	2015	2017	2019		sene
	Militanz	Militanz	Militanz	Anarchismus	Militanz	2014
Wirklich frei können wir nur dann sein, wenn der ganze Staat abgeschafft wird. (Anarchismus)	-	-	-	.77	-	-
Gegen die Unterdrückung durch Staat und Polizei muss man gezielt Gewalt einsetzen. (Militanz: Ziel Polizei)	.65	.68	.64	-	-	.70
Es ist richtig, wenn die Luxusautos der Reichen angezündet werden. (Militanz: Ziel Kapitalismus)	.66	.60	.69	-	-	.63
Nazis sollten auch mit Gewalt bekämpft werden. (Militanz: Ziel Rechtsextremismus)	.50	.52	.49	-	-	.50
Wenn die Polizei mit ihren Truppen anrückt, sind Steine und Brandsätze die richtige Antwort. (Militanz: Ziel Polizei)	.76	.76	.79	-	-	.68
Gegen die Demonstrationen der Rechten sollte man mit aktiver Gewalt vorgehen. (Militanz: Ziel Rechtsextremismus)	.63	.65	.68	-	-	-
Zum Kampf gegen die Macht der Banken und Konzerne gehört es, deren Gebäude und Fahrzeuge zu beschädigen. (Militanz: Ziel Kapitalismus)	.79	.79	.85	-	-	-
Wenn sich die Mächtigen der Welt treffen (z.B. Weltwirtschaftsgipfel), muss der Protest gegen sie mit Gewalt durchgesetzt werden. (Militanz: Ziel Kapitalismus)	.74	.76	.83	-	-	-
<i>Cronbachs Alpha</i>	.80	.81	.84	-	-	.50
Das Eigentum sollte abgeschafft werden; alles sollte allen gehören. (Anarchismus)	-	-	-	.76	-	-
Wir brauchen keinen Staat und keine Parteien; wir können uns selbst am Besten regieren. (Anarchismus)	-	-	-	.81	-	-
Gesellschaften, in denen alle Menschen das Gleiche haben (z.B. Einkommen, Besitz), sind viel besser als die deutsche Gesellschaft. (Anarchismus)	-	-	-	.71	-	-
Ich finde es in Ordnung, wenn die Gebäude oder Luxusautos der weltweiten Großunternehmen und Wirtschaftsbosse beschädigt werden. (Militanz: Ziel Kapitalismus)	-	-	-	-	.71	-
Ich finde es in Ordnung, wenn Gewalt gegen die Polizei eingesetzt wird (z.B. durch Schläge, Tritte, Steine, Pyros). (Militanz: Ziel Polizei)	-	-	-	-	.68	-
Ich finde es in Ordnung, wenn Rechtsextreme, Ausländerfeinde, Faschisten, Nazis o.ä. nur wegen ihrer politischen Einstellungen verprügelt werden. (Militanz: Ziel Rechtsextremismus)	-	-	-	-	.83	-
Ich finde es in Ordnung, wenn Treffpunkte von Rechtsextremen, Ausländerfeinden, Faschisten, Nazis o.ä. demoliert werden. (Militanz: Ziel Rechtsextremismus)	-	-	-	-	.77	-
<i>Cronbachs Alpha</i>	-	-	-	.76	.74	-

Mit Bezug auf die Jugendstichproben ist dies der Fall: Cronbachs Alpha zu den Mehr-Item-Skalen<sup>22</sup> liegt bei vier bis sieben Items zwischen .74 und .84. Die Faktorladungen liegen bei

<sup>22</sup> Da Anarchismus in den Jahren 2013 bis 2017 nur mittels eines Items erhoben wurde, werden keine Analyseergebnisse zu diesem Item präsentiert.

mindestens .49. All dies bestätigt, dass die Items zu einer Skala zusammengefasst werden können. Einzig die Faktorladung zum Item „Nazis sollten auch mit Gewalt bekämpft werden“ ist eher niedrig; dieses Item scheint damit keine genuine „linksextreme Militanz“ zu erfassen. Dieses Ergebnis findet sich auch in der Erwachsenenstichprobe. Obwohl die Faktorladungen in dieser Stichprobe ebenfalls hoch ausfallen, ist Cronbachs Alpha für eine Vier-Item-Skala mit .50 eher niedrig. Für die Erwachsenenstichprobe scheint daher die Messung „linksextremer Militanz“ mit den Items weniger gut zu funktionieren als für die Jugendstichprobe.

Die nachfolgende Tabelle 6 stellt noch einmal die fünf Items vor, die der Erfassung „linksextremer Verhaltensweisen“ zugrunde liegen – diese kamen nur in der Schüler\*innen-, nicht in der Erwachsenenstichprobe zum Einsatz. Da die Items zu einem Index zusammengefasst werden, nicht zu einer Skala, erfolgt keine Prüfung auf Reliabilität. Dies ist damit zu begründen, dass ein\*e Jugendliche\*r, der/die bspw. ein Auto oder Haus angezündet hat, nicht notwendiger Weise auch eine Person mit rechten Einstellungsmustern geschlagen haben muss; d.h. die Zustimmung zu einem Item muss nicht mit der Zustimmung zu einem anderen Item einhergehen. Wie die Auswertungen zeigen, hat in jedem Erhebungsjahr nur ein kleiner Anteil der Jugendlichen berichtet, in den zurückliegenden zwölf Monaten linksextreme Verhaltensweisen ausgeführt zu haben. Die Prävalenzraten variieren zwischen 0,0 und maximal 1,4 %. In jedem Jahr am häufigsten wurde davon berichtet, dass man eine rechte Person geschlagen hat (1,0 bis 1,4 %). Am seltensten wurde berichtet, dass ein Auto oder Haus angezündet wurde (0,0 bis 0,3 %). Aus den Items wurde ein Maximalwertindex gebildet, d.h. es wurde berücksichtigt, ob mindestens ein Verhalten in den letzten zwölf Monaten ausgeführt wurde oder nicht.

Tabelle 6: Prävalenz linksextremer Verhaltensweisen in den letzten 12 Monaten (in %; gewichtete Daten)

	9. Jahrgangsstufe			
	2013	2015	2017	2019
bei einer Demonstration Glasflaschen, Steine oder Ähnliches gegen die Polizei eingesetzt.	0,9	0,4	0,1	0,3
ein Auto oder Haus angezündet, um gegen die Großunternehmer und Millionäre zu protestieren.	0,3	0,1	0,0	0,1
jemanden geschlagen und verletzt, weil er rechts war.	1,4	1,4	1,0	1,0
Dinge beschädigt, weil sie Personen gehörten, die rechts waren.	0,9	0,6	0,5	0,9
ein von Rechten bewohntes Haus/ einen rechten Jugendclub beschädigt.	0,3	0,3	0,2	0,5

Tabelle 7 stellt die Korrelationen zwischen den beiden Einstellungsskalen und dem Verhaltensindex für die verschiedenen Stichproben dar. Dabei ist zunächst erkennbar, dass Befragte, die dem Anarchismus zustimmen, auch häufiger militant eingestellt sind; die Korrelation ist mittelstark ausgeprägt (von .44 bis .49). Dies bedeutet zugleich, dass beide Einstellungen nicht identisch sind und separat hinsichtlich möglicher Einflussfaktoren betrachtet werden können. In der Erwachsenenstichprobe korrelieren die beiden Einstellungsskalen mit .25 niedriger als in den Jugendstichproben. Die Korrelationen der Einstellungsskalen mit dem Verhaltensindex fallen ebenfalls niedriger aus. Dabei korreliert die Zustimmung zum Anarchismus noch schwächer als die Zustimmung zur Militanz mit dem Verhalten. Im Jahr 2017 fallen die Korrelationen zwischen beiden Einstellungsskalen und dem Verhaltensindex am niedrigsten aus. Aufgrund der großen Stichproben (jeweils mindestens 2500 Befragte) werden aber auch eher geringe Korrelationen als signifikant ausgewiesen.

Tabelle 7: Korrelationen der linksextremen Einstellungen und Verhaltensweisen (Pearson r; gewichtete Daten; alle Korrelationen signifikant bei  $p < .05$ )

	9. Jahrgangsstufe								Erwachsene
	2013		2015		2017		2019		2014
	linksextreme Einstellung: Militanz	linksextremes Verhalten	linksextreme Einstellung: Militanz	linksextremes Verhalten	linksextreme Einstellung: Militanz	linksextremes Verhalten	linksextreme Einstellung: Militanz	linksextremes Verhalten	linksextreme Einstellung: Militanz
linksextreme Einstellung: Anarchismus	.44	.14	.42	.14	.49	.04	.41	.10	.25
linksextreme Einstellung: Militanz	-	.22	-	.21	-	.14	-	.23	-

Um die *Validität*, genauer die Kriteriumsvalidität der Linksextremismus-Einstellungsskalen bzw. des Linksextremismus-Verhaltensindex zu prüfen, bieten die vorliegenden Befragungen einige wenige Möglichkeiten. In den Befragungen wurden einerseits Merkmale wie autoritäre Unterwürfigkeit (als Subdimension des Autoritarismus), die Diktaturbefürwortung, die Verharmlosung des Nationalsozialismus u.a.m. erfasst, von denen ein negativer Zusammenhang mit dem „Linksextremismus“ erwartet werden kann. Allerdings verhindert die Modularisierung des Fragebogens eine Prüfung dieser Annahme, weil diese Merkmale und Linksextremismus in verschiedenen Modulen erfasst wurden und Korrelationsanalysen daher nicht möglich sind. Andererseits können die in Tabelle 8 vorgestellten Merkmale für entsprechende Analysen herangezogen werden. Zunächst sind dabei Zusammenhänge zwischen der „Demokratiezufriedenheit“ und „Linksextremismus“ dargestellt. Zu erwarten ist eine negative Korrelation, weil Linksextremismus eine Form der Ablehnung der Demokratie darstellt. Erfasst wurde die Demokratiezufriedenheit mit den beiden Items „Alles in allem bin ich mit der Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland besteht, zufrieden“ und „Die Demokratie ist die beste Staatsform“.<sup>23</sup> Für die beiden niedersachsenweiten Schüler\*innenbefragungen 2017 und 2019 lassen sich Zusammenhänge mit Linksextremismus prüfen. Dabei werden die Erwartungen bestätigt: Je höher die Demokratiezufriedenheit ist, desto geringer ist die Zustimmung zum Anarchismus und zur Militanz. Im Jahr 2019 fallen die Zusammenhänge mit den veränderten Linksextremismus-Skalen niedriger aus (insb. Militanz). Ebenfalls zeigt sich, dass es nur einen schwach negativen Zusammenhang mit dem Verhalten gibt, d.h. Demokratiezufriedenheit steht primär mit linksextremen Einstellungen und weniger mit linksextremen Verhalten in Beziehung.

Ebenfalls dargestellt sind die Korrelationen mit dem Einstellungskonstrukt „Gewaltaffinität“. Dieses wurde mit vier Items wie „Ohne Gewalt wäre alles viel langweiliger“ oder „Ein bisschen Gewalt gehört einfach dazu, um Spaß zu haben“ erfasst. Positive Zusammenhänge sollte es vor allem mit der Einstellung der Militanz und dem Gewaltverhalten geben. Dies bestätigt sich insofern, als für jedes Jahr die höchsten Korrelationen zwischen der „Gewaltaffinität“ und der „Einstellung zur Militanz“ gefunden werden. Zugleich ergeben sich aber auch signifikante Korrelationen mit dem Anarchismus. Das linksextreme Verhalten steht wiederum in geringerem Maß mit Gewalteinstellungen in Verbindung als die beiden Formen linksextremer Einstellungen. Im Jahr 2019 fallen die Zusammenhänge niedriger aus als in den anderen Erhebungsjahren.

Zusätzlich sind in Tabelle 8 Zusammenhänge zwischen antisemitischen und fremdenfeindlichen Einstellungen auf der einen, Linksextremismus auf der anderen Seite dargestellt, wobei an einer Stelle auch die Erwachsenenstichprobe in die Betrachtung einbezogen werden kann. Zu erwarten wäre, dass sich negative Zusammenhänge zwischen den Konstrukten zeigen,

<sup>23</sup> Die Zustimmung zu diesen und den anderen in diesem Abschnitt vorgestellten Items konnte von „1 – stimmt nicht“ bis „4 – stimmt genau“ bzw. „7 – stimmt genau“ abgestuft werden.



insofern Abwertungen spezifischer Personengruppen vor allem dem Rechtsextremismus zugeschrieben werden. Gleichwohl weisen vorhandene empirische Studien darauf hin, dass sich auch Überschneidungen zwischen Linksextremismus und verschiedenen negativen Einstellungen zu Personengruppen finden: Manzoni et al. (2018, S. 45) berichten bspw., „dass 29.2 % der Linksextremen rassistischen Einstellungen zustimmen und dass 26.9 % bzw. 23.2 % der Linksextremen ausländerfeindlich bzw. antisemitisch eingestellt sind. Ein kleiner Teil der Linksextremen äußert damit auch Feindlichkeit gegenüber Gruppen, die im Fokus des Rechtsextremismus stehen.“ Die in Tabelle 8 präsentierten Korrelationen zeigen den Erwartungen widersprechend – aber in Übereinstimmung mit Manzoni et al. (2018) – dass Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit positiv zumindest mit den linksextremen Einstellungen korrelieren. Je ausgeprägter der Antisemitismus bzw. die Fremdenfeindlichkeit, umso ausgeprägter auch die Zustimmung zum Anarchismus und zur Militanz. Mit dem Verhalten ergeben sich hingegen keine Zusammenhänge. In der Erwachsenenstichprobe werden vergleichbare Ergebnisse erzielt. Die genauen Hintergründe dieser Zusammenhänge sind in weiteren theoretischen und empirischen Arbeiten zu klären; es scheint aber nicht der Fall zu sein, dass Linksextremismus per se mit einer verschiedenen Menschengruppen gegenüber offeneren Haltung einhergeht.<sup>24</sup>

Tabelle 8: Korrelationen der linksextremen Einstellungen und Verhaltensweisen mit verschiedenen Einstellungsskalen (Pearson r; gewichtete Daten; alle Korrelationen signifikant bei  $p < .05$ ; n.s. = nicht signifikant bei  $p < .05$ )

	9. Jahrgangsstufe									Erwachsene				
	2013			2015			2017			2019		2014		
	linksextreme Einstellung: Anarchismus	linksextreme Einstellung: Militanz	linksextremes Verhalten	linksextreme Einstellung: Anarchismus	linksextreme Einstellung: Militanz	linksextremes Verhalten	linksextreme Einstellung: Anarchismus	linksextreme Einstellung: Militanz	linksextremes Verhalten	linksextreme Einstellung: Anarchismus	linksextreme Einstellung: Militanz	linksextremes Verhalten	linksextreme Einstellung: Anarchismus	linksextreme Einstellung: Militanz
Demokratiezufriedenheit	-	-	-	-	-	-	-.29	-.25	-.12	-.22	-.12	-.07	-	-
Gewaltaffinität	.29	.43	.24	.29	.42	.23	.20	.31	.14	.17	.26	.13	-	-
Antisemitismus	-	-	-	-	-	-	.20	.28	.05	.27	.21	.08	-	-
Fremdenfeindlichkeit	-	-	-	-	-	-	.20	.23	.00n.s.	.19	.15	-.00n.s.	.26	.28

### 2.3.3 Verbreitung und Entwicklung des Linksextremismus

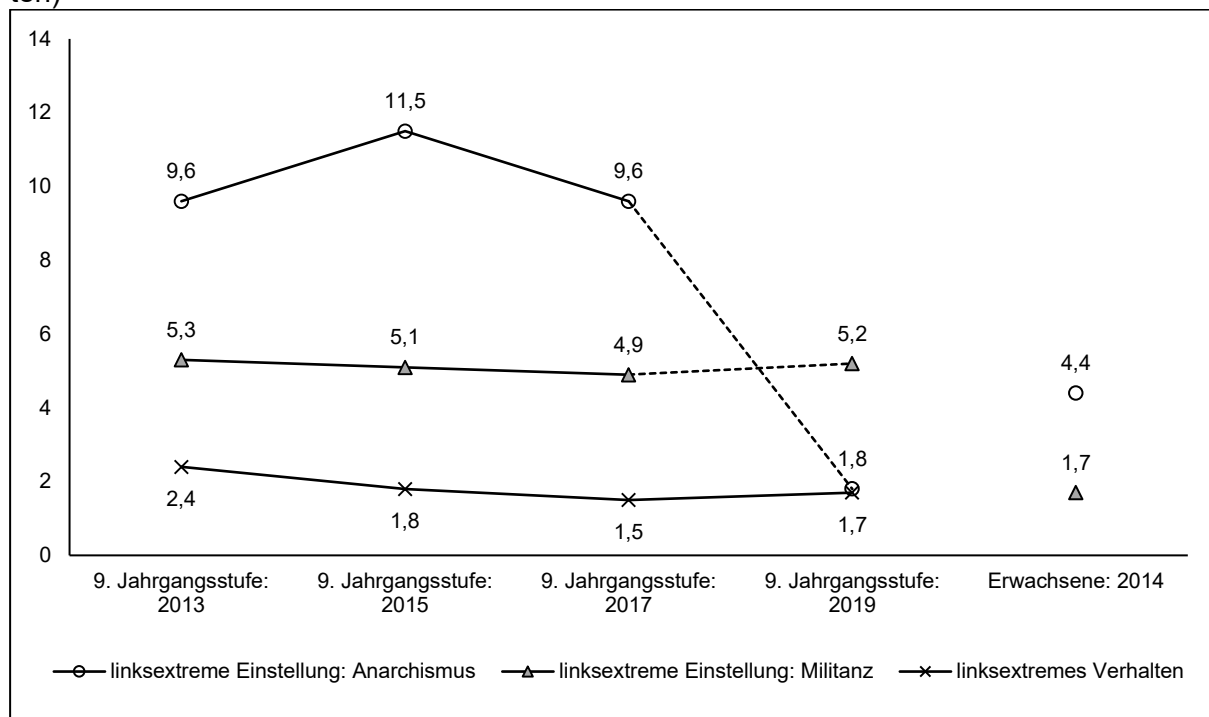
Abbildung 5 stellt den Anteil an Befragten dar, die sich zustimmend zu den Einstellungsskalen geäußert haben bzw. die mindestens eine Form des linksextremen Verhaltens ausgeführt haben. Den Items zur Erfassung der Einstellungen konnte von „1 – stimmt nicht“ bis „7 – stimmt genau“ zugestimmt werden; als Zustimmung werden daher Werte über 4,0 eingestuft. In den Schüler\*innenbefragungen 2013 bis 2017 wurden identische Instrumente eingesetzt, weshalb die Zustimmungsraten direkt miteinander verglichen werden können. Dabei zeigt sich, dass die Zustimmung zum Anarchismus zunächst von 9,6 auf 11,5 % gestiegen und anschließend wieder auf 9,6 % gefallen ist. Zum Jahr 2019 geht der Zustimmungsanteil dann deutlich zurück (1,8 % Zustimmung). Hier ist zu beachten, dass dieser Anteil nicht direkt vergleichbar ist mit

<sup>24</sup> Antisemitismus wurde mit den beiden Items „Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss“ und „Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen nicht ganz unschuldig“ erfasst. Zur Messung der Fremdenfeindlichkeit wurden zwei Items der Erfassung von Muslimfeindlichkeit („Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“, „Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“) und zwei Items der Erfassung von Ausländerfeindlichkeit („Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken“ und „Es leben zu viele Ausländer in Deutschland“ (2017) bzw. „Man sollte den in Deutschland lebenden Ausländern jede politische Betätigung untersagen“ (2019)) herangezogen.

den Vorgängerjahren, insofern im Jahr 2019 Anarchismus mit vier statt mit einem Item erfasst wurde (dargestellt durch die gestrichelte Linie in Abbildung 5). Wenn die Auswertungen aber auf das eine kompatible Item beschränkt werden („Wirklich frei können wir nur dann sein, wenn der ganze Staat abgeschafft wird.“), dann ergibt sich ebenfalls ein starker Rückgang, insofern 2019 nur noch 3,0 % der Schüler\*innen dieser Aussage zustimmten. Anarchistische Ideen werden von jungen Menschen insofern immer seltener geteilt. Für die anderen beiden Indikatoren findet sich hingegen kein entsprechend starker Rückgang: Die Zustimmung zu linksextrem militanten Einstellungen liegt in jedem Erhebungsjahr bei etwa fünf Prozent, auch wenn wiederum zu beachten ist, dass sich die Erfassung linksextrem militanter Einstellungen im Vergleich der Jahre 2013 bis 2017 und 2019 unterscheidet. Über alle Jahre in gleicher Weise wurde das linksextreme Verhalten erfasst. Für dieses ergibt sich ein leichter Rückgang von 2,4 auf 1,5 %, gefolgt von einem leichten Anstieg auf 1,7 %. Dies bedeutet, dass zwar nur ein kleiner Teil der Jugendlichen eine Gewaltbereitschaft zeigt (hinsichtlich Einstellungen wie Verhalten); dieser Anteil ist über die Jahre hinweg aber mehr oder weniger gleichgeblieben, d.h. in Niedersachsen scheint es einen auf niedrigem Niveau stabilen „Linksextremismus“ zu geben.

Werden die Erwachsenen betrachtet, so zeigt Abbildung 5, dass 4,4 % anarchistische Einstellungen aufrechterhalten. Dies liegt niedriger als der Anteil unter Jugendlichen im Jahr 2015 (11,5 %). Eine Befürwortung linksextremer Militanz findet sich unter 1,7 % der niedersächsischen Erwachsenen. Aussagen zur Entwicklung der Anteile sind für Erwachsene nicht möglich, da nach 2014 die Erwachsenenbefragung nicht wiederholt wurde.

Abbildung 5: Zustimmung zu linksextremen Einstellungen und Verhalten (in %; gewichtete Daten)



Wie oben ausgeführt, wurden einige Einstellungs-Items nicht in die Bildung der Linksextremismuskalen integriert, weil die darin zum Ausdruck kommenden Haltungen nicht die demokratische Grundordnung in Frage stellen. Diese Items bilden dennoch zugleich linke Orientierungen im Sinne anti-repressiver, anti-kapitalistischer, anti-faschistischer und anti-militärischer

Haltungen ab. Aus diesem Grund wurden die Items zu einer zusätzlichen Skala „linke Orientierungen“ zusammengefasst.<sup>25</sup> Die Zustimmung zu diesen linken Orientierungen fällt deutlich höher aus: Im Jahr 2013 stimmten 15,8 % der Jugendlichen zu; dieser Anteil steigt im Jahr 2015 auf 24,1 %, um anschließend 2017 auf 18,8 % zurückzugehen. Der Verlauf folgt – auf höherem Niveau – damit dem Verlauf der Einstellungsdimension des Anarchismus. Im Jahr 2019 stimmten 17,8 % der Schüler\*innen linken Orientierungen zu, wobei die Items der Skala weitestgehend nicht vergleichbar mit den Items der Vorgängerjahre sind. In der Erwachsenenstichprobe fällt der Anteil zustimmender Befragter mit 27,0 % am höchsten aus.

Tabelle 9 geht daneben der Frage nach, ob Linksextremismus unter Jugendlichen regional unterschiedlich stark verbreitet ist. Anhand der Daten wurden dabei sechs Regionen in Niedersachsen unterschieden, die den Polizeidirektionen entsprechen. Die Auswertungen zeigen zwar, dass die Zustimmungsraten regional schwanken; bei keiner Auswertung ergeben sich aber signifikante Unterschiede zwischen den Regionen. Linksextreme Einstellungen sind insofern nicht regional verortbar; sie kommen im gesamten niedersächsischen Raum vor. Beim linksextremen Verhalten ergibt sich hingegen, dass die Region Hannover und die PD Braunschweig höher belastet sind. Da die Raten aber generell niedrig liegen, werden auch hier die Unterschiede nicht als signifikant ausgewiesen. Die Auswertungen wurden für die Jahre 2013 bis 2017 zusammengefasst, weil in diesen Jahren identische Messinstrumente zum Einsatz kamen; da 2019 zumeist neue Einstellungsskalen benutzt wurden, wurden die Auswertungen für dieses Jahr separat dargestellt.<sup>26</sup>

Tabelle 9: Zustimmung zu linksextremen Einstellungen und Verhalten nach Region (in %; gewichtete Daten)

	9. Jahrgangsstufe 2013-2017			9. Jahrgangsstufe 2019		
	linksextreme Einstellung: Anarchismus	linksextreme Einstellung: Militanz	linksextremes Verhalten	linksextreme Einstellung: Anarchismus	linksextreme Einstellung: Militanz	linksextremes Verhalten
West (PD Osnabrück)	9,4	4,9	1,5	1,6	4,8	1,9
Mitte-Nord (PD Oldenburg)	9,6	5,0	1,6	1,5	4,8	1,3
Nord-Ost (PD Lüneburg)	9,4	4,7	1,6	0,8	6,1	1,1
Region Hannover	11,9	4,1	2,4	2,6	5,6	2,6
Ost (PD Braunschweig)	12,2	6,2	2,5	2,6	4,8	2,0
Süd (PD Göttingen)	10,6	5,9	2,3	2,2	5,5	1,2

### 2.3.4 Einflussfaktoren des Linksextremismus

Wie in der vorangegangenen Auswertung gezeigt wurde, sind regionale Unterschiede zumindest auf Ebene der Polizeidirektionen weitestgehend nicht relevant für linksextreme Einstellungen. Im Folgenden sollen daher andere, primär auf individueller Ebene anzusiedelnde Einflussfaktoren dieser Einstellungen, aber ebenso des linksextremen Verhaltens betrachtet werden. Die Vorstellung der Auswertung gliedert sich dabei wie folgt: Zuerst werden sozio-demografische Faktoren betrachtet. Danach schließt sich die Analyse familiärer Faktoren an. Im dritten Schritt erfolgt die Auswertung zu weiteren Sozialisationsbereichen (Freizeit, Peers,

<sup>25</sup> Bei der Durchführung von Skalenanalysen hat sich gezeigt, dass das Item „Rechte Parteien und Kameradschaften sollten verboten werden“ gering mit allen anderen Items korreliert, weshalb es bei der Skalenbildung ausgeschlossen wurde. Die Skala „linke Orientierungen“ setzt sich in den Schüler\*innenbefragungen 2013 bis 2017 und der Erwachsenenbefragung 2014 entsprechend aus sechs Items (Cronbachs Alpha  $\geq$  .69), in der Schüler\*innenbefragung 2019 aus acht Items (ohne „Ich finde es in Ordnung, wenn Rechtsextreme, Ausländerfeinde, Faschisten, Nazis o.ä. nur wegen ihrer politischen Einstellungen beschimpft werden“; Cronbachs Alpha = .81) zusammen, wobei 2019 nur ein Item berücksichtigt werden kann, welches auch in den Vorgängerjahren erhoben wurde („Polizei und Staat bespitzeln uns auf Schritt und Tritt“).

<sup>26</sup> Auch in der Erwachsenenstichprobe finden sich keine regionalen Unterschiede hinsichtlich der Zustimmung zum Anarchismus und zur Militanz. In der Erwachsenenstichprobe wurden vier Regionen entsprechend der Regierungsbezirke unterschieden.

Schule, Medien). Zuletzt werden Persönlichkeitsfaktoren sowie Verhaltensauffälligkeiten berücksichtigt. Um Zusammenhänge zwischen den Einflussfaktoren und den Einstellungen bzw. Verhaltensweisen zu prüfen, werden jeweils Korrelationen dargestellt (bivariat). Korrelationen können Werte zwischen 0 und 1 bzw. -1 annehmen; je mehr die Korrelation sich dem Wert 1 oder -1 annähert, umso stärker ist ein Zusammenhang. Korrelationen unter .10 werden gewöhnlich als trivial eingestuft, weshalb diese hier nicht weiter betrachtet werden; nur Korrelationen ab .10 sind in den Tabellen grau hervorgehoben und werden als substantiell eingestuft. Aufgrund der umfangreichen Stichproben werden bereits geringe Korrelationen ab ca. .03 signifikant; jenseits der Signifikanz muss daher ein weiteres Kriterium (der Substantialität bzw. Nicht-Trivialität) zur Bewertung der Korrelationen herangezogen werden. Da in den Jahren 2013 bis 2017 identische Instrumente zum Einsatz kamen, wurden die Daten zu diesen Erhebungsjahren kumuliert; separat werden nur die Ergebnisse der Schüler\*innenbefragung 2019 (veränderte Instrumente) und der Erwachsenenbefragung 2014 dargestellt. Zusätzlich werden für den kumulierten Datensatz 2013 bis 2017 Ergebnisse von Korrelationsanalysen mit der Gewaltaffinität präsentiert. Dadurch kann eingeschätzt werden, ob Einflussfaktoren spezifisch auf linksextreme Einstellungen und Verhaltensweisen wirken oder für Gewalt allgemein von Bedeutung sind.

In Tabelle 10 sind Korrelationen zwischen verschiedenen sozio-demografischen Einflussfaktoren und dem Linksextremismus dargestellt. Für die Einwohner\*innenzahl des Wohnorts ergibt sich mit keiner Einstellungsskala bzw. Verhaltensindex ein substantieller Zusammenhang. Bedeutsamer erscheinen demgegenüber das Geschlecht und der Bildungshintergrund. Männliche Befragte stimmen zumindest in den Schüler\*innenstichproben linksextrem militanten Einstellungen signifikant stärker zu als weibliche Befragte; zudem haben männliche Befragte häufiger linksextremes Verhalten ausgeführt. Daneben gilt, dass ein höheres Bildungsniveau insbesondere die Zustimmung zur Militanz senkt (auch in der Erwachsenenstichprobe) und ebenfalls mit einer Ablehnung anarchistischer Einstellungen einhergeht – wobei die Zusammenhänge in der Schüler\*innenbefragung 2019 schwächer ausfallen. Eine höhere Bildung ist demnach kein Risiko- sondern eher ein Schutzfaktor linksextremer Einstellungen.<sup>27</sup> Im Vergleich mit der Gewaltaffinität gilt sowohl in Bezug auf das Geschlecht als auch die Bildung, dass beide Faktoren weniger eng mit Linksextremismus als mit Gewalt korrelieren. Insofern erweist sich Linksextremismus zum Teil als eigenständiges Phänomen, das dennoch Überschneidungen mit allgemeineren Gewalteinstellungen aufweist.

Tabelle 10: Sozio-demografische Einflussfaktoren des Linksextremismus (Pearson r; gewichtete Daten; alle Korrelationen signifikant bei  $p < .05$ ; n.s. = nicht signifikant bei  $p < .05$ )

	9. Jahrgangsstufe				Erwachsene				
	2013-2017				2019			2014	
	linksextreme Einstellung: Anarchismus	linksextreme Einstellung: Militanz	linksextremes Verhalten	Gewaltaffinität	linksextreme Einstellung: Anarchismus	linksextreme Einstellung: Militanz	linksextremes Verhalten	linksextreme Einstellung: Anarchismus	linksextreme Einstellung: Militanz
Geschlecht: männlich	.05	.17	.10	.27	-.03 <sup>n.s.</sup>	.14	.08	-.01 <sup>n.s.</sup>	-.01 <sup>n.s.</sup>
Alter	.09	.11	.09	.14	.07	.09	.06	-.17	.07
Migrationshintergrund: ja	.09	.11	.08	.11	.08	.07	.06	.11	.05
Bildung	-.11	-.15	-.07	-.16	-.09	-.05	-.04 <sup>n.s.</sup>	-.02 <sup>n.s.</sup>	-.16
Einwohnerzahl Wohnort	.03	.02 <sup>n.s.</sup>	.03	.03	.01 <sup>n.s.</sup>	.03 <sup>n.s.</sup>	.04 <sup>n.s.</sup>	-.01 <sup>n.s.</sup>	.01 <sup>n.s.</sup>

Insgesamt zwar nur gering, aber durchweg signifikant korreliert der Migrationshintergrund mit dem Linksextremismus. Demnach gilt für die Jugend- ebenso wie die Erwachsenenstichprobe,

<sup>27</sup> In den Schüler\*innenbefragungen wurde die besuchte Schulform zur Operationalisierung der Bildung herangezogen (niedrig = Hauptschule, mittel = Realschule/Gesamtschule/Oberschule, hoch = Gymnasium), in der Erwachsenenstichprobe der höchste Schulabschluss (niedrig = kein Schulabschluss/höchstens Hauptschulabschluss, mittel = Realschulabschluss, hoch = Abitur).

dass Befragte mit Migrationshintergrund eher linksextreme Einstellungen aufrechterhalten und häufiger linksextremes Verhalten ausführen als Befragte ohne Migrationshintergrund. Das Alter erweist sich ebenfalls als schwach bedeutsam: Ältere Jugendliche weisen eine höhere Affinität zum Linksextremismus auf als jüngere Jugendliche; bei den Erwachsenen gilt hingegen, dass jüngere Befragte eher anarchistisch eingestellt sind.

In Tabelle 11 werden Zusammenhänge zwischen familienbezogenen Einflussfaktoren und dem Linksextremismus betrachtet. Hier, wie auch bei den nachfolgenden Auswertungen, können zumindest teilweise keine Befunde zur Erwachsenenstichprobe präsentiert werden, weil bestimmte Faktoren in dieser nicht erfasst wurden (hier: Erleben von Trennung/Scheidung). Insgesamt sind, ähnlich wie bei den sozio-demografischen Faktoren, nur wenige Korrelationen von substanzieller Höhe; und auch, wenn diese mindestens das Niveau von .10 erreichen, fallen sie alles in allem dennoch eher gering aus. Das Erleben einer Scheidung oder Trennung der Eltern steht den Ergebnissen der Auswertungen ebenso wenig mit Linksextremismus in Verbindung wie der Bezug staatlicher Transferleistungen.<sup>28</sup> Etwas wichtiger als die objektive soziale Lage ist die subjektive soziale Lage (Deprivation). Um diese zu erfassen, sollte in allen Befragungen eingeschätzt werden, wie mit dem monatlich zur Verfügung stehenden Geld zurechtgekommen wird und inwieweit man sich leisten kann, was man möchte. Je höher die subjektive Benachteiligung ausfällt, umso eher wird in allen Befragungen anarchistischen Ansichten zugestimmt; die Zusammenhänge mit der Militanz und dem linksextremen Verhalten fallen aber wiederum gering aus.

In der Jugend- wie in der Erwachsenenbefragung wurden mit Bezug auf die Kindheit drei Erziehungsstile mit identischen Items erfasst: die elterliche Kontrolle (u.a. „genau gewusst, wo ich in meiner Freizeit bin“, „darauf geachtet, wann ich abends zu Hause bin“), die elterliche Zuwendung (u.a. „mich beruhigt, wenn ich Angst hatte“, „mich in den Arm genommen“) und die schwere elterliche Gewalt (mit Gegenstand geschlagen, mit der Faust geschlagen, getreten, verprügelt oder zusammengeschlagen). Die Befunde belegen einen schwachen, zugleich aber auch nicht zu vernachlässigenden Einfluss der elterlichen Erziehung – insbesondere in den Jugendbefragungen. Je stärker die elterliche Kontrolle bzw. elterliche Zuwendung ausgeprägt war, umso seltener wird den beiden linksextremen Einstellungen zugestimmt; das Verhalten wird hingegen kaum von der elterlichen Erziehung beeinflusst. Gleiches gilt mit Blick auf das Erleben elterlicher Gewalt: Zumindest in der Befragung 2019 zeigt sich, dass Befragte, die schwere elterliche Gewalt erlebt haben, auch häufiger linksextremen Einstellungen zustimmen.

Tabelle 11: Familienbezogene Einflussfaktoren des Linksextremismus (Pearson r; gewichtete Daten; alle Korrelationen signifikant bei  $p < .05$ ; n.s. = nicht signifikant bei  $p < .05$ )

	9. Jahrgangsstufe				Erwachsene				
	2013-2017				2019			2014	
	linksextreme Einstellung: Anarchismus	linksextreme Einstellung: Militanz	linksextremes Verhalten	Gewaltaffinität	linksextreme Einstellung: Anarchismus	linksextreme Einstellung: Militanz	linksextremes Verhalten	linksextreme Einstellung: Anarchismus	linksextreme Einstellung: Militanz
Scheidung/Trennung erlebt	.05	.01 <sup>n.s.</sup>	.00 <sup>n.s.</sup>	.03	.05	.05	.03 <sup>n.s.</sup>	-	-
abhängig von staatl. Transferleistungen	.05	.04	.03	.05	.08	.03 <sup>n.s.</sup>	.03 <sup>n.s.</sup>	.10	.06
Deprivation	.11	.06	-.01 <sup>n.s.</sup>	.04	.14	.03 <sup>n.s.</sup>	-.00 <sup>n.s.</sup>	.20	.13
elterliche Kontrolle	-.13	-.11	-.07	-.17	-.10	-.12	-.05	-.06	-.03
elterliche Zuwendung	-.14	-.11	-.05	-.16	-.11	-.11	-.02 <sup>n.s.</sup>	-.02 <sup>n.s.</sup>	-.02 <sup>n.s.</sup>
elterliche Gewalt	.08	.08	.06	.13	.12	.12	.05	.01	.03

<sup>28</sup> Als Bezug staatlicher Transferleistungen gilt, wenn mindestens ein Elternteil derzeit arbeitslos ist bzw. die Familie Sozialhilfe bezieht (Schüler\*innenbefragung) bzw. wenn ein Befragter selbst arbeitslos ist bzw. Sozialhilfe bezieht (Erwachsenenbefragung).

Für andere Sozialisationsbereiche ergeben sich teilweise noch deutlich stärkere Zusammenhänge mit dem Linksextremismus, wie die Befunde aus Tabelle 12 zeigen. Aus dem Freizeitbereich wurde berücksichtigt, ob man Mitglied in einem Verein ist.<sup>29</sup> Dabei deutet sich an, dass die Mitgliedschaft in einem Verein (unabhängig davon, um was für einen Verein es sich handelt), linksextreme Einstellungen signifikant senkt und insofern ein Schutzfaktor ist. Die Zusammenhänge sind aber als nicht besonders stark einzustufen.

Einen engen Zusammenhang gibt es demgegenüber zwischen der Bekanntschaft mit delinquenten Freunden und Linksextremismus. In allen Befragungen sollte beantwortet werden, ob man Personen kennt, die einen Ladendiebstahl, eine Sachbeschädigung oder eine Körperverletzung begangen haben. Wenn dies der Fall ist, dann geht dies mit einer höheren Zustimmung zu linksextremen Einstellungen und einem häufigeren Ausüben linksextremen Verhaltens einher; nur in der Erwachsenenstichprobe sind die Zusammenhänge als eher schwach einzustufen.

Ebenfalls wurden verschiedene schulbezogene Faktoren erhoben. Schlechtere Schulleistungen gehen sowohl in der Jugend- als auch in der Erwachsenenstichprobe mit einer Befürwortung des Linksextremismus einher – die Zusammenhänge sind aber insbesondere für das Verhalten und die beiden Befragungen Schüler\*innen 2019 und Erwachsene 2014 gering.<sup>30</sup> Nur in den Jugendbefragungen wurden neben den Schulleistungen weitere schulbezogene Einschätzungen erfasst. Die Schulbindung wurde dabei mit den Aussagen „An meiner Schule gefällt es mit wirklich gut“ und „Ich gehe gern zur Schule“, die Interventionsbereitschaft der Lehrkräfte mit „Die Lehrkräfte greifen ein, wenn es unter den Schülern zu Gewalt kommt“ und „Die Lehrkräfte gucken am liebsten weg, wenn es Schlägereien zwischen Schülern gibt“.<sup>31</sup> Als Bullying-Opfer werden Befragte eingestuft, die mindestens mehrmals pro Monat negative Verhaltensweisen von Seiten der Mitschüler\*innen erfahren haben (z.B. geschlagen/getreten, gehänselt, wie Luft behandelt). Die Bullying-Erfahrungen stehen dabei in keinem bedeutsamen Verhältnis zum Linksextremismus; eine Zuwendung zum Linksextremismus erfolgt also nicht, weil man von den Gleichaltrigen abgelehnt wird. Die Schulbindung und die Interventionsbereitschaft erweisen sich aber als bedeutsam, zumindest mit Blick auf die linksextremen Einstellungen. Befragte, die eine hohe Schulbindung aufweisen und die von Seiten der Lehrkräfte eine hohe Bereitschaft zu intervenieren wahrnehmen, stimmen seltener anarchistischen und militanten Einstellungen zu. Die positiven schulischen Erfahrungen haben demnach zur Folge, dass man sich weniger stark von der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung abwendet.

Ebenfalls untersucht werden kann der Einfluss des Medienkonsums. Zumindest in den Befragungen der Jahre 2013 bis 2017 kann dabei einerseits der Zusammenhang zwischen Gewaltmedienkonsum und Linksextremismus betrachtet werden. Erfasst wurde, wie häufig Horrorfilme ab 18 Jahren, Actionfilme/Thriller ab 18 Jahren, Ego-/Third-Person-Computerspiele und Prügel-Computerspiele gespielt werden. Die Auswertungen zeigen, dass ein häufigerer Gewaltmedienkonsum die Zustimmung zu linksextremen Einstellungen ebenso verstärkt, wie die Ausübung linksextremen Verhaltens. Jenseits davon belegen die Auswertung zur Gewaltaffinität, dass der Konsum entsprechender Medieninhalte allgemein recht deutlich die Bereitschaft erhöht, Gewalt als Mittel der Selbstdurchsetzung zu akzeptieren.

---

<sup>29</sup> Sowohl in der Jugend- als auch in der Erwachsenenbefragung standen acht verschiedene Vereinstypen zur Auswahl (u.a. Sportverein, kirchliche bzw. andere religiöse Gruppe); im Jahr 2018 wurde die Vereinsmitgliedschaft nicht im Fragebogen erfragt.

<sup>30</sup> Der Einfluss der schlechten Schulleistungen ist dabei nicht auf den Einfluss der besuchten Schulform (bzw. des Bildungsniveaus) zurückzuführen, wie weiterführende Analysen gezeigt haben. Es gilt also, dass unabhängig von der Bildung schlechte Schulleistungen mit erhöhtem Linksextremismus zusammenhängen. In der Schüler\*innenbefragung wurden die Schulleistungen mit dem Mittelwert der letzten Zeugnisnoten in den Fächern Deutsch und Mathematik operationalisiert, in der Erwachsenenbefragung mittels einer Selbsteinschätzung der schulischen Leistungen (von „unter den Besten“ bis „unter den Schlechtesten“).

<sup>31</sup> Das letzte Item wurde umkodiert, so dass eine hohe Zustimmung für eine hohe Interventionsbereitschaft steht.

Erhoben wurde auch der spezifisch linksorientierte Medienkonsum. Hierbei sollten die Jugendlichen einschätzen, wie häufig sie linke Zeitungen lesen, Texte von im linken Milieu geschätzten Autoren lesen, Musik linker Gruppen hören oder Internetseiten mit linken Inhalt besuchen. Jede Form des linksorientierten Medienkonsums wurde dabei mit Beispielen illustriert (Zeitungen: z.B. Junge Welt, Texte: z.B. Mao, Musik: z.B. Rasta Knast, Internetseiten: z.B. Indymedia). Je häufiger junge Menschen solcherart Medienkonsum praktizieren, umso stärker stimmen sie anarchistischen und militanten Einstellungen zu. Zusätzlich ergibt sich ein bedeutsamer Zusammenhang mit dem linksextremen Verhalten. Der linksorientierte Medienkonsum ist daher alles in allem recht folgenreich sowohl für die Einstellungen als auch das Verhalten

Tabelle 12: Sozialisationsbereichsbezogene Einflussfaktoren des Linksextremismus (Pearson r; gewichtete Daten; alle Korrelationen signifikant bei  $p < .05$ ; n.s. = nicht signifikant bei  $p < .05$ )

	9. Jahrgangsstufe				Erwachsene				
	2013-2017				2019			2014	
	linksextreme Einstellung: Anarchismus	linksextreme Einstellung: Militanz	linksextremes Verhalten	Gewaltaffinität	linksextreme Einstellung: Anarchismus	linksextreme Einstellung: Militanz	linksextremes Verhalten	linksextreme Einstellung: Anarchismus	linksextreme Einstellung: Militanz
Vereinsmitgliedschaft	-.08	-.06	-.02 <sup>n.s.</sup>	-.06	-	-	-	-.07	-.05
delinquente Freunde	.18	.24	.18	.34	.11	.18	.16	.08	.07
Schulleistungen	.13	.15	.06	.16	.07	.07	.08	.06	.07
Schulbindung	-.20	-.18	-.06	-.19	-.12	-.18	-.10	-	-
Interventionsbereitschaft Lehrkräfte	-.16	-.19	-.08	-.19	-.12	-.16	-.10	-	-
Erfahrung Bullying	.05	.02 <sup>n.s.</sup>	.03	.04	.08	.07	.08	-	-
Gewaltmedienkonsum	.15	.24	.11	.33	-	-	-	-	-
linksorientierter Medienkonsum	.14	.18	.18	.13	.09	.13	.14	-	-

Zuletzt werden in Tabelle 13 Zusammenhänge zwischen personenbezogenen Merkmalen bzw. Verhaltensauffälligkeiten und Linksextremismus dargestellt. Empathie bzw. in der Erwachsenenstichprobe Perspektivübernahme<sup>32</sup> scheint dabei zumindest mit Blick auf die Einstellungen relevant: Je höher dieses Merkmal ausgeprägt ist, desto niedriger fällt die Zustimmung zur Militanz und – etwas weniger – zum Anarchismus aus. Auf Verhaltensebene hat Empathie bzw. Perspektivübernahme aber anscheinend weniger Wirkung.

Dies ist aber für das Merkmal der niedrigen Selbstkontrolle der Fall. Erfasst wurde diese über vier Items, die die Risikosuche als eine Subdimension niedriger Selbstkontrolle abbilden. Die Items waren in allen Stichproben identisch und lauteten bspw. „Ich teste gerne meine Grenzen, indem ich etwas Gefährliches mache“ oder „Ich gehe gern ein Risiko ein, einfach, weil es Spaß macht“. Je höher die Risikosuche ausgeprägt ist, umso mehr stimmen Befragte linksextremen Einstellungen zu und umso eher führen sie linksextremes Verhalten aus. Die (fehlende) Selbstkontrolle ist damit ein entscheidender Einflussfaktor des Linksextremismus – und im Übrigen nicht nur des Linksextremismus, wie die entsprechende Korrelation mit der Gewaltaffinität belegt.

Die Religiosität eines/einer Befragten steht hingegen in keinem substanziellen Zusammenhang mit dem Linksextremismus. In allen Befragungen sollten die Befragten angeben, wie häufig sie beten bzw. ein Gotteshaus besuchen und wie wichtig Religion im Alltag ist.

Ein zur niedrigen Selbstkontrolle vergleichbares Bild zeigt sich für die Zustimmung zu Männlichkeitsnormen. Diese wurde nur in den Jugendbefragungen erfasst, und zwar mit vier Items

<sup>32</sup> In der Schüler\*innenbefragung waren zur Messung der Empathie vier Items wie „Schüler, die oft gehänselt werden, tun mir leid“ zu beantworten, in der Erwachsenenbefragung zur Messung der Perspektivübernahme sechs Items wie „Es ist für mich kein Problem, die Gefühle anderer Menschen nachzuempfinden“.

wie „Ein Mann sollte bereit sein, Frau und Kinder mit Gewalt zu verteidigen“ oder „Der Mann ist das Oberhaupt der Familie und darf sich notfalls auch mit Gewalt durchsetzen“. Solche mit Gewalt assoziierten Männlichkeitsvorstellungen haben zur Folge, dass linksextreme Einstellungen häufiger akzeptiert werden und ebenfalls häufiger linksextremes Verhalten ausgeführt wird.

Das Merkmal der Verschwörungsmentalität wurde nur in der Befragung des Jahres 2019 erfasst. Da sich aber bspw. in den Analysen von Manzoni et al. (2019) enge Beziehungen zwischen Linksextremismus und der Verschwörungsmentalität gezeigt hatten, wurde das Merkmal auch hier in die Betrachtung einbezogen. Die Jugendlichen sollten zu fünf Aussagen einschätzen, als wie wahrscheinlich sie diese einstufen (z.B. „Über viele wichtige Dinge in der Welt wird die Bevölkerung nicht informiert“, „Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben“). Entsprechend der in Tabelle 13 dargestellten Korrelationen gilt, dass eine stärker ausgeprägte Verschwörungsmentalität insbesondere die Zustimmung zu linksextremen Einstellungen erhöht; der Zusammenhang mit dem Verhalten fällt demgegenüber deutlich schwächer aus.

Ebenfalls dargestellt ist der Zusammenhang zwischen dem weiter oben bereits vorgestellten Einstellungsmaß der linken Orientierungen und dem Linksextremismus. Für diese Orientierungen zeigen sich die über alle Auswertungen hinweg stärksten Korrelationen mit den linksextremen Einstellungen. Allerdings fällt der Zusammenhang mit dem linksextremen Verhalten wiederum deutlich schwächer aus.

Tabelle 13: Personenbezogene Merkmale und Verhaltensauffälligkeiten als Einflussfaktoren des Linksextremismus (Pearson r; gewichtete Daten; alle Korrelationen signifikant bei  $p < .05$ ; n.s. = nicht signifikant bei  $p < .05$ )

	9. Jahrgangsstufe								Erwachsene	
	2013-2017				2019				2014	
	linksextreme Einstellung: Anarchismus	linksextreme Einstellung: Militanz	linksextremes Verhalten	Gewaltaffinität	linksextreme Einstellung: Anarchismus	linksextreme Einstellung: Militanz	linksextremes Verhalten	linksextreme Einstellung: Anarchismus	linksextreme Einstellung: Militanz	
Empathie/Perspektivübernahme	-.10	-.18	-.07	-.30	-.01 <sup>n.s.</sup>	-.17	-.05	-.15	-.14	
Selbstkontrolle: Risikosuche	.24	.26	.14	.41	.12	.23	.13	.13	.14	
Religiosität	-.08	-.05	.01 <sup>n.s.</sup>	-.05	.00 <sup>n.s.</sup>	-.02 <sup>n.s.</sup>	-.02 <sup>n.s.</sup>	-.05	.01 <sup>n.s.</sup>	
Männlichkeitsnormen	.23	.36	.15	.51	.17	.25	.16	-	-	
Verschwörungsmentalität	-	-	-	-	.24	.25	.10	-	-	
linke Orientierungen	.50	.56	.12	.26	.40	.45	.12	.34	.28	
Alkoholkonsum in letzten 12 Monaten	.11	.15	.07	.20	.05	.13	.08	-.09	-.07	
Konsum illeg. Drogen in letzten 12 M.	.18	.18	.20	.21	.10	.18	.15	.07	.06	
Schulschwänzen	.11	.12	.09	.14	.15	.17	.10	.10	.06	
Delinquenz in letzten 12 Monaten	.14	.19	.20	.29	.05	.19	.16	.05	.06	

Welche Faktoren für die Erklärung des Verhaltens bedeutsam sind (jenseits der Bekanntschaft mit delinquenten Freunden, des linksorientierten Medienkonsums, der Selbstkontrolle und der Männlichkeitsnormen), zeigen die Auswertungen zum Einfluss verschiedener Verhaltensauffälligkeiten. Diese belegen, dass der Konsum illegaler Drogen (Cannabis, Ecstasy usw.) sowie die Ausübung delinquenten Verhaltensweisen (Ladendiebstahl, Sachbeschädigung, Körperverletzung) mit linksextremem Verhalten bedeutsam korreliert. Beide Faktoren stehen auch mit linksextremen Einstellungen in Beziehung – in der Jugendstichprobe stärker als in der Erwach-



senenstichprobe. Zusätzlich zeigen sich auch – insgesamt etwas schwächere – Zusammenhänge für den Alkoholkonsum und das Schulschwänzen.<sup>33</sup> Ein häufigerer Alkoholkonsum erhöht die Zustimmung zu linksextremen Einstellungen; allerdings zeigt sich hier für die Erwachsenenstichprobe ein gegenteiliger Effekt, nach dem ein häufigerer Alkoholkonsum die linksextremen Einstellungen senkt. Ein häufigeres Schulschwänzen geht mit einer stärkeren Befürwortung linksextremer Einstellungen einher.

Zusätzlich zu den bisher präsentierten bivariaten Auswertungen wird in Tabelle 14 eine multivariate Auswertung vorgestellt, in die die Schüler\*innenbefragungen 2013 bis 2017 eingehen, da aufgrund der identischen Itemformulierungen für diese drei Befragungen die meisten Befragten vorliegen; in die multivariate Auswertung gehen entsprechend Angaben von 8070 Jugendlichen ein. Die Analyse geht der Frage der Einflussfaktoren linksextremen Verhaltens nach. Durchgeführt wurde eine logistische Regressionsanalyse, die untersucht, welche Merkmale dazu beitragen, dass linksextremes Verhalten in den letzten zwölf Monaten ausgeführt wurde oder nicht. Die Koeffizienten können dabei Werte über 1 annehmen, was bedeutet, dass ein Merkmal die Wahrscheinlichkeit der Verhaltensausübung erhöht; bei Koeffizienten unter 1 reduziert ein Merkmal die Wahrscheinlichkeit der Ausübung linksextremen Verhaltens. Die Analysen sind dabei schrittweise aufgebaut: In Modell 1 werden allgemeine Faktoren berücksichtigt, die bspw. auch für die Erklärung anderen abweichenden oder delinquenten Verhaltens herangezogen werden. In Modell 2 werden spezifische den Linksextremismus betreffende Faktoren berücksichtigt. Modell 3 schließlich bezieht alle Merkmale mit ein. In den Analysen wurden dabei nur solche Einflussfaktoren berücksichtigt, für die sich bei den bivariaten Auswertungen stichprobenübergreifend bedeutsame Zusammenhänge mit linksextremen Verhalten gezeigt haben.

Tabelle 14: Einflussfaktoren linksextremen Verhaltens (binär-logistische Regressionsanalyse; abg.: Exp(B); gewichtete Daten)

	9. Jahrgangsstufe		
	2013-2017		
	Modell 1	Modell 2	Modell 3
Geschlecht: männlich	2.713 ***		2.298 ***
delinquente Freunde	1.322 ***		1.226 **
Selbstkontrolle: Risikosuche	1.498 **		1.288
Männlichkeitsnormen	1.343 *		1.143
Konsum illegaler Drogen	1.279 ***		1.219 ***
Delinquenz	3.581 ***		3.512 ***
linksorientierte Medienkonsum		1.815 ***	1.620 ***
linke Orientierungen		1.119	1.008
linksextreme Einstellung: Anarchismus		1.000	0.936
linksextreme Einstellung: Militanz		1.961 ***	1.690 ***
<b>N</b>	<b>8070</b>	<b>8070</b>	<b>8070</b>
<b>Nagelkerkes R<sup>2</sup></b>	<b>0.257</b>	<b>0.219</b>	<b>0.341</b>

\* p < .05, \*\* p < .01, \*\*\* p < .001

Der Vergleich der Modelle 1 und 2 zeigt zunächst, dass allgemeine und spezifische Faktoren zu etwa gleichen Teilen helfen, linksextremes Verhalten zu erklären. Dies ist relevant für die Prävention des Phänomens, die sich entsprechend verschiedenen Faktoren widmen müsste. Jenseits des Geschlechts (männliche Befragte führen häufiger linksextremes Verhalten aus) zeigen die Ergebnisse, dass vor allem die Bekanntschaft mit delinquenten Freunden, der Konsum illegaler Drogen und die Ausübung delinquenten Verhaltens mit linksextremem Verhalten in Verbindung steht. Die Risikosuche und die Zustimmung zu Männlichkeitsnormen haben in

<sup>33</sup> All diese Verhaltensauffälligkeiten wurden in der Erwachsenenstichprobe mit weitestgehend vergleichbaren Instrumenten erfragt wie in der Jugendbefragung. Ein erwähnenswerter Unterschied betrifft die Erfassung des Schulschwänzens: Die Jugendlichen sollten angeben, wie viele ganze Tage sie im letzten Schulhalbjahr geschwänzt haben. Bei den Erwachsenen lautete die Frage hingegen „Wie häufig kam es vor, dass Sie in der Zeit nach der Grundschule einen ganzen Schultag geschwänzt haben?“.

Modell 3 keinen direkten Einfluss auf die Ausübung linksextremen Verhaltens. Hinsichtlich der spezifischen Einflussfaktoren zeigt sich, dass linke Orientierungen ebenso wie anarchistische Einstellungen keinen direkten Zusammenhang mit linksextremem Verhalten aufweisen. Demgegenüber sind zwei weitere Faktoren von besonderer Bedeutsamkeit: Je häufiger Befragte linksorientierte Medien konsumieren und je häufiger sie linksextrem militante Einstellungen aufrechterhalten, umso häufiger führen sie linksextremes Verhalten aus. Die Effekte dieser beiden Faktoren bleiben im Gesamtmodell 3 bestehen, d.h. von diesen Faktoren gehen von anderen, allgemeinen Faktoren unabhängige Effekte auf das Verhalten aus.

### 2.3.5 Zusammenfassung

Das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen erhebt seit 2013 Daten zu linksextremen Einstellungen und Verhaltensweisen in Niedersachsen. In dieser Zeit wurden im Zweijahresabstand mittlerweile vier Befragungen von Schüler\*innen der neunten Jahrgangsstufe durchgeführt, an denen über 40000 Jugendliche teilgenommen haben. Zudem wurde im Jahr 2014 eine Befragung unter fast 6000 Erwachsenen durchgeführt. Diese Repräsentativbefragungen wurden an dieser Stelle erstmals systematisch zur Analyse des Linksextremismus herangezogen.

In einem ersten Schritt wurden anhand aller linksextreme Einstellungen messender Items neue Instrumente für die weiteren Auswertungen gebildet. Dabei wurden nur Items berücksichtigt, die beinhalteten, dass die demokratische Grundordnung zugunsten eines anarchistischen Gesellschaftsmodells beseitigt werden sollte, oder die gewaltbefürwortende, militante Ausdrucksformen erfassten. Die Messinstrumente entsprechen damit besser bisherigen Instrument-Vorschlägen, da nicht extremistische und damit legitime Formen des politischen Denkens und Handelns unberücksichtigt blieben. Antikapitalistische, globalisierungskritische, antifaschistische, antimilitärische oder staatlichen Institutionen gegenüber skeptische Haltungen (Anti-Repression) sind per se nicht extremistisch; sie dürfen geäußert werden und stimulieren politische Diskurse. Die „rote Linie“ ist erst dann überschritten, wenn diese Haltungen mit Gewalt verbunden sind oder wenn die demokratische Grundordnung, die Rechtsstaatlichkeit, individuelle Freiheiten usw. nicht mehr akzeptiert werden.

Die letztlich konstruierten Messinstrumente sind zugleich nicht als ideal einzustufen. Sekundäranalysen wie die hier durchgeführten sind notwendig begrenzt und können nicht in gleichem Maße erkenntnisförderlich sein wie für einen bestimmten Zweck erhobene Primärdaten. Die Entwicklung eines geeigneten Messinstruments sollte daher in zukünftigen Studien weiter vorangetrieben werden, wobei einerseits notwendig zu sein scheint, Instrumente zu entwickeln, die altersgruppenübergreifend valide und reliabel sind – die Dimension der Militanz war in der hier untersuchten Erwachsenenstichprobe bspw. weniger reliabel. Andererseits könnten folgende Überlegungen für die Weiterentwicklung hilfreich sein:

- Das Ziel einer anarchistischen Gesellschaftsordnung sollte ein zentraler Inhalt einer entsprechenden Einstellungsskala sein. Dabei sollte dieses Ziel aber noch stärker in Opposition zur derzeitigen demokratischen Grundordnung formuliert werden. Mögliche Items könnten entsprechend lauten: „Wirklich frei können wir nur dann sein, wenn das ganze bisherige demokratische System abgeschafft wird“, „Wir brauchen keinen demokratischen Staat, der die Bürgerinnen und Bürger repräsentiert; wir sollten uns stattdessen selbst regieren“ oder „Das Recht auf Eigentum ist abzuschaffen; alles sollte allen gehören“.
- Militanz ist ebenfalls als zentrale Dimension des Linksextremismus anzusehen. In entsprechenden Items sollte aber noch deutlicher angesprochen werden, welches Ziel der Gewalteinsatz hat. Mögliche Items könnten dementsprechend lauten: „Staat und Polizei stehen einer wirklichen freien Gesellschaft im Weg; daher muss man gezielt Gewalt gegen Staat und Polizei einsetzen“, „Ungleichheiten können nur beseitigt werden,

wenn das Eigentum der Reichen zerstört wird (z.B. Luxusautos anzünden)“, „Alle Banken und Konzerne müssen bekämpft werden, weil nur dann ein freies Leben möglich ist“ oder „Rechtsextreme, Faschisten, Nazis usw. sind die Feinde jeglichen gesellschaftlichen Fortschritts – gegen sie ist die Gewaltanwendung gerechtfertigt“.

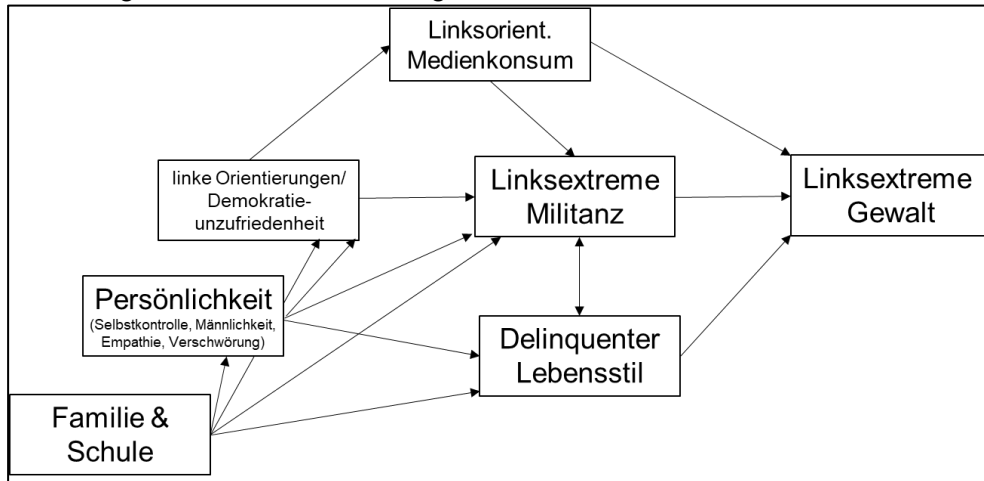
- Extremismen haben immer einen Aktualitätsbezug. Gesellschaftliche Veränderungen bestimmen mit, wofür oder wogegen sich ein Extremismus einsetzt. Dies ist bei der Durchführung empirischer Studien zu berücksichtigen. Vor dem Hintergrund der derzeitigen Bedeutung des Umwelt- und Klimaschutzes könnte in einer aktuellen Befragung daher auch ein Item wie „Die Demonstrationen für den Klimaschutz bringen keine Ergebnisse; wenn man sich für das Klima einsetzen will, muss man zu viel drastischeren Mitteln greifen (z.B. Anschläge auf Erdölunternehmen)“ berücksichtigt werden.

Jenseits dieser messinstrumentbezogenen Folgerungen haben die Auswertungen gezeigt, dass ein kleiner, aber über die Zeit stabiler Anteil der befragten Jugendlichen linksextrem militanten Einstellungen zustimmt: In den Jahren 2013 bis 2019 waren es jeweils etwa fünf Prozent, die als zustimmend eingestuft wurden. Bei den Erwachsenen lag der Anteil nur ca. ein Drittel so hoch. Linksextremes Verhalten berichteten noch einmal deutlich weniger Jugendliche, wobei sich auch hier eine Stabilität abzeichnete. Anarchistische Einstellungen erhielten im Zeitraum 2013 bis 2017 deutlich mehr Zustimmung; erst im Jahr 2019 äußerten sich weniger als zwei Prozent befürwortend. Warum anarchistische Einstellungen derart rückläufig sind, kann derzeit nicht gesagt werden. Möglicherweise ist für den Linksextremismus mittlerweile das Ziel des Anarchismus weniger handlungsleitend als andere Ziele wie bspw. die Bekämpfung des politischen und gesellschaftlichen Rechtsextremismus. Noch deutlich häufiger als anarchistischen und militanten Einstellungen wird linken Orientierungen zugestimmt, worunter antikapitalistische, antirepressive usw. Haltungen gefasst wurden. Zwischen 15 und 25 % der Jugendlichen befürworteten diese Haltungen, bei den Erwachsenen waren es sogar 27 %.

Die Analysen zu den Einflussfaktoren sollen an dieser Stelle nicht noch einmal im Detail rekapituliert werden. Stattdessen versucht Abbildung 6, die Ergebnisse in sicherlich etwas pauschalisierender Form zusammenzufassen. Der Weg zur linksextremen Gewalt, d.h. zu jenem Phänomenbereich, zu dem ein Konsens besteht, dass er mit Präventionsarbeit adressiert werden sollte, scheint den Ergebnissen entsprechend unterschiedlich zu verlaufen. Es scheint einerseits eine Art „*Delinquenzpfad*“ zu geben, nach dem Personen, die einen delinquenten Lebensstil zeigen (sich mit delinquenten Freunden umgeben, Drogen konsumieren, selbst delinquentes Verhalten ausführen), auch eher zu linksextremen Verhalten neigen. Dieser delinquente Lebensstil ist den Ergebnissen bisheriger Forschungen entsprechend weitestgehend durch Sozialisierungserfahrungen in verschiedenen Bereichen geprägt und Ausdruck spezifischer Personeneigenschaften. Andererseits scheint es ebenfalls eine Art „*Ideologiepfad*“ zu geben. Die Auswertungen haben gezeigt, dass Jugendliche, die linksextrem militante Einstellungen aufrechterhalten bzw. sich mit linksorientierten Medien beschäftigen, eher zu Gewalt greifen. Für diese Personen spielen ideologische Aspekte eine bedeutsamere Rolle als für Personen, die dem „*Delinquenzpfad*“ folgen. Allerdings gibt es insbesondere zwischen einem delinquenten Lebensstil und der Befürwortung von Militanz ein gegenseitiges Stärkungsverhältnis. Für die Befürwortung linker Militanz spielen Erfahrungen in Sozialisationsbereichen sowie Persönlichkeitsmerkmale ebenfalls eine wichtige Rolle. Für diese ebenso wie für den linksorientierten Medienkonsum sind aber zusätzlich andere Faktoren von Bedeutung: In den Auswertungen hat sich gezeigt, dass Demokratiezufriedenheit negativ mit linksextremen Einstellungen korreliert. Zudem gibt es Korrelationen zwischen linken Orientierungen und linksextremen Einstellungen. Dies kann derart zusammengefasst werden, dass junge Menschen, die von der Demokratie enttäuscht sind (Demokratieunzufriedenheit), eher auch antikapitalistische, antirepressive, antimilitärische usw. Haltungen ausbilden, die eine gewisse Grundlage für eine weitere Radikalisierung bilden. Dies bedeutet nicht, dass sich alle links denkenden Jugendlichen hin zu Militanz und Gewalt radikalieren. Die Wahrscheinlichkeit ist aber – empirisch belegt – erhöht.

Die Unterscheidung der verschiedenen Pfade ist für die Präventionsarbeit möglicherweise deshalb von Interesse, weil dadurch aufgezeigt wird, dass einerseits Prävention von Delinquenz und Gewalt allgemein auch der Linksextremismusprävention dient. Andererseits wird deutlich, dass es zusätzlicher Präventionsangebote bedarf, die sich der Unzufriedenheit mit der Demokratie und der damit verbundenen Distanzierung von Staat, Politik, Wirtschaft usw. widmen.

Abbildung 6: Modell der Erklärung linksextremer Gewalt



Abschließend ist noch einmal darauf hinzuweisen, dass die vorgestellten Auswertungen nur auf Querschnittsbefragungen beruhen und keine Aussagen über Ursachen und Wirkungen zulassen. Denkbar ist, dass Zusammenhänge gegenläufige Kausalrichtungen aufweisen, dass sich Merkmale gegenseitig verstärken oder durch dritte Merkmale verursacht sind. Die empirische Beschäftigung mit dem Thema Linksextremismus steht erst am Anfang und wird dadurch erschwert, dass bislang keine einheitliche Definition des Phänomens besteht, ebensowenig wie ein etabliertes Messinstrument existiert. Zusätzlich ist zu erwähnen, dass die hier präsentierten Auswertungen keine vollständigen Erklärungen der betrachteten Phänomene geliefert haben. Am Beispiel des linksextremen Verhaltens: Entsprechend des multivariaten Erklärungsmodells 3 wurde ein Drittel der Varianz aufgeklärt. Es müssen daher noch weitere, hier nicht betrachtete Einflussfaktoren des Linksextremismus berücksichtigt werden, die bspw. auf der Meso- oder Makroebene (Gesellschaft) angesiedelt sein könnten, zwei Ebenen, die bei der hier im Vordergrund stehenden Betrachtung der Mikroebene weitestgehend ausgeblendet wurden.

## 2.4 Linksextremismus in der Fachliteratur

Im Rahmen eines systematischen Literaturreviews wurden einschlägige wissenschaftliche Fachpublikationen hauptsächlich der letzten zehn bis 15 Jahre gesichtet. Ausgehend von dem Begriff des „Linksextremismus“ wurden einschlägige Publikationen in die Recherche um die Begriffe „linke Militanz“, „linke Gegenkultur“, „Linksaffinität“ und „extreme Linke“ aufgenommen. Es wurden Fachdatenbanken ebenso wie Internetrecherchen vorgenommen, sowie nach dem Schneeballprinzip in Literaturverzeichnissen weitere einschlägige Publikationen geprüft. Im Folgenden werden zunächst Definitionen und Begriffsverständnisse diskutiert; im Anschluss erfolgt die Vorstellung von Risiko- und Schutzfaktoren, wobei sich nicht ausschließlich auf den Phänomenbereich des Linksextremismus konzentriert wird, da hier zu wenige empirisch gesicherte Erkenntnisse vorliegen. Anhang 2 fasst die Ergebnisse der wenigen empirischen Studien übersichtlich zusammen. Erkenntnisse zu Risiko- und Schutzfaktoren von Linksextremismus müssen daher zum jetzigen Zeitpunkt aus der allgemeinen Extremismuskritik abgeleitet werden.

## 2.4.1 Die Begrifflichkeit

Der Begriff „Extremismus“ und die zugehörigen Formen und Phänomenbereiche können in vielerlei Hinsicht aus sozialwissenschaftlicher Perspektive als diskussionswürdig bezeichnet werden. Jesse (2018, S. 23) formuliert dementsprechend, dass kaum ein wissenschaftlicher Terminus derart starke Emotionen hervorruft wie der Extremismusbegriff.

Unter dem Begriff „Extremismus“ fasst Pfahl-Traugber (2014) aus wissenschaftlicher Perspektive „erstens den exklusiven Erkenntnisanspruch (Glaube an ein „höheres Wissen“), zweitens den dogmatischen Absolutheitsanspruch (Behauptung der unbezweifelbaren Richtigkeit eigener Positionen), drittens das essentialistische Deutungsmonopol (alleinige Erfassung des „wahren Wesens“ der Dinge), viertens die holistischen Steuerungsabsichten (angestrebte ganzheitliche Kontrolle der Gesellschaft), fünftens das deterministische Geschichtsbild (Wissen um den vorgegebenen historischen Weg), sechstens die identitäre Gesellschaftskonzeption (Forderung nach politischer Homogenität der Gesellschaft), siebtens den dualistischen Rigorismus (Denken in kompromisslosen Gegensatzpaaren wie Gut-Böse) und achtens die fundamentale Verwerfung (rigorose Verdammung des Bestehenden)“. Auch van Hüllen (2013, S. 490) sieht ein „geschlossenes Weltbild und dichotome Realitätswahrnehmungen (Denken in kompromisslosen Gegensatzpaaren), die Reklamation von Wahrheitsmonopolen, eine mindestens abstrakte Bereitschaft, diese auch gewaltsam umzusetzen, zudem die Konstruktion von Feindbildern sowie eine Neigung zu Verschwörungstheorien“ als Grundelemente des Extremismus an. In einer kürzlich erschienenen Veröffentlichung des Bundeskriminalamtes wird unter „Extremismus [...] eine ideologisch – politisch und/oder religiös – begründete Fundamentalopposition im Sinne einer grundsätzlichen Ablehnung der in Deutschland herrschenden freiheitlich-demokratisch angelegten Gesellschaftsordnung verstanden [...], die den grundgesetzlich verankerten unveräußerlichen Menschenrechten und dem Toleranzgebot verpflichtend ist“ (Kemmesies 2020, S. 39).

Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden haben den Auftrag, das demokratische System vor Abschaffungsbestrebungen durch Personen, Parteien und Organisationen zu schützen und gegen solche Bestrebungen tätig zu werden. Die Definition des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) zählt all diejenigen Aktivitäten und Bestrebungen zum „Extremismus“, die sich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung richten und/oder ihre Abschaffung zum Ziel haben (BfV o.J.a).<sup>34</sup> Hieraus ergibt sich jedoch die Gefahr, vorschnell verfassungsrechtlich geschützte radikale Gesellschaftskritik als „Extremismus“ zu klassifizieren und dadurch ggf. Einzelpersonen, Organisationen oder Parteien zu stigmatisieren (z.B. Bauer/Tschirner 2020; Lehmann/Jukschat 2019). Des Weiteren wird von Seiten der Wissenschaften angemerkt, dass dem Extremismusverständnis die Wissenschaftlichkeit fehle, da „es sich oft nur um Typologien handelt, die bestimmte Phänomene erfassen, beschreiben und klassifizieren (Butterwegge 2010, S. 39).

Wird der Arbeitsdefinition des BfV gefolgt, so sind diejenigen Einstellungen, Positionen, Bestrebungen und Handlungen als „linksextrem“ zu kategorisieren, die sich „gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung [richten], die auf einer Verabsolutierung der Werte von Freiheit und (sozialer) Gleichheit beruhen, wie sie sich insbesondere in den Ideen von Anarchismus und Kommunismus ausdrücken“ (BfV o.J.b). Gleichwohl ist diese Linksextremismus-Konzeption umstritten. Eine Herausforderung besteht beispielsweise darin, allgemeingültig zu identifizieren, erstens welche Indikatoren noch demokratische Einstellungen und Handlungen

---

<sup>34</sup> Die Verfassungsschutzbehörden unterscheiden zwischen „Extremismus“ und „Radikalismus“, obwohl beide Begriffe bisweilen synonym gebraucht werden. Bei „Radikalismus“ handelt es sich zwar auch um eine überspitzte, zum Extremen neigende Denk- und Handlungsweise, die gesellschaftliche Probleme und Konflikte bereits „von der Wurzel (lat. radix) her“ anpacken will. Im Unterschied zum „Extremismus“ sollen jedoch weder der demokratische Verfassungsstaat noch die damit verbundenen Grundprinzipien beseitigt werden. So ist z.B. Kapitalismuskritik, die grundsätzliche Zweifel an der Struktur der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung äußert und diese verändern möchte, noch kein Extremismus. Radikale politische Auffassungen haben einen legitimen Platz in der Gesellschaft.

abbilden und zweitens, ab welchem Grad der Zustimmung zu radikalen Ansichten und Einstellungen diese als linksextremistisch zu kategorisieren sind. Die Problematik bei einer zu weit gefassten Definition ist, dass zwar radikale, aber verfassungsrechtlich geschützte Kritik unter das Linksextremismuskonzept fallen könnte und damit Positionen als extremistisch bezeichnet werden, die es nicht sind. Die „fehlende klare Demarkationslinie zwischen Linken und Nicht-Linken“ (vgl. Matuschek et al., 2011) sowie zwischen „radikalen Linken“ und „extremistischen Linken“ stellt sich damit als große Herausforderung dar. Der als solches häufig bezeichnete „Sammelbegriff ‚Linksextremismus‘“ (z.B. Pfahl-Traugher 2020) steht daher besonders im wissenschaftlichen Kontext in der Kritik und bedarf weiterer Spezifizierung.

Die deutlichste Kritik wird an einer Gleichsetzung der Phänomenbereiche „Linksextremismus“ und „Rechtsextremismus“ geübt (z.B. Pfahl-Traugher 2020; Lehmann/Jukschat 2019; Golasch 2019; Butterwegge 2010). Argumentiert wird, dass eine nähere Betrachtung der jeweils zugeschriebenen Ideologien und Weltbilder weder einen direkten Vergleich zulässt noch die Aussage stützt, dass Linksextremismus der politische Gegenpart des Rechtsextremismus sei – letzteres wäre eine zu starke Vereinfachung angesichts der vielseitigen Positionen und Aktionsräume (z.B. Butterwegge 2010; Lehmann/Jukschat 2019). Die wesentlichen Kritikpunkte am Begriff des Linksextremismus lauten: 1) Es handelt sich um ein möglicherweise nichtexistierendes Phänomen, 2) Es erfolgt eine inhaltliche Relativierung, 3) Der Begriff wird als politischer Kampfbegriff gebraucht, 4) Er dient der Diskreditierung von Kapitalismuskritik, 5) Er lenkt von einer möglichen Demokratiegefährdung durch die Mitte ab, 6) Er dient der Gleichsetzung völlig unterschiedlicher Phänomene (Fischer 2018, S. 46).

Als alternativer Terminus wurde daher der Begriff der „linken Militanz“ eingeführt (z.B. Gmeiner/Micus 2018). Durch die Einführung dieser Terminologie wird einerseits angestrebt, der Selbstbeschreibung von links-politisch aktiven Personen näher zu kommen; andererseits wird dadurch der Unterschied zum (Rechts-)Extremismus zusätzlich semantisch hervorgehoben (z.B. Gmeiner/Micus 2018). Allerdings wird auch an diesem Begriff Kritik geübt (u.a. Scherr 2020). Schuhmacher (2016, S. 2) merkt bspw. an: „Die mit ihm [dem Begriff linke Militanz; d.A.] vorgenommene Engführung auf Gewalt beinhaltet die Gefahr einer doppelten Verzerrung. Erstens erhält dieser Bereich des Handelns eine sehr viele größere Bedeutung als ihm – nach allem was man weiß – im Alltag und Erleben der Akteure zukommt. Die vielfach behauptete Gewaltorientierung der Betrachteten ist damit eben nicht selten auch das Ergebnis eines Selektionsprozesses der Betrachtenden. Zweitens ist zu bedenken, dass ‚Gewalt‘ und ‚Militanz‘ stets das Ergebnis von Interaktionen sind, an deren Zustandekommen und Verlauf eben kaum allein nur eine Partei beteiligt sein kann“.

Folgt man den Entwicklungen des Diskurses zum Begriff „Linksextremismus“, verbirgt sich hierunter eine Vielzahl an Formen von politischen Einstellungen, Selbstverständnissen, Aktionsformen und Untergruppierungen (die nicht immer ein und dieselben Interessen und Ziele verfolgen), so dass aus sozialwissenschaftlicher Perspektive die Frage derzeit noch nicht abschließend beantwortet ist, was den Linksextremismus letztlich ausmacht. Konsens herrscht hingegen weitestgehend über den Phänomenbereich „Rechtsextremismus“ und den ihm zugeordneten Einstellungs- und Handlungsmustern. Dieser Bereich kann als recht umfassend beforscht betrachtet werden (z.B. van Hüllen 2018; Lehmann/Jukschat 2019), steht aber in diesem Bericht nicht im Vordergrund. Im Folgenden wird noch einmal im Detail auf verschiedene Begriffe des Linksextremismus-Diskurses eingegangen.

Unter dem Begriff „*linke Militanz*“ fassen Leistner et al. (2014, S. 112) „problematische Phänomene [... als; d.A.] Ausdruck gesellschaftlichen Protestgeschehens in der Jugendphase, sowie als Teil von – inhaltlich ein breites Spektrum – umfassenden Protestkulturen“. Diese ist jedoch weder durch geschlossene Weltbilder noch durch eine offene Gegnerschaft gegenüber der Demokratie und ihren Institutionen gekennzeichnet. Die Bundesfachstelle Linke Militanz (2018) beschreibt „linke Militanz [...] als linksradikalen Habitus mit dem Ziel kämpferischen (aber nicht zwangsläufig gewalttätigen), tatorientierten Handelns. Somit wird durch den Begriff ein a) kämpferisches (aber nicht unbedingt automatisch gewalttätiges), b) tatbetonendes Auftreten und Handeln mit c) linksradikalen Absichten und Zielen umfasst“.

Ausgehend von der Begriffsbeschreibung des BfV ist *Linksextremismus* ein „Sammelbegriff für alle gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Bestrebungen, die auf einer Verabsolutierung der Werte von Freiheit und (sozialer) Gleichheit beruhen, wie sie sich insbesondere in den Ideen von Anarchismus und Kommunismus ausdrücken. Linksextremisten wollen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung und damit die freiheitliche Demokratie beseitigen und diese durch ein kommunistisches beziehungsweise anarchistisches, ‚herrschaftsfreies‘ System ersetzen. Die marktwirtschaftliche Eigentumsordnung und der demokratische Rechtsstaat werden dabei als untrennbare Einheit (‚Kapitalismus‘) verstanden. Der ‚Kapitalismus‘ diene der Manifestierung von Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen, in denen sich wenige Privilegierte auf Kosten einer ‚Arbeiterklasse‘ bereichern. Diese ‚kapitalistische‘ Ordnung sei mit der Vorstellung einer Gesellschaft, die auf den Prinzipien von Freiheit und Gleichheit aller Menschen beruhe, unvereinbar. Bei der Begründung ihrer ideologischen Überlegungen berufen sich Linksextremisten – in unterschiedlichem Ausmaß und abweichender Interpretation – insbesondere auf die theoretischen Leitfiguren Karl Marx, Friedrich Engels und Wladimir Iljitsch Lenin. Gewalt, verstanden als ‚revolutionäre Gewalt‘ der vermeintlich ‚Unterdrückten‘ gegen die ‚Herrschenden‘, gilt grundsätzlich als legitim“ (vgl. BfV o.J.b).

Im wissenschaftlichen Diskurs zielt der Begriff Linksextremismus nicht nur auf die Verhaltenssondern auch die *Einstellungsebene*. Van Hüllen (2018, S. 7) beschreibt diese mit „geschlossene[n] Weltbildern, absoluten Wahrheitsansprüchen, dichotomischen, stereotypen Freund- und Feindbildern, die Vorstellung, für die Durchsetzung der vermeintlich Guten auch schrankenlosen Gewalt einsetzen zu dürfen, und die grundsätzliche Ablehnung des gesellschaftlichen Pluralismus“. Zudem zählen Einstellungsmuster, die sich in der „Verachtung demokratischer Regeln, der Ablehnung des staatlichen Gewaltmonopols und in Ideologien der Ungleichwertigkeit zugunsten einer Wissensavantgarde“ (ebd. S. 12) zeigen. Pfahl-Traughber (2020) bezieht sich in seiner Begriffsbeschreibung auf „eine Sammelbezeichnung, d. h. mit ihr sollen durchaus unterschiedliche Phänomene unter einem Oberbegriff erfasst werden. Demnach können bezüglich der Ideologie, Organisation und Strategie zwar Differenzen bestehen. Die Gemeinsamkeiten erlauben es aber, die gemeinten politischen Bestrebungen unter die Bezeichnung ‚Linksextremismus‘ zu fassen: Erstens gehe es um alle politischen Auffassungen und Handlungen, die der Gleichheit eine herausgehobene Position im eigenen politischen Selbstverständnis zuweisen. Zweitens müsse sich die damit einhergehenden Bestrebungen gegen die Normen und Regeln eines modernen demokratischen Verfassungsstaates richten. Und demnach stehe dabei drittens primär die angewandten Mittel und weniger die beschriebenen Ziele im Zentrum des Interesses“ (vgl. Pfahl-Traughber 2020, S. 23) Unter „Linksextremismus“ sind letztlich „alle politischen Auffassungen und Bestrebungen, die im Namen der Forderung nach einer von sozialer Gleichheit geprägten Gesellschaftsordnung die Normen und Regeln eines modernen demokratischen Verfassungsstaates ablehnen“ zu fassen (ebd.).

Lang (2018, S. 339f) sieht im „Linksextremismus“ keine bloße Sammelbezeichnung. „Es lasse sich vielmehr ein linksextremistisches Minimum erkennen, das die Abgrenzung zum Rechts- extremismus und zugleich den kardinalen Unterschied zu linksdemokratischen Politikentwürfen markiert.“ Linksextremisten prangern mit dem Kapitalismus ein Wirtschaftssystem an, das nach sozialen Maßstäben reformiert werden müsse; so sehen Linksextremisten im Kapitalismus ein Herrschaftssystem, das es zu beseitigen gilt. Es ergeben sich hieraus drei ideologische Zwecke: 1. Propagieren einer Totalität des Kapitalismus, um einen Systemgegensatz konstruieren zu können; 2. Generierung eines Alleinstellungsmerkmals: Nur sie selbst sind die wahrhaften „Antikapitalisten“, alle anderen werden damit als „Gegner“ abqualifiziert; 3. Die Konstruktion eines kruden Feindbildes: Wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Dabei existieren keine bedeutsamen Verknüpfungen mit den „ideologischen Großfamilien“, wie Marxismus, Leninismus, Maoismus oder Trotzismus (Lang 2018).

Schroeder und Deutz-Schroeder (2019) rekurrieren in ihren Analysen und ihrer Ausarbeitung auf ein Begriffsverständnis zum „Linksextremismus“, welches das Bestreben, die bestehende

gesellschaftlichen und politischen Ordnung entweder abzuschaffen oder zugunsten einer wahren Demokratie auszutauschen, beinhaltet. Ferner propagiert Linksextremismus ihrer Ansicht nach das Ziel, „eine egalitäre Gesellschaft, die allen Menschen gleiche Perspektiven und Lebenslagen garantiert [zu schaffen; d.A.] Das Individuum wird dabei seiner Freiheit beraubt und dem Kollektiv untergeordnet. Insofern strebt der Linksextremismus die politische Gleichschaltung und soziale Nivellierung einer Gesellschaft an, in der soziale Marktwirtschaft und parlamentarische Demokratie abgeschafft sind“ (ebd., S. 27f).

Mit dem Begriff „Linksextremismus“ lassen sich nach Backes (2006; 2008) jene Formen der Gegnerschaft zum demokratischen Verfassungsstaat auf einen Nenner bringen, die einem radikal-egalitären Politikentwurf verpflichtet sind. Für den Linksextremismus sei dabei bezeichnend, dass der Kommunismus nach Aufhebung sozial-ökonomischer Ungleichheit (insbesondere zwischen „Kapitalisten“ und „Proletariern“) in einer „klassenlosen Gesellschaft“, der Anarchismus nach Beseitigung politischer Ungleichheit (insbesondere zwischen Regierenden und Regierten) durch eine „herrschaftslose Gesellschaft“ der Zukunft strebe. In strategischer Hinsicht könne zwischen parteiförmig organisierten, auf Stimmen- und Mandatsgewinne bei Wahlen zielenden, weithin legal operierenden Formationen und all jenen Gruppierungen unterschieden werden, die Gewalt als Mittel der Politik in ihr Kalkül einbeziehen oder gar in den Mittelpunkt rücken.

Ein weiterer Begriff, der in der Forschung genutzt wird, ist der Begriff der „*Linksaffinität*“ (Hillebrand et al. 2015). Hierunter sind „gesellschaftspolitisch aktive junge Menschen, die für sich selbst eine noch zu diskutierende linke Identität und eine Affinität zu einem links gerichteten politischen Spektrum beanspruchen“ zu fassen. Es handelt sich jedoch nicht um eine homogene kollektive Identität, die sich durch eine feste ideologische Überzeugung oder einen konkreten Handlungsrahmen charakterisieren lässt. Hierin unterscheidet sich der Begriff Linksaffinität deutlich zum Begriff des Extremismus, insofern unveränderliche ideologisch geleitete Handlungsfelder damit nicht erfasst werden.

Anders verhält es sich mit dem Begriff der „*Linken Gegenkultur*“, worunter eine ideologische Ausrichtung als linksalternativ, anarchistisch, als autonom politisiertes lokales Milieu bzw. Subkultur beschrieben wird (Matuschek et al. 2011, S. 57). „Charakteristisch für diese Gruppen ist eine starke Distanz zum etablierten Parteien- und Institutionensystem und eine grundlegende Kritik gegenüber der kapitalistischen Gesellschaft. Der eigene Lebensentwurf ist durch die Vorstellung von einem möglichst weitgehend selbstbestimmten Leben jenseits der sozialen Normen einer bürgerlichen Mainstream-Gesellschaft geprägt. Darin eingeschlossen sind Versuche, Gegenmodelle zum bürgerlichen Erwerbs- (und ggf. Familien-)Leben praktisch umzusetzen.“

Die Mehrzahl der verschiedenen Begriffsbeschreibungen beinhaltet, dass es beim betrachteten Phänomen um eine ablehnende bis feindliche Haltung den demokratischen Verfassungsstaat gegenüber geht. Unter Linksextremismus – der Begriff, der, wie einleitend angemerkt, weiterhin gebraucht werden soll – sind damit Orientierungen und Bestrebungen zu fassen, die sich entweder gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung (z.B. BfV o.J.b) direkt richten, eine ablehnende Haltung zum demokratischen Verfassungsstaat einnehmen oder demokratiefeindlich sind und damit eine „Verachtung demokratischer Regeln“ (van Hüllen 2018) zum Ausdruck bringen. Das angestrebte gesellschaftliche Gegenmodell zur Demokratie besteht entweder in einer weitestgehend selbstverwalteten, herrschaftsfreien Gesellschaft (Anarchismus) oder im Kommunismus. Als Linksextremismus kann damit eine Orientierung bezeichnet werden, die auf „eine sozialistische bzw. kommunistische oder eine ‚herrschaftsfreie‘ Gesellschaft“ (Goertz/Goertz-Neumann 2018, S. 164) abzielt. Ein weiteres zentrales Element des Linksextremismus erscheint zudem die Legitimation bis hin zur tatsächlichen Anwendung von Gewalt. Gewalt wird im Linksextremismus als (notwendiges) Mittel zur Zielerreichung betrachtet.



## 2.4.2 Risikofaktoren der Radikalisierung

Es wurden bislang verschiedene Modelle entwickelt, die Antwort auf die Frage geben, aus welchen Gründen sich Individuen radikalieren bzw. den Anschluss an extremistische Gruppen suchen.<sup>35</sup> Eine Annahme dabei ist, dass es sich bei der Radikalisierung um einen Entwicklungsprozess handelt, der von demokratischen Werten wegführt und in politischen oder religiösen Extremismus mündet und sich auf die Einstellungs- und Verhaltensebene auswirkt (z.B. Beelmann 2019).

Radikalisierungsprozesse sind multikausal, d.h. der Prozess wird durch verschiedene Ursachen beeinflusst (z.B. Baier 2018; El-Mafaalani et al. 2016; Neumann 2013). Die Ursachen oder Einflussfaktoren sind dabei teilweise identisch zu denen anderer Phänomene, bspw. der Gewalt oder Kriminalität. Deshalb beziehen Erklärungsmodelle des Extremismus auch Faktoren in die Betrachtung ein, die in Kriminalitätstheorien (wie z.B. der Anomie-Theorie, der General Theory of Crime, der Bindungstheorie) fokussiert werden.

Das *Radikalisierungsmodell von Beelmann (2019)* beinhaltet einen sehr umfassenden Erklärungsansatz, der die ontogenetische Entwicklung in den Mittelpunkt stellt. Dieser grundsätzlich phänomenübergreifende Erklärungsansatz bezieht sich auf die individuelle, gruppenbezogene und gesellschaftliche Ebene und zeigt auf, dass sowohl psychologische, biologische, soziale als auch gesellschaftliche Faktoren bei einer Radikalisierung relevanten Einfluss nehmen können. Im Folgenden werden die Faktoren des Modells von Beelmann (2019) einzeln vorgestellt. Es werden allen voran solche Faktoren beschrieben, die empirisch nachweislich Einfluss auf eine Radikalisierung nehmen. Nicht zu allen Faktoren des Modells liegen allerdings detaillierte wissenschaftliche Erkenntnisse für den Bereich des Linksextremismus vor. Deshalb wird zudem theoretisch hergeleitet und mit Blick auf andere Extremismusformen diskutiert, welche Faktoren Einfluss auf entsprechende individuelle Radikalisierungsprozesse nehmen können.

Im Radikalisierungsmodell nach Beelmann (2019) wird ein entwicklungsorientierter und phänomenübergreifender Ansatz gewählt. Individuen in der Altersspanne zwischen früher Kindheit und dem ca. 20. Lebensjahr sind entsprechend des Modells besonders vulnerabel und stärker von radikalisierungsfördernden Faktoren bzw. Prozessen betroffen. Risikofaktoren bzw. -prozesse sind auf verschiedenen Ebenen angesiedelt. Jede Person ist unterschiedlichen Risikofaktoren ausgesetzt und wird zugleich durch Schutzfaktoren geschützt. Die Wahrscheinlichkeit sich zu radikalieren steigt, wenn Risikofaktoren stärker ins Gewicht fallen als Schutzfaktoren und wenn deren Einfluss längerfristig andauert (Beelmann 2019). Nachfolgend werden die verschiedenen Risikofaktorenbereiche des Modells vorgestellt und mit Bezug zum Erklärungsgegenstand Linksextremismus diskutiert.

Beelmann (2019) benennt in seinem Modell *gesellschaftliche Risikofaktoren* und -prozesse. Diese liegen in realen Intergruppenkonflikten (z.B. Verteilungskämpfe, Kriege), unsicheren Zukunftsperspektiven/Statusverlustängsten, in der Verbreitung gewaltlegitimierender Ideologien, beim Fehlen politisch geteilter positiver Werte, in wachsender gesellschaftlicher Ungleichheit sowie in gesellschaftlicher Desintegration/Anomie.

Besondere Bedeutung kommen den gesellschaftlichen Risikofaktoren und Prozessen für den Phänomenbereich des linksextremen Aktionsspektrums zu. Es ist wesentlicher Bestandteil im Linksextremismus, auf soziale Missstände aufmerksam zu machen und ggf. aktiv und notfalls gewaltsam gegen diese vorzugehen. Es spielen dabei zwar nicht immer gewalttätige Ausei-

---

<sup>35</sup> z.B. Entwicklungsorientiertes Modell der Radikalisierung (Beelmann 2019); Becoming-an-extremist-Modell (Malthaner 2017); Entwicklungspfade der Radikalisierung (Matt 2017); Quest-for-Significance-Theorie (Kruglanski et al. 2014); Transformative-Learning-Theorie (Wilner/Dubouloz 2010); Staircase-to-Terrorism-Modell (Moghaddam 2005).

inandersetzungen (mit Personen oder Sachen) eine Rolle; sie sind aber durchaus im Handlungsfeld erkennbar. Naheliegend ist daher, dass gesellschaftlichen Faktoren (beispielsweise besonders im Themenfeld der sozialen Ungleichheit, im Kampf gegen Rechtsextremismus, in der Anti-Gentrifizierung) eine nicht zu vernachlässigende Rolle für den Linksextremismus spielen; gleichwohl: empirische Prüfungen hierzu liegen bislang nicht vor.

Als „Krieg“ oder „Verteilungskampf“ (vgl. Beelmann 2019) kann der erklärte „Kampf gegen Rechts“ und damit gegen Faschismus zwar nicht bezeichnet werden, allerdings sind die sogenannten „Intergruppenkonflikte“ durchaus in (zum Teil gewaltbereiten) linksextremen Aktivitäten erkennbar und können somit als solche gedeutet werden. Besonders die gewalttätigen Konfrontationen mit Anhängern des rechten politischen Spektrums sowie die teilweise gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Repräsentanten des staatlichen Gewaltmonopols stehen hierfür. Strafverfolgungs- oder andere staatliche Organe wie die Polizei oder der Verfassungsschutz werden als Feinde der individuellen Freiheit wahrgenommen; sie werden blockiert, bekämpft und gehasst (Backes/Haase 2017).

Bezüglich unsicherer Zukunftsperspektiven oder möglicher Statusverlustängste liegen derzeit noch keine belastbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse im Zusammenhang mit Linksextremismus vor und können vor diesem Hintergrund lediglich theoretisch hergeleitet werden. Es bedarf weiterführender Untersuchungen, die sich u.a. mit dem Zusammenhang von unsicheren individuellen oder die gesamte Gesellschaft betreffenden Perspektiven beschäftigen. Nur vereinzelt in qualitativen Analysen ist beschrieben, dass sich „linksaffine Jugendliche“ über ihre eigenen Ziele und Utopien sehr viel „allgemeiner, unklarer und diffuser“ (Hillebrand et al. 2015, S. 101) äußern als über soziale oder gesellschaftliche Themen. Die eigene, persönliche Zukunftsperspektive wird also als unklarer und unsicherer wahrgenommen als die gesellschaftliche. Mit Blick auf z.B. die Berufsperspektiven oder Bildungsmöglichkeiten ist diese Unsicherheit jedoch schwerlich zu begründen: Personen, die in der linken Szene aktiv sind, sind laut Beschreibungen qualitativer Studien (z.B. Kühnel/Willems 2016; Schumacher 2014, S. 208; Farin 2015; Matuschek et al. 2011) an Universitäten eingeschrieben und damit eher den hohen Bildungsschichten zuzuordnen. Zudem wird erwähnt, dass sie aus gebildeten und politikinteressierten Elternhäusern stammen (z.B. Kühnel/Willems 2016). Mit einem Studium gehen in der Regel höhere Chancen auf dem Arbeitsmarkt einher, wodurch sich unsichere Zukunftsperspektiven in Bezug auf den beruflichen Werdegang nicht sofort erklären lassen. Gleichwohl sind Statusverlustängste und Zukunftsperspektiven nicht nur auf objektive Faktoren zurückzuführen, sondern besitzen eine subjektive Dimension; subjektive Unsicherheitsgefühle und Verlustängste können eine Radikalisierung wiederum wahrscheinlicher machen.

Wenn unsichere Zukunftsperspektiven auf die gesamte Gesellschaft bezogen werden, sind diese möglicherweise als bedeutsamer Risikofaktor einzustufen: Werden die gesamtgesellschaftlichen Perspektiven für die Zukunft als schlecht und aussichtslos bewertet, kann dies möglicherweise zur Motivation führen, sich gegen die (vermeintliche) Fehlentwicklung der Gesellschaft einsetzen zu müssen, die negative Auswirkungen auf viele andere Menschen haben kann.

Die Verbreitung gewaltlegitimierender Ideologien in sozialen Medien, Flyern/Handzetteln, Beiträgen, face-to-face Gesprächen, Aufklebern, Fahnen usw., d.h. von Propaganda, lässt sich als phänomenübergreifender Risikofaktor des Extremismus benennen. Unter „Propaganda“ wird dabei „der Versuch der gezielten Beeinflussung des Denkens, Handelns und Fühlens von Menschen“ (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2011) verstanden. Inwieweit linksextreme Propaganda eine entsprechende Wirkung entfaltet, wurde bislang noch nicht umfassend wissenschaftlich untersucht. Roedel (o.J.) identifiziert, dass der Zweck „linksextremer Propaganda“ bzw. „linksextremer Agitation und Parolen“ insbesondere in der Anklage, Provokation und Drohungen liegt. Es handelt sich um eine Verkündung eines Machtanspruches im öffentlichen Raum – das demokratische Wertesystem soll nachhaltig in Verruf gebracht werden (vgl. Roedel o.J.). Durch graphische Aufbereitung und ein ansprechendes Layout wird versucht, Personengruppen anzusprechen, die sich sonst nicht mit den Werten der autonomen Szene

identifizieren (z.B. Skater, Tier- und Umweltschützer). „Diese künstlerisch daherkommende Kapitalismuskritik, die mit Kritik am System BRD einhergeht, ist wesentlich attraktiver für die Zielgruppe als Handzettel mit ausführlichen Textauszügen von Marx oder Lenin [...]. Die Botschaft wird extrem plakativ und assoziativ verkürzt und mit einem ‚hippen‘ Design versehen. Aufrufe zu gewalttätigen Handlungen erhalten ein zeitgemäßes ästhetisches Aussehen. Was entsteht, ist ein Mix kreativer Designs mit linksextremer Propaganda. Es fällt kaum auf, dass die Inhalte manchmal aus der stalinistischen Agitation der 1930er Jahre stammen“ (vgl. Roedel o.J.).

Der Nutzung von Medien wird gleichwohl in der wissenschaftlichen Fachliteratur eher eine vermittelnde als ursächliche Rolle zugesprochen (z.B. Neumann et al. 2019; Hassan et al. 2018; Alava et al. 2017). Für den Austausch mit der eigenen Gruppe bieten Messenger-Dienste an, Informationen mit geringem Aufwand an zahlreiche Personen gleichzeitig zu teilen. Darüber hinaus bieten Social-Media-Plattformen die Möglichkeit, eine große Personenanzahl erreichen zu können, um Propagandamaterial verteilen zu können. Die Nutzung von Online- und Offline-Medien stellen daher ein Mittel zur Kommunikation mit entweder kleinen Gruppen (in Messengerdiensten) oder mit großen Teilen der Gesellschaft (Online-Foren oder Social-Media-Plattformen) dar. Für die Planung einzelner unter Umständen strafrechtlich relevanter Aktionen wird jedoch, soweit ersichtlich, die persönliche face-to-face Kommunikation in der linksextremen Szene bevorzugt. In einem zugänglichem Handlungsleitfaden heißt es hierzu: „auf keinen Fall dürfen Aktionen am Telefon besprochen werden, die Gefahr dabei belauscht zu werden ist einfach zu groß.“<sup>36</sup> Auch wenn es sich bei diesem Leitfaden um eine veraltete Version handelt, dürfte eine entsprechende Leitlinie noch Bestand haben, auch wenn die Kommunikation zunehmend online stattfindet.

Des Weiteren wird das Fehlen politisch positiv konnotierter Werte (z.B. bzgl. der Demokratie) als gesellschaftlicher Risikofaktor identifiziert (Beelmann 2019; Wolfowicz et al. 2019). In den sog. „Mitte- bzw. FES-Studien“ wird bereits seit mehreren Jahren umfassend untersucht, welche politischen Werte die „Mitte der Gesellschaft“ ausmachen. Bezüglich der Einstellung zur Demokratie meint „fast ein Drittel der Befragten, die Demokratie führe eher zu faulen Kompromissen als zu sachgerechten Entscheidungen“ (vgl. Zick et al. 2019b). Trotz alledem befürwortet ein Großteil der Befragten demokratische Werte. Nicht zu verkennen ist jedoch, dass zahlreiche Befragte menschenfeindliche und illiberale Vorstellungen vertreten, die sich mit demokratischen Werten nur schwer vereinbaren lassen (Zick et al. 2019b).

Die wachsende gesellschaftliche Ungleichheit fördert als weiterer möglicher Risikofaktor eine Radikalisierung (Beelmann 2019). „Die Erlangung einer respektablen und einträglichen Berufsposition wird immer mehr zu einer Frage der Qualifikation. Kinder aus unteren sozialen Schichten und aus Migrantenfamilien haben nach wie vor geringe Chancen, eine marktgängige Qualifikation zu erreichen. Die absoluten Aufstiegsbarrieren wachsen, insbesondere was den Aufstieg von den unteren in die mittleren Schichten betrifft. Die Wirtschaftselite rekrutiert sich in wachsendem Maße aus oberen Schichten“ (Hradil 2012). Empirisch gezeigt werden konnte, dass die soziale Ungleichheit bzw. die soziale (Un-)Gerechtigkeit ein Grund für steigendes Politikinteresse bzw. steigende Politisierung linksaffiner Jugendlicher ist (Schröder/Deutz-Schröder 2015).

Dem Risikofaktor „gesellschaftliche Desintegration oder Anomie“ kommt insbesondere in kriminologischen Untersuchungen wesentliche Bedeutung zu. In einer Schüler\*innenbefragung der neunten Jahrgangsstufe konnten Schröder et al. (2020) belegen, dass „extremistische Einstellungen [...] in einer signifikant positiven Beziehung zu Anomie“ stehen. Baier et al. (2016) konnten in ihren Analysen von Schüler\*innenbefragungsdaten ebenfalls Zusammenhänge

---

<sup>36</sup> <https://autonomeantifadessau.files.wordpress.com/2008/08/tipps-und-tricks-fur-antifaspdf.pdf>

zwischen sozialer und struktureller Desintegration mit extremistischen Einstellungen nachweisen. Dies gibt Grund zu der Annahme, dass sich Anomie und Desintegration auf Radikalisierungsprozesse auswirken können.

Neben diesen Faktoren könnten weitere gesellschaftliche Faktoren eine Rolle spielen. Hierzu zählen bspw. das regionale Meinungsklima oder die regionale Wirtschaftssituation (z.B. Müller/Schwarz 2017; in Bezug auf Rechtsextremismus: Quent/Schulz 2015; Baier/Pfeiffer 2010). Aktive linkspolitische Szenen oder Treffpunkte sind vermehrt in oder in der näheren Umgebung von Universitätsstädten zu finden. In diesen Städten herrscht ggf. eine gewisse Toleranz gegenüber den von diesen Szenen befürworteten Werten und Zielen; zugleich bilden die Szenen eine Opportunitätsstruktur. Die Szenen sind aus der politischen Historie gewachsen und zugehörige Szenetreffs bieten für Interessierte und neu Zugezogene mögliche Anlaufstellen. Auch die regionale Wirtschaftssituation könnte als gesellschaftlicher Risikofaktor gelten (für den Rechtsextremismus wiederum: Baier/Pfeiffer 2010). In empirischen Untersuchungen zeigte sich, dass der sozioökonomische Kontext mit rechtsextremen Einstellungsmustern in Zusammenhang gebracht werden kann. Das Gefühl des Abgehängt-Seins hängt signifikant mit rechtsextremen Einstellungsmustern zusammen (z.B. Quent 2012, S. 56f). Im politischen Bereich links können zwar keine empirischen Analysen diesbezüglich gefunden werden. Es kann aber angenommen werden, dass wirtschaftliche Ungleichheit, Gentrifizierung als Ausdruck einer solchen Ungleichheit u.a.m. zur Entstehung linker Szenen beitragen kann.

*Soziale Risikofaktoren und -prozesse* sind entsprechend des Modells von Beelmann (2019) in familiären Konflikten und Problemen zu sehen, in einer ausbleibenden oder problematischen Wertevermittlung, in elterlichen Vorurteilen gegenüber sozialen Fremdgruppen, im Vorhandensein extremistischer/krimineller Gruppen im sozialen Nahraum, in der Erfahrung von Diskriminierung oder Marginalisierung, in fehlenden Möglichkeiten des positiven Austauschs mit Angehörigen unterschiedlicher sozialer Gruppen (geringe soziale Diversität) sowie in der Erfahrung von Gewalt in der Familie (Beelmann 2019).

Lützing (2010) konnte in einer qualitativen biographischen Untersuchung von Extremisten und Terroristen die den Phänomenbereichen „rechtsorientiert“, „linksorientiert“ und „islamistisch orientiert“ zugeordnet werden konnten, aufzeigen, dass „multiple Problemlagen, gepaart mit einer oberflächlichen binnenfamiliären Kommunikationskultur“ (ebd., S. 21) das familiäre Leben aller Befragten prägte. Brüche in der familiären Konstellation, die bis zum „Verlust der Anbindung an die Familie führten“ sind in der Biographie aller interviewten Personen zu finden gewesen (ebd., S. 23). Der Einstieg in radikale Szenen wird häufig mit noch immer anhaltenden innerfamiliären Konflikten in Zusammenhang gebracht. Auch von innerfamiliärer Gewalt sowie von Alkohol- und Drogenkonsum berichteten die interviewten Personen. Diese sozialen Risikofaktoren scheinen demnach auch für den Linksextremismus von Bedeutung zu sein.

Darüber hinaus konnte Lützing (2010) noch weitere „entwicklungsbeeinflussende Faktoren“ identifizieren, die sich auf der sozialen Ebene bezüglich der Gruppenzugehörigkeit wiederfinden lassen. Dazu zählt beispielsweise der Konformitätsdruck, der neben „Lifestyle und der Einstellung“ für die Akzeptanz in einer Gruppe eine große Bedeutung zukommt (ebd., S. 46). Matuschek et al. (2011) konnten in ihrer Studie herausarbeiten, dass die Beziehungen zu Verwandten, Freunden und anderen Bekannten besonders relevant für die Entwicklung politischen Engagements ist und erst im Kontext von Peergruppen und jugendlichen Szenen bzw. Subkulturen politische Aktivitäten stattfinden. Die Zugehörigkeit zu Gruppen erweist sich demnach für die (Weiter-)Entwicklung politischen Engagements als auch für die Festigung radikaler Einstellungen als relevanter Einflussfaktor. Pisoiu (2012) konstatiert diesbezüglich, dass insbesondere die Rückmeldung aus dem sozialen Umfeld als Hauptmotivationsfaktor dient: Das Ansehen, die Anerkennung und die Belohnung in und durch die Gruppe seien für einen Radikalisierungsprozess entscheidend. Für den Linksextremismus ist daher zu vermuten, dass den sozialen Risikofaktoren ebenfalls eine bedeutsame Rolle zukommt.

Zu den Risikokonstellationen auf sozialer Ebene zählt ebenso das vorhandene Angebot radikaler Gruppen. Diese können besonders auf nach Orientierung suchende Jugendliche anziehend wirken (als sog. Pull-Faktor), besonders dann, wenn Bindungen zu anderen Personen fehlen. Eine Selbstzuordnung zu einer radikalen Gruppierung zeichnet sich durch Zugehörigkeitsgefühle, Orientierung und Eindeutigkeit (aufgrund des Freund-Feind-Schemas) aus, durch klare Antworten auf existenzielle Lebensfragen, Sinnhaftigkeit, Gemeinschaft sowie die Möglichkeit, Protest zu artikulieren. Zudem sind Aspekte wie Gegenentwurf, Selbstinszenierung, Zugehörigkeit zu einer Avantgarde und die damit verbundene Selbsterhöhung, Bekleidungs- und Sprachcodes, Kriegerethik, das Ausleben von Machtphantasien und Kameradschaft relevante Merkmale, die besonders auf Individuen im Suchprozess oder in Identitätskrisen anziehend wirken und einen Radikalisierungsprozess begünstigen (z.B. Ceylan/Kiefer 2018; Schils/Verhage 2017). Radikale oder extremistische Gruppen dienen zudem als Familienersatz; gegen die eigene Herkunftsfamilie wird rebelliert bzw. der Wunsch nach Separierung von dieser wird umgesetzt (Lützing 2010; Olsen 2009).

Der Aspekt der extremistischen Gewaltausübung ist ein Ausdruck eines sozialen Prozesses und nicht allein auf individuelle Merkmale zurückzuführen (Eilers et al. 2015, S. 72). Bei politisch motivierten Gewalttaten handelt es sich überwiegend um Gruppendelikte – bei linksorientierten Taten ist der Anteil an Gruppentaten zugleich deutlich höher als bei rechtsorientierten. Die Autoren schließen daraus, dass dem Gruppenkontext eine übergeordnete Rolle zukommt. Eine Untersuchung von Bergmann et al. (2017) ergab, dass Jugendliche, die angegeben hatten, sie seien in keiner linken Gruppen aktiv, nur zu 1.6 % extrem linken Einstellung zustimmten; Jugendliche, die sich jedoch bereits einer Gruppe angeschlossen hatten, stimmten zu 14.9 % linken Einstellungen zu. Der Faktor „Gruppenzugehörigkeit“ stellt demnach ein besonders beachtenswerten Faktor für den Linksextremismus dar: Die Gruppenzugehörigkeit ist ein weiterer Schritt in der Radikalisierung und kann die Ausführung entsprechenden Verhaltens bspw. aufgrund gruppendynamischer Prozesse wahrscheinlicher machen.

*Individuelle Risikofaktoren bzw. -prozesse* der Radikalisierung liegen laut Modell von Beelmann (2019) in problematischen sozial-kognitiven Verarbeitungsmustern (Defizite in kognitiven Grundfertigkeiten, der Moralentwicklung, der sozialen Kategorisierung, der Empathie, der Selbstkontrolle, der Informationsverzerrung), in dissozialen Entwicklungsdynamiken, sozialen Ausschlusserfahrungen und geringer Anerkennung sowie in einer problematischen Persönlichkeitsentwicklung (labiler oder überhöhter Selbstwert, Ungerechtigkeitsensibilität, Autoritarismus, soziale Dominanzorientierung).

Einen umfassenden Überblick über einflussreiche individuelle Risikofaktoren liefern Zick et al. (2019a). Radikalisierung wird dabei als „ein Prozess der Entwicklung von extremistischen Ideologien und Überzeugungsstrukturen, der durch persönliche oder kollektive Ungerechtigkeitsempfindungen bzw. -erfahrungen in Gang gesetzt werden kann“ (ebd., S. 45f) definiert. Zudem wird Radikalisierung als „Produkt der Wechselwirkung von individuellen und gesellschaftlich strukturellen Faktoren“ (ebd., S. 47) betrachtet. In Bezug auf die individuelle Ebene stellen den Autoren entsprechend Diskriminierungserfahrungen, Prekarität und ein hohes Maß an relativer Deprivation Risikofaktoren der Radikalisierung dar.

Besonders gefährdet für eine Radikalisierung und damit wahrscheinlich auch für eine linksextreme Radikalisierung erscheinen Jugendliche und junge Erwachsene in der Altersspanne von 15 bis 35 Jahren (Bouhana/Wikström 2011). Zudem können folgende Persönlichkeitsdispositionen relevant für eine Radikalisierung sein:

- Ein Borderline-Persönlichkeitsstil, der durch ein extremes Schwarz-Weiß-Denken, eingeengte Weltsicht, impulsive Anteile sowie schwer kontrollierbare und intensive Emotionen geprägt ist (Borum 2014, S. 291; Saimeh 2017, S. 212f, Melloy/Pollard 2017, S. 1644).

- Ein Narzisstischer Persönlichkeitsstil, der durch ein übersteigertes Selbst, Grandiositätserleben, Empathie-Defizite sowie leichte Kränkbarkeit geprägt ist (Grabska 2017, S. 179; Saimeh 2017, S. 213)
- Eine Motivation, sich von gesellschaftlichen Normen und Werten zu distanzieren und abweichende Norm- und Wertevorstellungen zu akzeptieren (Zick/Böckler 2015, S. 7)
- Dissoziale Persönlichkeitsstile, welche „sich nicht nur durch eine fehlende Verankerung ihrer sozialen Werte und Normen aus[zeichnen; d.A.], sondern auch durch ausgeprägtes ‚Sensation Seeking Behaviour‘“ (vgl. Zick et al. 2019a, S. 53), d.h. durch den Drang nach ständig neuem Erleben, nach Aufregung und Risiko (z.B. Coid et al. 2016)
- Eine autoritäre Persönlichkeit, welche einen rigiden Denkstil, Unterwürfigkeit und Identifikation mit autoritären Führungspositionen umfasst (Borum 2014, S. 287ff; Koomen/van der Pijl 2016, S. 94ff; Saimeh 2017, S. 215f)
- Eine hoch ausgeprägte Bedrohungssensitivität im Sinne eines paranoiden Misstrauens und Hypersensitivität hinsichtlich der Bedrohung des eigenen Selbst und daraus folgender Erniedrigungsgefühle (Borum 2014: 291)
- Ein schwach ausgeprägtes Selbstkonzept (Grabska 2017, S. 172; Saimeh 2017, S. 209ff)

Darüber hinaus werden dissoziale Persönlichkeitsmerkmale (z.B. fehlende Empathie), problematische sozial-kognitive Verarbeitungsmuster und ein problematischer Selbstwert sowie Abenteuerlust und Impulsivität bzw. eine niedrige Selbstkontrolle von Beermann (2017), Baier et al. (2016) sowie Pauwels und De Waele (2014) als radikalisierungsförderliche Faktoren benannt, die nicht direkt mit einer psychischen Störung in Verbindung zu bringen.

Des Weiteren sind die Suche nach Identität, nach Zugehörigkeit und Verbundenheit, nach persönlicher Bedeutung („Quest for Significance“, Kruglanski et al. 2014; Chassman 2016) und die Befürchtung, einen Anerkennungsverlust zu erleiden, ebenfalls in der wissenschaftlichen Fachliteratur auf individueller Ebene verortete Risikomerkmale, die eine Radikalisierung begünstigen können. Die Suche nach Bedeutung bezieht sich auf die individuelle Suche nach und auf den Erhalt von kulturell determinierten Werten, die als bedeutsam für die eigene Stellung in der Gesellschaft erachtet werden. Potenziert sich die Befürchtung, die eigene gesellschaftliche Bedeutung zu verlieren, kann das zu einem Deprivationserleben führen, was wiederum eine verstärkte Suche nach subjektiven Bedeutungsgewinn zur Folge haben kann (Zick et al. 2019a). Erfahrungen mit Deprivation und Diskriminierung sehen darüber hinaus auch Beermann (2017, 2019), Matt (2017), El-Mafaalani (2017), Eilers et al. (2015) oder Lützing (2010) als relevante phänomenübergreifende Risikofaktoren der Radikalisierung an.

In einer Metanalyse zu Risikofaktoren der Radikalisierung fanden Wolfowicz et al. (2019) darüber hinaus Zusammenhänge von klassischen kriminogenen Faktoren mit radikalen Einstellungen. Individuelle kriminelle Karriere oder der Polizeikontakt zählen bspw. zu wichtigen Risikofaktoren. Radikale Absichten und radikales Verhalten werden entsprechend der Ergebnisse dieser Analyse zudem durch Arbeitslosigkeit, wahrgenommene Ungerechtigkeit sowie ein männliches Geschlecht beeinflusst. Gleichwohl konstatieren Baer und Weinsböck (2017, S. 90), dass sich zwar hauptsächlich junge, männliche Personen radikalieren, sich aber ebenso Frauen extremistischen Gruppierungen anschließen und sich mit „derselben persönlichen Entschiedenheit engagier[en]“. Zusätzlich finden sich in der Metaanalyse von Wolfowicz et al. (2019) Effekte der gruppeninternen Verbundenheit, des geringen Selbstwertgefühls, der symbolischen und realistischen Bedrohungsgefühle, der gruppeninternen Überlegenheit sowie der Aktivismusabsichten.

### 2.4.3 Proximale Radikalisierungsprozesse

Die vorangegangenen Ausführungen zu individuellen Risikofaktoren insbesondere zum Thema Identität und kriminogene Faktoren verweisen darauf, dass auch für den Bereich des Linksextremismus sog. proximale Radikalisierungsprozesse (Beelmann 2019) von Bedeutung sind. Hierunter subsummiert Beelmann (2019) folgende vier Faktoren: 1) Identitätsprobleme (Suche nach Anerkennung); 2) Herausbildung und Verfestigung von Vorurteilsstrukturen (gravierende Ablehnung fremder sozialer Gruppen); 3) Entwicklung bzw. Übernahme einer politischen oder religiösen Ideologie (Rechtfertigung der Ungleichwertigkeitsannahmen zur Legitimation von Gewalt und illegitimen Mitteln); 4) dissoziales Verhalten bzw. Dissozialität (Devianz und Delinquenz).

Proximale Radikalisierungsprozesse sind als Resultat der verschiedenen vorangegangenen Risikokonstellationen zu verstehen. Sie sind darüber hinaus eine notwendige Voraussetzung für die Hinwendung zum politischen oder religiösen Extremismus. Die vier genannten Faktoren haben die Eigenschaft, sich wechselseitig beeinflussen zu können und gewinnen dadurch an Bedeutung für den Radikalisierungsverlauf. Das Gewicht oder die Stärke der Ausprägung der proximalen Radikalisierungsfaktoren ist auch hier von Bedeutung. Sind sie stark ausgeprägt und fallen dadurch stärker ins Gewicht, wird eine Hinwendung zum Extremismus wahrscheinlicher. Inwiefern empirische Kenntnisse zu den Einflussfaktoren der proximalen Radikalisierungsprozesse vorliegen, soll im Folgenden dargelegt werden.

Hinsichtlich des Faktors *Identitätsprobleme* belegen bspw. die Auswertungen von Manzoni et al. (2019) einen statistisch signifikanten Zusammenhang zwischen dem Status der Identitätsdiffusion und linksextremen Einstellungen. Dieser Zusammenhang bleibt auch in multivariaten Modellen bestehen. Eine fehlende Orientierung darüber, wer man selbst ist, scheint dementsprechend anfällig für Linksextremismus zu machen.

Der Vorurteilsforschung (z.B. Tajfel/Turner 1986) entsprechend entstehen *Vorurteile* und Feindbilder auf Basis individueller, gruppenbezogener und kontextuellen Bedingungen und sind in der wissenschaftlichen Literatur besonders im Zusammenhang mit Rechtsextremismus präsenste Themenbereiche (z.B. in Bezug auf gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Zick/Küpper 2016). Schröder et al. (2020a) konnten in einer Studierendenbefragung allerdings auch signifikante Zusammenhänge zwischen „gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen“, dem „Geschlechterrollenverständnis“ sowie „Homophobie“ und linksextremen Einstellungsmustern nachweisen. Auch Manzoni et al. (2019) konnten zeigen, dass es Beziehungen zwischen Vorurteilen (Homophobie, Männlichkeitsnormen) und Linksextremismus gibt. Insofern scheint die Vorurteilsneigung auch für den Linksextremismus von Bedeutung zu sein. Dies spiegelt sich u.a. darin, dass bestimmte Feindbilder im Linksextremismus aufrechterhalten werden, so z.B. die Polizei, Rechtsextremisten oder Kapitalisten.

Das Vorhandensein einer *politischen Ideologie* ist charakteristisch für den politischen Extremismus – unabhängig davon, inwieweit die Individuen diese Ideologie tatsächlich internalisiert haben. Ideologien haben eine sinnstiftende Wirkung, durch die das eigene Verhalten legitimiert werden kann. Sie bieten eine einfache Antwort auf komplexe Fragen der Identität, der politischen Ausrichtung, der sozialen Gruppenzugehörigkeit u.a.m. Sie geben vor allem einen (Handlungs-)Rahmen vor, der die Mittel und Wege rechtfertigt, das bestehende System infrage zu stellen und ggf. zu bekämpfen. Bestimmte Persönlichkeitsmerkmale (z.B. Autoritarismus im Rechtsextremismus) können für die Übernahme von Ideologien empfänglicher machen. Aber auch verschiedene gruppenbezogene oder gesellschaftliche Faktoren (z.B. Verbreitung und Akzeptanz) lassen Individuen empfänglich für politische oder religiöse Ideologien werden. Beelmann (2019) beschreibt im Rahmen seines Modells, dass auch nur Teilelemente von Ideologien individuell übernommen werden und als Grundlage einer Radikalisierung dienen. Für den Linksextremismus bedeutet dies, dass nicht unbedingt die „ideologischen Großfamilien“ (Lang 2018) wie Marxismus, Leninismus, Maoismus oder Trotzismus heute von Bedeutung

sind, sondern lediglich einzelne Elemente daraus richtungsweisend sind. Diese wiederum können dann aber die Grundlage für die Radikalisierung bilden. Die oben anhand der niedersachsenweiten Schüler\*innenbefragungen durchgeführten Auswertungen hatten bspw. gezeigt, dass „linke Orientierungen“ mit linksextremen Einstellungen und Verhaltensweisen in Verbindung stehen. Ideologische Positionen sind demnach auch für den linksextremen Radikalisierungsprozess entscheidend.

Unter *Dissozialität* wird zuletzt im ontogenetischen Entwicklungsmodell der Radikalisierung sowohl delinquentes als auch deviantes Verhalten subsumiert. Kraus und Mathes (2010) konnten in ihrer qualitativen Untersuchung nachweisen, dass sich schon in der frühen Kindheit der interviewten rechtsmotivierten Straftäter ein problematisches Verhalten abzeichnete, welches zu einem späteren Zeitpunkt in einer kriminellen Karriere mündete. Sie konnten die interviewten Personen insgesamt vier verschiedenen Typen zuordnen, die entweder Kriminalität im Rahmen der Persönlichkeitsreife ausübten oder bei denen eine kontinuierliche Hinentwicklung zur allgemeinen bzw. Gewalt-Kriminalität erkennbar war. Inwiefern individuelle kriminelle Karrieren im Bereich des Linksextremismus eine Rolle spielen, ist noch weitestgehend unerforscht. Gleichwohl deuten die hier anhand der niedersachsenweiten Schüler\*innenbefragungen beobachteten Korrelationen zwischen der Delinquenz in den letzten zwölf Monaten und linksextremen Einstellungen und Verhaltensweisen darauf hin, dass auch für den Linksextremismus der „Delinquenzpfad“ von Bedeutung ist.

#### 2.4.4 Schutzfaktoren der Radikalisierung

Schutzfaktoren der Radikalisierung werden in der Forschung auch als Resilienzfaktoren bezeichnet, weshalb an dieser Stelle zunächst etwas ausführlicher auf das Thema Resilienz eingegangen werden soll. Allgemein handelt es sich beim „Konzept der Resilienz“ um ein positives Gegenkonzept zur Vulnerabilität. In der Resilienz drückt sich die Widerstandskraft von Individuen aus, schwierige und problematische Situationen bzw. Lebensumstände zu überstehen, ohne dass bleibende (psychische) Belastungen bzw. Störungen oder andere soziale Auffälligkeiten entstehen. Dabei handelt es sich um ein dynamisches Konzept, dem die Annahme zugrunde liegt, dass Resilienz- bzw. Schutzfaktoren Risikokonstellationen aufheben (z.B. Bliesener 2018; Gabriel 2005; Noeker/Petermann 2008).

Bliesener (2018) unterscheidet in seiner Auseinandersetzung mit dem Resilienz-Konzept zwischen 1) protektiven, 2) promotiven und 3) risikobasierten oder interaktiv-protektiven Faktoren, kommt dabei aber zu dem Schluss, dass nicht einzelne Faktoren betrachtet werden sollten, sondern eher die protektive und promotive Wirkung der untersuchten Merkmale und Prozesse. Als direkt protektive Merkmale oder Prozesse werden eben solche bezeichnet, die direkt auf eine Wahrscheinlichkeitsreduzierung abzielen, abweichendes (bzw. extremistisches) Verhalten zu zeigen (vgl. auch Riesner 2014). Promotive Faktoren hingegen sind solche, die „einen günstigen Effekt auf die Entwicklung hinsichtlich der Ausbildung problematischen Verhaltens für die gesamte Population“ (vgl. Bliesener 2018, S. 264) haben. Schüchternheit und Ängstlichkeit stellen sich beispielsweise als promotive Faktoren dar: Hoch ängstliche Personen zeigen weniger Delinquenz als weniger ängstliche. Wird nun beispielsweise Ängstlichkeit als einzelnes Merkmal betrachtet, hat es eine zweigeteilte Wirkung: Je stärker die Ängstlichkeit ausgeprägt ist, desto schützender wirkt sie (z.B. Dubow et al. 2016). Ist Ängstlichkeit hingegen gering ausgeprägt, kann dies mit einer hohen Risikobereitschaft und –suche einhergehen, wodurch wiederum delinquentes Verhalten wahrscheinlicher werden kann.

Interaktiv-protektive Faktoren sind moderierende Faktoren, die nur bedeutsam sind, wenn Risikobelastungen vorliegen. Als Belastung zählt bspw. das elterliche Erziehungsverhalten. Im Fall einer elterlichen Vernachlässigung kann sich eine zuverlässige Vertrauensperson als ein solch moderierender Faktor herausstellen, der das vorliegende Übergewicht an Risikobelastung durch die Vernachlässigung der Eltern kompensieren kann (Fergus/Zimmerman 2005).



Von besonderem Interesse ist in der Extremismus-Forschung das Konstrukt der Resilienz in Bezug auf die Entwicklung konformen Verhaltens und konformer, nicht-extremistischer Einstellungen. Angenommen wird, dass es verschiedene Konstellationen von Schutzfaktoren gibt, das Abgleiten in den Extremismus verhindern können (z.B. Lösel et al. 2020; Pauwels/Svensson 2017; Wolfowicz et al. 2019).

Schutzfaktoren können biologisch, psychisch oder sozial begründet sein und so auf die Lebensbereiche der Individuen Einfluss nehmen (Ttofi et al., 2016). Entscheidend ist, zu welchem Zeitpunkt (Timing) und mit welchem Gewicht die Schutzfaktoren auf Individuen wirken (Bliesener 2018; Dubow et al. 2016; Riesner 2014).

Auf der *Individualebene* wird die Fähigkeit zur Steuerung (bewusst oder unbewusst) von Aufmerksamkeit, Emotionen, Impulsen und Handlungen durch ein positives Erziehungsverhalten beeinflusst (Selbstregulation) (Sieckelinc/Gielen 2018; Lewin-Bizan et al. 2010). Dies wirkt sich begünstigend auf die Entwicklung sozialer Kompetenzen aus (White et al. 1989) sowie auf den Selbstwert (Krohn et al., 2014) und das Verantwortungsbewusstsein bzw. die Übernahme von Verantwortung (Lewin-Bizan et al. 2010). Unter sozialer Kompetenz werden des Weiteren die Empathiefähigkeit, emotionale Ausdrucksfähigkeit und die Fähigkeit zur Lösung sozialer Probleme verstanden, die sich begünstigend auf die Bewältigung von Alltagskonflikten und psychischen Belastungen auswirken können (White et al. 1989). Ferner wirken sich eine Planungs- und Entscheidungskompetenz positiv auf die Vermeidung von Konflikt- und Problemsituationen aus (Bliesener 2018). Überdurchschnittliche Intelligenz wirkt sich nicht nur positiv auf die Lösung von Alltagsproblemen aus, sondern kann in vielerlei Hinsicht als protektiver Faktor eingestuft werden (z.B. Beelmann 2019; Ttofi et al., 2016). Hierbei kann auch die überdurchschnittliche Bildungsbereitschaft eine positive Wirkung auf die Motivation zu lernen und im Bildungssystem zu bleiben entfalten (Krohn et al., 2014). Ein positives Selbstwertgefühl stärkt die Fähigkeit, Überzeugungen aufzubauen, selbst etwas bewirken und verändern zu können (Krohn et al., 2014). Dies schlägt sich insbesondere positiv in der Bewältigung von psychischen Belastungen nieder. Des Weiteren wirken sich erprobte Handlungsmuster und –routinen positiv auf die Bewältigung von lebensweltlichen Veränderungen (z.B. Schulwechsel, Verlusterlebnisse) aus (Bliesener 2018). Zudem konnte in Bezug auf den Glauben oder spirituelle Überzeugungen festgestellt werden, dass sie bei der Bewältigung von Krisen und problematischen Situationen helfen können (Dubow et al. 2016; Jolliffe et al. 2016).

Selbstkontrolle stellte sich in Untersuchungen von Pauwels und Svensson (2017) als einflussreicher Schutzfaktor vor politisch motivierter Gewalt dar. Unter anderem konnten Wolfowicz et al. (2019) sowie Baier et al. (2016) daneben nachweisen, dass die Gesetzestreue auf der individuellen Ebene ein weiterer schützender Faktor vor extremistischen Einstellungen ist: Personen, die sich gesetzestreu verhalten, zeigten weniger extremistische Einstellungsmuster und Gewaltbereitschaft im Bereich Linksextremismus. Darüber hinaus zeigte sich bei der Bindung an Institutionen und Akteure signifikante Einflüsse auf eine Abwendung von linksextremem Verhalten und linksextremen Einstellungen (Baier et al. 2016; Lösel et al. 2018). Hierbei erscheint zudem die Stärke der Bindung zu zentralen Akteuren der jugendlichen Lebenswelt (z.B. Eltern oder Lehrer) ein relevanter Aspekt zu sein. Eine hohe elterliche Zuwendung, eine starke Schulbindung und gute Schulleistungen sind sowohl bei Lösel et al. (2018) als auch in der Metaanalyse von Wolfowicz et al. (2019) für Individuen als bedeutsame Schutzfaktoren identifiziert worden. Wolfowicz et al. (2019) konnten darüber hinaus auf der individuellen Ebene kleinere Effekte soziodemographischer Faktoren (sozioökonomischer Status, Bildung, Familienstand und Alter) finden. Bedeutsamere Effekte fanden sich allerdings bei Faktoren wie politische Zufriedenheit, allgemeines Vertrauen und Freundschaften zu szenefremden Personen.

Im *sozialen Umfeld* des Individuums finden sich zusätzliche Ressourcen, die eine positive Wirkung auf Risikokonstellationen entfalten können (Bliesener 2018). Dabei stellten sich in bisherigen Untersuchungen die emotionale Bindung zu den Eltern, deren Unterstützung oder ein emotional warmer und normorientierter Erziehungsstil als neutralisierend für Risiken heraus

(u.a. Lösel/Bliesener 1994). Neben dem Erziehungsverhalten stellt zudem die entgegengebrachte Wertschätzung und Unterstützung sowohl im innerfamiliären als auch außerfamiliären Bereich einen Schutz vor psychosozialen Belastungen dar (Masten et al. 1999). Gemeinsame Wertesysteme im sozialen Nahraum und nicht delinquente/gewaltbereite Freundeskreise schützen vor verschiedenen Extremismusformen (Jasko et al. 2016; Cragin et al. 2015).

*Gesellschaftliche Schutzfaktoren* sind in der Empirie bislang weitestgehend unerforscht und können daher noch nicht mit Linksextremismus in Verbindung gebracht werden (z.B. Eilers et al. 2015, S. 84). Anzunehmen ist, dass bspw. die Förderung bzw. die Erreichung von sozialer (Chancen-)Gleichheit, umfassende gesellschaftliche Teilhabe, realisierter Schutz von Minderheiten u.a.m. protektiv auf die Entstehung von Linksextremismus wirken könnten.

Sind Individuen bereits fest in radikale lebensweltliche Strukturen eingebunden, sind das Konzept der De-Radikalisierung und das des Szeneausstiegs von Bedeutung. Ein besonderes Augenmerk muss dabei auf den Unterschieden der jeweiligen politischen Szenen liegen: Aus der rechtsextremen Szene ist bekannt, dass die Ausstiegsplanung der eigenen Mitglieder (auch notfalls mit Gewaltanwendung oder Gewalt) verhindert werden soll. Hier bedarf es daher der Unterstützung von außen durch entsprechende Ausstiegsberatungsstellen. In der linksextremen Szene hingegen zeigt sich ein anderes Bild: Der Ausstieg aus der Szene fällt den Mitgliedern leichter – die Mitglieder beteiligen sich einfach nicht mehr an Szenetreffen, Demonstrationen o.ä. (z.B. Lützinger 2020). Was bewegt Personen dazu, nicht mehr in der linksextremen politischen Szene aktiv zu sein? Hierauf gibt es in der Literatur bislang kaum Antworten. Eine feste Partnerschaft, eine Familiengründung, das Bedürfnis nach Sicherheit sowie das „Ankommen im Beruf“ können mögliche Gründe für einen Ausstieg aus der Szene sein (Mannewitz 2018). Die Verweildauer in der Szene beträgt oftmals nur einige Jahre, weshalb Mannewitz (2018, S. 116) annimmt, dass „die Ideen von Autonomen weniger eine übergreifend attraktive Weltsicht als vielmehr einen Schritt im jugendlichen Reifeprozess darstellen“.

## 2.5 Präventionsprojekte zum Linksextremismus

Im Rahmen einer systematischen Online-Recherche und einer zusätzlich durchgeführten E-Mail-Umfrage<sup>37</sup> bei Trägern, die Präventionsprojekte zum Phänomenbereich „Linksextremismus“ bzw. „linken Militanz“ durchgeführt haben, konnten deutschlandweit 30 Projekte und Maßnahmen identifiziert werden, die sich in jüngerer Zeit der Prävention dieses Phänomens gewidmet haben (Tabelle 14). Dabei befassen sich die Projekte und Maßnahmen entweder explizit oder aber indirekt mittels eines phänomenübergreifenden Ansatzes mit Linksextremismus. Berücksichtigt wurden Projekte und Maßnahmen, die derzeit noch laufen, die bereits seit längerem abgeschlossen sind oder die erst kürzlich beendet wurden (z.B. wegen einer abgelaufenen Förderperiode). Ausgeschlossen wurden Projekte, die ausschließlich allgemein „Extremismusprävention“ durchgeführt haben. Darüber hinaus wurden Projekte aus der Analyse ausgeschlossen, aus deren inhaltlicher Beschreibung zwar ein phänomenübergreifender Ansatz hervorging, die sich letztlich aber primär dem Rechtsextremismus oder Islamismus widmeten.

Die Aktivitäten und Ziele der Präventionsprojekte zeichnen sich durch eine hohe Vielfalt aus. Im Folgenden wird ein Überblick über die Ausrichtung, Zielgruppen und Aktivitäten der eingeschlossenen Projekte gegeben. Konkret befassen sich laut Selbstbeschreibung zehn von 30 Projekten mit der Prävention von „Linksextremismus“, „Linker Militanz“, „freiheitsfeindlichem

---

<sup>37</sup> Hierfür wurden 27 Träger per E-Mail angeschrieben, mit der Bitte, folgende drei Fragen schriftlich oder telefonisch zu beantworten: 1. Führen Sie aktuell Präventionsaktivitäten im Bereich Linksextremismus durch? Wenn ja: Können Sie uns kurz erläutern, was die Inhalte der Aktivitäten sind? 2. Kennen Sie Präventionsprojekte im Bereich Linksextremismus, die aus Ihrer Sicht empfehlenswert sind? 3. Wenn zukünftig in diesem Phänomenbereich Prävention erfolgen soll: Wie sollte aus Ihrer Sicht vorgegangen werden, was ist aus Ihrer Sicht hierfür zu beachten? Insgesamt zehn Träger meldeten sich mit mehr oder weniger ausführlichen Antworten zurück.

Linksradikalismus“ oder „Linkem Extremismus“. Zwölf Projekte weisen demgegenüber einen phänomenübergreifenden Ansatz auf, wobei hier explizit auf Themen des linken politischen Spektrums eingegangen wird. Den Themen „Linksaffinität“ und „Autonome“ widmeten sich zwei von 30 Projekten. Weitere 4 Projekte beschäftigen sich allgemeiner mit der „Demokratieförderung“, wobei hier ein Fokus auf die politische Bildungsarbeit gelegt wurde. Politische Bildung macht einen wesentlichen Bereich der Projekte aus, die sich originär mit dem Thema „Linksextremismus“ befassen. „Antisemitismus von links“ wird in zwei von 30 identifizierten Projekten thematisiert.

Übergeordnete Ziele der Präventionsprojekte im Bereich des Linksextremismus sind ideologiegeleitetes abweichendes bzw. demokratiefeindliches Verhalten zu verhindern und/oder Individuen/Multiplikator\*innen im Umgang mit potenziell gefährdeten Personen Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Einen universellen Präventionsansatz verfolgt dabei ein Großteil der identifizierten Präventionsprojekte (20 von 30 Projekten). Sie zeichnen sich insbesondere darin aus, Schüler\*innen, Lehrkräfte oder allgemein Multiplikator\*innen als Zielgruppe zu erreichen. Acht von 30 Projekten widmen sich einem indizierten Präventionsansatz bzw. der Intervention und möchten bereits radikalisierte Personen (unterschiedlichen Alters) entweder zum Ausstieg aus der Szene ermutigen und dabei unterstützen oder ihnen Handlungsalternativen aufzeigen und damit das Interesse an bspw. gewaltbereitem Protest reduzieren. Inklusive der Aussteigerprogramme konnten zehn Projekte identifiziert werden, die dem Bereich der indizierten bzw. selektiven Prävention zugeordnet werden können. Die Zielgruppen sind in den Aussteigerprogrammen „Linksextreme Personen“, „Ausstiegswillige Linksextremisten“ sowie im selektiven Bereich „linksaffine Jugendliche“ bzw. „junge, demokratieskeptische Menschen“ oder Personen, die sich selbst im linken politischen Spektrum verorten.

Die am häufigsten benannte Zielgruppe der Präventionsprojekte sind Multiplikator\*innen. Vorrangiges Ziel in der Arbeit mit dieser Zielgruppe ist die Befähigung und Bestärkung darin, als extremistisch eingestufte Merkmale bzw. Prozesse der Radikalisierung in ihrem sozialen Umfeld erkennen zu können. Zudem sind die Vermittlung von Inhalten und Methoden der politischen Bildungsarbeit Teil der präventiven Arbeit mit Multiplikator\*innen. Handlungssicherheit für kritische und intensive Diskussionen mit vulnerablen Gruppen soll durch diese Ansätze hergestellt werden; zudem sollten demokratische Formen der Konfliktaustragung und -lösung erprobt werden. Daneben sind Netzbildung und der Austausch mit anderen Multiplikator\*innen erklärte Ziele, die im Rahmen der Präventionsarbeit stattfinden.

In der Arbeit mit der Zielgruppe der Jugendlichen, Schüler\*innen und jungen Erwachsenen stehen zumeist Demokratieförderung bzw. die politische Bildungsarbeit sowie Aufklärung über das Phänomen „Linksextremismus“ im Vordergrund. Über Methoden, die das praktische Erleben von Demokratie ermöglichen, soll das Bewusstsein der Jugendlichen für demokratische Werte gefördert bzw. Resilienz und Widerstandsfähigkeit gegen Angebote extremistischer Gruppen erreicht werden. Der Gewaltaspekt nimmt in jedem jugendzentrierten Präventionsangebot Raum ein, sei es bzgl. des Erlernens eines respektvollen Umgangs mit anderen Menschen, des Erlernens einer demokratischen Streitkultur oder der konkreten Gewaltprävention (inkl. Deeskalationstraining). Darüber hinaus sind Empowerment und der damit verbundene Ausbau einer demokratischen Argumentationskultur Teil der präventiven Arbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Sie sollen dazu befähigt werden, extremistische Parolen und Propaganda erkennen und Gegenargumente entwickeln zu können. Es soll ferner erlernt werden, wie demokratische Debatten geführt und friedlicher Protest artikuliert werden kann. Partizipation in der Gesellschaft und die Steigerung des demokratisch politischen Engagements durch aktive Mitgestaltung des Nahraumes sind darüber hinaus wesentliche Ziele der Präventionsarbeit. Das Internet oder die sozialen Medien spielen in der Präventionsarbeit dabei noch eine untergeordnete Rolle.

Tabelle 14: Übersicht über verschiedene Linksextremismus-Präventionsprojekte in Deutschland

Projektname	Laufzeit	Inhaltliche Ausrichtung	Präventionsansatz			Zielgruppe/n
			Uni- ver- sell	Se- lektiv	Indi- ziert/Inter- vention	
Präventionsstelle PMK im LKA Niedersachsen	laufend	Phänomenübergreifend	X			Jede*r
Aktion Neustart	laufend	Phänomenübergreifend			X	Linksextreme Personen
Beratungs- und Bildungsstelle "Annedore"	1.1.2015 - 31.12.2019	politisch motivierte Militanz und Demokratiefeindlichkeit	X			Multiplikator*innen aus der Sozialarbeit, dem Schulwesen oder Sportbereich
Demokratische Schule	laufend	Demokratieförderung	X			Schüler*innen, Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte
Frontaldiskurs	Januar 2015-2020	Linksaffinität		X		linksaffine Jugendliche (zwischen 16-27 Jahren)
Interessiert's dich?: Debatte, Dialog und Demokratie	laufend	Demokratieförderung		X		Junge demokratieskeptische Menschen, die sich abgehängt und vergessen fühlen bzw. Kinder und Jugendliche in sozioökonomisch belasteten Wohngebieten
DVKE: Deutscher Verband der Kampfsportschulen gegen Extremismus: Schulungsmodule	laufend	Linksextremismus und weitere Formen des Extremismus	X			Multiplikator*innen
Aufgeklärt statt Autonom	laufend	Autonome	X			Schüler*innen
Netzwerk-Lotsen	laufend	Phänomenübergreifend	X			Lehrkräfte, Schulsozialarbeit, Schulpsychologen
Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen (Stiftung HSH): Linken Extremismus überzeugend kontern können – Schulung im Umgang mit gefährdeten Jugendlichen	laufend	Linksextremismus	X			Jugendliche, Multiplikator*innen, indirekt: sozial ausgegrenzte junge Menschen, die sich im linken Spektrum verorten
Kompetenzzentrum (ehem. Bundesfachstelle) Linke Militanz Göttingen : Politischer Protest am Beispiel der 68er Bewegung	laufend	Linke Militanz/Linker Extremismus	X			Schüler*innen
RadikalDemokratisch	laufend	Linker Extremismus	X			Multiplikator*innen
F.A.N. Berlin-Brandenburg - für Demokratie, Recht und Freiheit	laufend	Spezifität: Linksextremismus; aber auch phänomenübergreifende Herangehensweise	X			Multiplikator*innen
Radikale Reflexion. Nachhaltige Präventionsstrategien gegen vereinfachte Weltbilder und Antisemitismus in der extremen Linken	laufend	Thema Antisemitismus in der extremen Linken			X	Junge Erwachsene, die sich selbst in linksextremen politischen Zusammenhängen verorten
Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart. Aufklärung gefährdeter Jugendlicher über Linksextremismus und Gewalt	Keine Angabe	Linke Militanz, Linksextremismus	X			Jugendliche und junge Erwachsene (16-27 Jahre)
Deutsche Kinder- und Jugendstiftung: verschiedene Projekte	Keine Angabe	Demokratieförderung	X			Jugendliche, junge Menschen, Multiplikator*innen
Poltrain - Konflikt und Gewaltdeeskalationstraining	laufend	Phänomenübergreifend	X			Jugendliche ab 15 Jahre, Lehrkräfte an weiterführenden Schulen
Ausstiegerprogramm für Linksextremisten des Bundesamtes für Verfassungsschutz	laufend	Linksextremismus			X	Ausstiegswillige "Linksextremisten", die den Ausstieg aus eigener Kraft nicht schaffen, Familien, Freunde und Angehörige der betroffenen Person
STEIG AUS! RAUS IN DIE ZUKUNFT!	laufend	Phänomenübergreifend			X	Alle Menschen in Sachsen, die bewusst die demokratischen Werte bislang abgelehnt hatte und Militanz sowie Gewalt gegen Andere und staatliche Institutionen für legitime Mittel erachteten, jedoch nun für einen Ausstieg bereit scheinen, soziales Umfeld betroffener Personen
Demokratie ist wichtig. Punkt!	2020/2021	Phänomenübergreifend	X			Schüler*innen- und Jugendgruppen, Multiplikator*innen
Ich, die Anderen und die Vielfalt – Ein Demokratieprojekt	Mai 2019- April 2022	Phänomenübergreifend	X			Kinder 9-12 Jahre, Multiplikator*innen; (angehende Erzieher*innen)
Wood Water Films - Radikal	2014-2015	Phänomenübergreifend	X			Schüler*innen der 8.-10. Klassen
LEB Niedersachsen - Demokratie Leben. Erkennen. Beraten.	Seit August 2017	Phänomenübergreifend	X			Interessierte aus Vereinen, Multiplikator*innen
ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH	laufend	freiheitsfeindlichen Linksradikalismus			X	Personen, die sich von extremistische Gruppen und Bewegungen lösen wollen
Left - Aussteigerprogramm Linksextremismus NRW	laufend	Linksextremismus			X	Antifa-Mitglieder, Autonome, Mitglieder der PKK
Demokratiebildung in evangelischen Kitas und Familienbildungseinrichtungen	Seit 2017-2024	Demokratieförderung	X			pädagogische Fach- und Leitungskräfte in Kitas
Konex - Kompetenzzentrum gegen Extremismus	laufend	Phänomenübergreifend		X	X	Eltern, Radikalisierungsgefährdete und radikalisierte Jugendliche, Aussteiger*in und Rückkehrer*in
Gegenteil von Gut - Antisemitismus in der Deutschen Linken - Bildungsstätte Anne Frank	laufend	Antisemitismus in der Deutschen Linken	X			Jede*r
X-Games (R)Auswege	laufend	Phänomenübergreifend	X			Schüler*innen (15-22Jahre), Multiplikator*innen
	laufend	Phänomenübergreifend			X	Jugendliche und jungen Erwachsenen

Fünf Projekte befassen sich mit der Unterstützung beim Ausstieg aus radikalen oder extremistischen Gruppen. Sie sind auf behördlicher Ebene angesiedelt: In allen fünf Fällen bietet jeweils das Innenministerium der Länder bzw. das Bundesinnenministerium die Ausstiegshilfe für beispielsweise diejenigen an, „die sich aus dem Einflussbereich linksextremistischer Strukturen zu lösen [versuchen], den Ausstieg jedoch aus eigener Kraft nicht schaffen.“ (vgl. z.B.

BfV o.J.b). Zudem bieten sie im Einzelfall auch Hilfe und Unterstützung bei der Arbeitsplatz- und Wohnungssuche bzw. bei Suchtproblematiken an. Darüber hinaus sind die Aufarbeitung extremistischer Ideologien (zur Verhinderung von Straftaten) sowie das Angebot von Anti-Aggressions- und Anti-Gewalt-Trainings Teil der Aussteigerprogramme.

In der zweiten Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) konnten im Themenfeld „Linker Extremismus“ einige Projekte eine Folgefinanzierung sichern. Zu diesen Projekten gehören beispielsweise: RadikalDemokratisch (Netzwerkbüro RadikalDemokratisch), F.A.N. Berlin-Brandenburg – für Demokratie, Recht und Freiheit (Stiftung SPI, Geschäftsbereich Lebenslagen, Vielfalt & Stadtentwicklung), Linken Extremismus überzeugend kontern können – Schulung im Umgang mit gefährdeten Jugendlichen (Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen) sowie „Radikale Reflexion. Nachhaltige Präventionsstrategien gegen vereinfachte Weltbilder und Antisemitismus in der extremen Linken“ (Bildungsstätte Anne Frank).

Die folgende Kurzvorstellung einiger ausgesuchter jüngst gestarteter Projekte bietet einen detaillierteren Überblick, welche Maßnahmen und Projektideen derzeit im Bereich des Phänomenbereich „Linksextremismus/Linker Extremismus“ durchgeführt werden, welche Inhalte, welchen Ansatz und welche Ziele sie im Einzelnen verfolgen. Hierbei handelt es sich ausschließlich um Projekte, die im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ vom BMFSFJ eine Förderung ab dem Jahr 2020 zugesprochen bekommen haben.

*RadikalDemokratisch:* Im Rahmen des Projektes soll ein überregionales Ausbildungsprogramm entwickelt werden, durch welches die Programmteilnehmer dazu befähigt werden, Alternativen zu illegalen Protestformen oder Gewalthandlungen zu erkennen und zu akzeptieren. Angestrebt wird, Teilhabe und Partizipation zu fördern. Das Projekt richtet sich an „sozial ausgegrenzte junge Menschen, die sich im linken Spektrum verorten“ (vgl. BMFSFJ 2020a). Es sollen in der Projektlaufzeit etwa 100 Multiplikator\*innen ausgebildet werden, die wiederum Kontakt zu den Jugendlichen aufbauen sollen. Die eigene (Wohn-)Umgebung der Multiplikator\*innen wird genutzt, um die Lerninhalte in etwa 40 Workshops zu verbreiten. Ein kontinuierliches Coaching der Multiplikator\*innen ist zusätzlich eingeplant.

*F.A.N. Berlin-Brandenburg - für Demokratie, Recht und Freiheit:* Das Projekt verfolgt das Ziel neue Ansätze und Formate zu entwickeln, mithilfe derer Multiplikator\*innen in ihrer Handlungssicherheit im Umgang mit menschen- und demokratiefeindlichen Einstellungen gestärkt werden können. Im Rahmen des Projektes soll politisch motivierter und religiös begründeter Militanz entgegengewirkt werden. Ein Fokus liegt auf dem Bereich des Linken Extremismus, wobei zusätzlich andere Phänomenbereiche des politischen Extremismus behandelt werden. Für die Wissensvermittlung über die Phänomenbereiche werden Workshops für Multiplikator\*innen angeboten, um diese zu befähigen, Radikalisierungstendenzen zu erkennen, Argumentationsmustern zu beugehen und Feindbildkonstruktionen aufzulösen (BMFSFJ 2020b).

*Linken Extremismus überzeugend kontern können – Schulung im Umgang mit gefährdeten Jugendlichen:* Im Projekt der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen wird ein breiter Präventionsansatz für verschiedene Personengruppen verfolgt. Sowohl staatliche als auch zivilgesellschaftliche Akteure sollen dazu befähigt werden, linksextreme Einstellungen, Äußerungen und Handlungen zu erkennen. Es werden Methoden (weiter-)entwickelt, die die politische Mündigkeit, Partizipation und Ambiguitätstoleranz stärken. Die Zielgruppe sind jene Akteure, die Zugang zu potenziell linksextremen Personen haben. Im Rahmen von buchbaren Schulungen wird mithilfe von u.a. Rollenspielen Argumentationstraining durchgeführt. Entsprechend der Bedarfe der teilnehmenden Gruppen werden die Inhalte angepasst (BMFSFJ 2020c).

*Radikale Reflexion. Nachhaltige Präventionsstrategien gegen vereinfachte Weltbilder und Antisemitismus in der extremen Linken:* Jungen Erwachsenen, die sich selbst dem linksextremen politischen Spektrum zuordnen, soll im Rahmen des Projektes das Thema „Antisemitismus“ nähergebracht werden. Damit soll eine kritische Auseinandersetzung mit Antisemitismus im linksextremen Bereich gefördert werden. Zugleich werden hierfür innovative Methoden für die

antisemitismuskritische Arbeit entwickelt. Autonome Zentren, Demobündnisse, Antifa-Gruppen oder sozialistische Jugendgruppen werden aktiv aufgesucht, um Informationsinhalte des Projektes zu verteilen. Zudem wird ein Online-Podcast initiiert, der das Interesse am Thema bei der Zielgruppe wecken soll. Darüber hinaus sollen Workshops stattfinden, die sich thematisch mit einer eigens entwickelten Wanderausstellung decken (BMFSFJ 2020d).

### 3. Folgerungen für die Prävention

Prävention hat die Aufgabe, Phänomene möglichst frühzeitig zu verhindern, die individuellen oder sozialen bzw. gesellschaftlichen Schaden anrichten können. Bevor eine Präventionsstrategie ausgearbeitet werden kann, sollte dabei klar definiert bzw. eruiert werden, welche Einstellungen bzw. Verhaltensweisen als problematisch einzustufen sind, welche Zielgruppen anvisiert werden und welche Ursachen ein Phänomen hat. Die Prävention im Bereich Linksextremismus steht bislang erst am Anfang, eben weil Definitionen weiterhin unklar sind und das Wissen über Ursachen begrenzt ist. Vor diesem Hintergrund können keine abschließenden Folgerungen für die Prävention formuliert werden. Eine zentrale Folgerung wäre, zukünftig vermehrt wissenschaftliche Forschung – qualitativ wie quantitativ – bestenfalls mit einem längsschnittlichen Studiendesign durchzuführen, um valide Erkenntnisse zum Phänomenbereich und seinen Ursachen erarbeiten zu können. Ebenfalls zentral ist, laufende und zukünftige Präventionsprojekte hinsichtlich der Umsetzung wie auch der Wirkung, d.h. prozess- und ergebnisbezogen zu evaluieren, da nur auf Basis solcher Evaluationen die Prävention weiterentwickelt werden kann. Wenn an dieser Stelle darüber hinaus gehende Folgerungen für die Prävention benannt werden, dann ist auf deren Vorläufigkeit hinzuweisen. Die Folgerungen werden dabei entlang der bekannten Dreiteilung der Präventionsarbeit diskutiert: Ein universeller Ansatz bietet sich an, wenn breite Teile der Gesellschaft erreicht werden sollen, um diese vor verschiedenen Formen des Extremismus (und damit auch des Linksextremismus) zu bewahren. Ein selektiver Ansatz zielt darauf ab, Personen(-gruppen) mit erhöhtem Risiko mit spezifischeren Maßnahmen zu erreichen. Ein indizierter Ansatz widmet sich Personen(-gruppen) mit hohem Risiko bzw. ersten Vorzeichen der Radikalisierung. Schließlich sind auch Interventionen bei bereits radikalisierten Personen zu berücksichtigen, bspw. in Form eines Ausstiegs- und weiterführendem Rehabilitationsangebots zu unterstützen.

Thematisch bietet sich zur Prävention von politischem Extremismus allgemein, von Linksextremismus im Besonderen an, demokratische Werte zu vermitteln, Toleranz zu stärken, Demokratiebewusstsein zu steigern und gewaltfreie Haltungen zu festigen. Die zentrale Herausforderung im Bereich des Linksextremismus ist dabei, zu bestimmen, welchen spezifischen Orientierungen damit vorgebeugt werden soll, insofern keine Einigkeit dahingehend besteht, ab wann es sich um linksextremistische Orientierungen handelt oder um legitime, demokratiekritische Positionen. Einige in der Vergangenheit diskutierte Aktionsfelder z.B. zum Anti-Kapitalismus oder Anti-Faschismus erhalten in der breiten Gesellschaft Zuspruch, sind also nicht genuin linksextreme Themenfelder. Prävention scheint aber insbesondere dann notwendig, wenn damit linksextremistische Straf- und Gewalttaten verhindert werden können.

Einen bedeutsamen Anteil der polizeilich registrierten Straftaten im Bereich linksextremer Gewalt macht die Konfrontation mit der Polizei aus – meist im Rahmen von Demonstrationen. Obwohl die Polizei immer wieder versucht, bei solchen Ereignissen mit Deeskalations-Strategien zu arbeiten, kommt es dennoch zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Diese als Repression von linksextremer Seite klassifizierten Auseinandersetzungen können einerseits dazu dienen, dass sich Personen weiter radikalieren; andererseits dienen sie bislang unbeteiligten jungen Menschen als Identifikationsmoment und damit ggf. als Auslöser für einen Einstieg in die linke Szene, da das polizeiliche Vorgehen bspw. als ungerecht empfunden wird.

Wie verschiedentlich im Bericht gezeigt wurde, sind junge Menschen, die eine besondere Sensibilität für Fragen der Ungerechtigkeit und Ungleichheit entwickelt haben, vulnerabel für links-extreme Positionen. Eine allgemeine Folgerung mit Blick auf die Polizei lautet daher, dass sie sich dieser möglichen Folgen des eigenen Wirkens bewusst sein sollte und weiterhin alles tun sollte, um Eskalationen, die im Nachhinein als ungerechtfertigt und ungerecht bewertet werden können, zu vermeiden. Workshops mit Polizisten unterschiedlicher Hierarchiestufen oder andere Maßnahmen, über die ein Bewusstsein für Erscheinungsformen und Ursachen linksextremen Engagements geschaffen wird, erscheinen daher als ein möglicher Baustein einer gesamtgesellschaftlichen Präventionsstrategie gegen Linksextremismus.

Ein weiteres Element einer gesamtgesellschaftlichen Präventionsstrategie ist die Schaffung von Präventions-Regelstrukturen. Eine auf kurzfristige Projekte mit begrenzter Laufzeit angelegte Förderlogik erschwert das langfristige Engagement gegen Extremismus (und damit auch gegen Linksextremismus).

Für die Umsetzung langfristig angelegter Präventionsmaßnahmen empfiehlt es sich zudem, einerseits mit Multiplikator\*innen zusammenzuarbeiten und andererseits auf pädagogische Fachkräfte aus den Bereichen Soziale Arbeit, (Sozial-)Pädagogik u.a.m. zu setzen. Für diese Personengruppe sind daher entsprechende Weiterbildungsangebote dauerhaft anzubieten.

Zudem ist zu beachten, dass – wie auch die hier im Bericht vorgestellten Auswertungen der niedersächsischen Befragungen gezeigt haben – Extremismus teilweise vergleichbare Ursachen aufweist wie nicht-extremistische Gewalteinstellungen bzw. nicht-extremistisches Gewaltverhalten. Dies bedeutet, dass Gewaltpräventionsprojekte, von denen eine Reihe nachgewiesenermaßen effektiver Programme existiert, auch bedeutsam sind für die Extremismusprävention. An diese Erkenntnis schließt sich die Folgerung an, dass Gewaltprävention weiterhin umfassend im Schul- und Freizeitbereich zu fördern ist, wobei sich solche eine Förderung auf die effektiven Maßnahmen fokussieren sollte. Wer der Gewaltentstehung vorbeugt, wird auch dem politischen Extremismus vorbeugen.

Hinsichtlich möglicher Folgerungen in Bezug auf den Bereich der *universellen Prävention* sind darüber hinaus folgende Aspekte bedeutsam:

- Es bieten sich phänomenübergreifende Ansätze zur Prävention des Linksextremismus an, da dadurch die Gefahr einer Stigmatisierung reduziert werden kann. Dies eröffnet zum einen die Möglichkeit, sonst schwer erreichbare Personengruppen erreichen zu können. Zum anderen kann dadurch die Bereitschaft der Träger von Präventionsmaßnahmen steigen, sich in neuen Themenfeldern zu engagieren, ohne dass sie befürchten müssen, mögliche Zielgruppen zu verlieren. Ein phänomenübergreifender Ansatz behandelt keine spezifische Form eines Extremismus, sondern kann auf der Ebene der allgemeinen Demokratieförderung, der politischen Bildung, der Akzeptanzsteigerung demokratischer Werte und der Toleranzsteigerung bzw. des Vorurteilabbaus ansetzen. Solche Maßnahmen können bereits im Kinder- und Jugendalter erfolgen und in zentralen Sozialisationskontexten wie Schulen und Vereine durchgeführt werden.
- Ein phänomenübergreifender Ansatz kann sich zugleich auf die Prävention einer spezifischen Subdimension des Linksextremismus beziehen, die als Brückennarrativ zu anderen Extremismen dient. Zu denken ist hier bspw. an Phänomene wie Antisemitismus, Antifeminismus, Verschwörungsdenken usw. Die Prävention entsprechender Vorurteile bzw. Orientierungen beugt nicht nur dem Linksextremismus, sondern zusätzlich weiteren Extremismusformen vor.
- Präventionsarbeit im Bereich des Linksextremismus sollte sich zudem für diesen Extremismus relevanten gesellschaftlichen Problemen widmen, so z.B. den Themen soziale Ungleichheit, Ungerechtigkeit, (strukturelle) Diskriminierung u.a.m. Die Auswertungen der niedersächsischen Befragungen haben ergeben, dass „linke Orientierungen“ ein Risikofaktor für eine weitere Radikalisierung sind. Linksextremismusprävention auf

universeller Ebene kann sich daher nicht allein den Themen widmen, die Linksextremismus mit anderen Extremismusformen gemeinsam hat; es müssen auch die spezifischen Themenfelder adressiert werden.

- Die Anerkennung des politischen Interesses Jugendlicher und junger Erwachsener kann eine Steigerung des subjektiven Bedeutsamkeitsgefühls zur Folge haben, ihr Selbstbewusstsein stärken sowie Resilienz gegenüber extremistischen Ideologien erzeugen. Durch eine Förderung des bereits bestehenden politischen Interesses von Jugendlichen kommt diesen ein positives Gefühl der Bedeutsamkeit in der Gesellschaft zu, was wiederum vor einer Hinwendung zu extremistischen Einstellungen und Verhalten schützen kann. In diesem Sinne braucht es immer wieder an aktuelle Themenfelder der Jugendlichen anknüpfende Partizipationsangebote. Derzeit handelt es sich bspw. um die Friday-for-Future-Bewegung. Auf lokaler und regionaler Ebene muss der Dialog mit dieser Bewegung geführt werden und es muss für die jungen Menschen deutlich werden, dass ihre Forderungen im politischen Prozess Berücksichtigung erfahren. Durch eine solche Form der politischen Partizipation können Jugendliche und junge Erwachsene unmittelbar wahrnehmen, dass ihre Meinung und ihre Interessen Bedeutung haben. Sie bekommen dadurch die Möglichkeit eröffnet, sich aktiv am demokratischen Willensbildungsprozess zu beteiligen und müssen nicht auf andere, extremistische Verhaltensformen zurückgreifen.
- Prävention von Extremismus allgemein, Linksextremismus im Besonderen, muss verstärkt in den sozialen Medien stattfinden. Der Medienkonsum erweist sich als relevanter Risikofaktor für eine Radikalisierung. Hier müssen Präventionsprojekte ansetzen. Im Bereich des islamistischen Extremismus finden sich nachweislich wirksame Angebote für Gegen- und Alternative Narrative. Diese sind auch für den Linksextremismus zu entwickeln. Zudem wird es zukünftig umso mehr nötig sein, bspw. in Form von digital aufsuchender Sozialarbeit Jugendliche in den Sozialen Medien zu erreichen und vor einer Radikalisierung zu schützen. Hierfür sind mit Pilotprojekten die notwendigen Grundlagen zu schaffen.

Für den Bereich der *selektiven und indizierten Prävention* lässt sich Folgendes formulieren: Um vulnerable Jugendliche zu erreichen, müssen diese zunächst identifiziert werden. Dies können am ehesten jene Personen, die mit Jugendlichen arbeiten – im schulischen wie im außerschulischen Bereich. Diese Personen sind daher im als Multiplikator\*innen dahingehend auszubilden, eine Radikalisierung frühzeitig zu erkennen und adäquat auf diese zu reagieren. Ein regelstrukturelles Angebot aus speziellen Schulungen und Trainings für Multiplikator\*innen ist daher zu empfehlen. Multiplikator\*innen können durch solch ein Angebot befähigt werden, problematische Einstellungen zu identifizieren und sie erfahren zudem, an welchen Stellen Unterstützung angeboten wird. Eine Implementierung der Schulungen und Trainings in die berufliche Aus- und Fortbildung der Multiplikator\*innen wäre besonders wünschenswert.

*Interventionsmaßnahmen* sind im Feld des Linksextremismus bislang kaum existent. Wenn sich regional eine Szene radikalisiert, wie dies bspw. in Berlin oder Leipzig der Fall ist, wird meist mit Repression versucht, die Szene zu beeinflussen. Der Erfolg repressiver Maßnahmen ist dabei begrenzt. Interventionsprojekte sehen sich mit der zentralen Herausforderung konfrontiert, dass sie die Zielgruppe nur ausgesprochen schwer erreichen. Bislang wird im Wesentlichen versucht, intervenierend mittels Aussteigerprogrammen zu agieren. Wie an verschiedenen Stellen im Bericht ausgeführt wurde, erscheint dies nicht als vielversprechender Weg, auch wenn hier bspw. versucht werden könnte, neben staatlichen Aussteigerprogrammen nicht-staatliche Akteure für entsprechende Aktivitäten zu gewinnen. Hinsichtlich der Frage, wie geeignete Intervention im Bereich des Linksextremismus beschaffen sein könnte, bedarf es daher in erster Linie weiterer wissenschaftlicher Forschung, die bspw. systematisch die Ausstiegsverläufe und -Prozesse aus der Szene untersuchen könnte. Derartige Desistance-Forschung hat im Bereich der allgemeinen Kriminalität in der Vergangenheit zu wich-



tigen Einsichten bspw. in Bezug auf die Rolle von Familienbeziehungen oder der Berufstätigkeit geführt. Die Ergebnisse dürften sich nicht eins zu eins auf den Extremismusbereich übertragen lassen, weshalb zusätzliche Studien zum Ausstieg aus dem Extremismus notwendig erscheinen.

## Anhang 1: Ausgewählte Linksextremismus-Skalen

Bislang finden sich nur wenige wissenschaftliche Studien, die im Rahmen von standardisierten Befragungen Linksextremismus erfasst haben. Schroeder und Schroeder-Deutz (2015) haben in ihren Befragungen Skalen verwendet, die die Dimensionen „Anti-Kapitalismus/Anti-Faschismus“, „Anti-Rassismus“, „Demokratiefeindlichkeit“, „Kommunismusnahes Geschichtsbild/Ideologie“ und „Anti-Repression“ abbilden. In Tabelle A1 ist das entsprechende Instrument abgebildet.

Tabelle A1: Das Instrument von Schroeder und Schroeder-Deutz (2015)

Anti-Kapitalismus/ Anti-Faschismus	Der Kapitalismus führt zwangsläufig zu Armut und Hunger. Der Kapitalismus muss überwunden werden, um die Herrschaft einer kleinen Minderheit über die große Mehrheit abzuschaffen. Kapitalismus führt zwangsläufig zu kriegerischen Auseinandersetzungen. Ich sehe die Gefahr eines neuen Faschismus in Deutschland. Kapitalismus führt letztlich zu Faschismus.
Anti-Rassismus	Eine tief verwurzelte Ausländerfeindlichkeit lässt sich bei uns in Deutschland überall im Alltag beobachten. Die deutsche Ausländerpolitik ist rassistisch. Die deutsche Polizei ist auf dem rechten Auge blind.
Demokratiefeindlichkeit	Unsere Demokratie ist keine echte Demokratie, da die Wirtschaft und nicht die Wähler das Sagen haben. Die Lebensbedingungen werden durch Reformen nicht besser – wir brauchen eine Revolution. In unserer Demokratie werden Kritiker schnell als Extremisten abgestempelt.
Kommunismusnahes geschichtliches Bild/Ideologie	Nur im Sozialismus/Kommunismus ist ein menschenwürdiges Leben möglich. Der Sozialismus/Kommunismus ist eine gute Idee, die bisher nur schlecht ausgeführt wurde. Die soziale Gleichheit aller Menschen ist wichtiger als die Freiheit des Einzelnen.

In einer Jugendbefragung in der Schweiz haben Manzoni et al. (2018) linksextremistische Einstellungen anhand von sieben verschiedenen Dimensionen untersucht (Tabelle A2): „Kommunismus“, „No Border“, „Kapitalismusfeindlichkeit“, „Feindlichkeit gegenüber Polizei und Staat“, „Gewaltbereitschaft gegenüber Kapitalisten“, „Gewaltbereitschaft gegenüber Polizisten“ und „Gewaltbereitschaft gegenüber Rechtsextremen“. In den Skalenanalysen zeigte sich dabei, dass die Dimension der „No Border“-Orientierung nicht signifikant mit den anderen Einstellungsdimensionen korreliert.

Tabelle A2: Das Instrument von Manzoni et al. (2018)

Kommunismus	Wirklich frei können wir nur dann sein, wenn der ganze Staat abgeschafft wird. Das Eigentum sollte abgeschafft werden; alles sollte allen gehören. Wir brauchen keinen Staat und keine Parteien; wir können uns selbst am besten regieren. Gesellschaften, in denen alle Menschen das Gleiche haben (z.B. Einkommen, Besitz), sind viel besser als die Schweizer Gesellschaft.
No Border	Die Schweiz sollte noch viel mehr Flüchtlingen Zuflucht gewähren. Es ist unmenschlich, Menschen ohne gültige Aufenthaltsbewilligung aus der Schweiz auszuschießen.
Kapitalismus-feindlichkeit	Die Wirtschaftsbosse zerstören den Lebensraum der einfachen Menschen in den Städten. Die Reichen und Mächtigen beuten die einfachen Menschen immer mehr aus. Heutzutage bestimmen nur noch die weltweiten Großunternehmen, wo es langgeht. Die weltweiten Grossunternehmen sind verantwortlich für Armut und Hunger in der Welt
Feindlichkeit gegenüber Polizei und Staat	Polizei und Staat bespitzeln uns auf Schritt und Tritt. Polizei und Staat schützen nur die Rechte der Reichen.
Gewaltbereitschaft gegenüber Kapitalisten	Ich finde es in Ordnung, wenn die Gebäude oder Luxusautos der weltweiten Großunternehmen und Wirtschaftsbosse beschädigt werden.
Gewaltbereitschaft gegenüber Polizisten	Ich finde es in Ordnung, wenn Gewalt gegen die Polizei eingesetzt wird (z.B. durch Schläge, Tritte, Steine, Pyros).
Gewaltbereitschaft gegenüber Rechtsextremen	Ich finde es in Ordnung, wenn Rechtsextreme, Ausländerfeinde, Faschisten, Nazis o.ä. nur wegen ihrer politischen Einstellung beschimpft werden. Ich finde es in Ordnung, wenn Rechtsextreme, Ausländerfeinde, Faschisten, Nazis o.ä. nur wegen ihrer politischen Einstellung verprügelt werden. Ich finde es in Ordnung, wenn Treffpunkte von Rechtsextremen, Ausländerfeinden, Faschisten, Nazis o.ä. demoliert werden.

Neu (2009) entwickelte eine Skala zur Messung des „Linkspopulismus mit linksextremer Ausrichtung“, die in Tabelle A3 dargestellt ist.

**Tabelle A3: Das Instrument von Neu (2009)**

---

Politik wird heute auf dem Rücken der kleinen Leute ausgetragen.  
 „Die da oben“ machen doch nur was sie wollen.  
 Der Kapitalismus richtet die Welt zugrunde.  
 Es macht mir Sorgen, dass ich durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens gerate.  
 Es ist beschämend, wie mit den sozial Schwachen in der Gesellschaft umgegangen wird.  
 Ich wünsche mir, dass die Menschen in Zukunft in der klassenlosen Gesellschaft leben können.  
 Die Arbeitslosigkeit wird nur durch die Profitinteressen des Großkapitals geschaffen.  
 Die Reichen und Mächtigen verhindern, dass die Bürger ihren gerechten Anteil von dem bekommen, was sie erarbeitet haben.

---

Zusätzlich präsentiert Jungkuz (2018) ein Instrument, das die Dimensionen „Sozialismus“, „Verstaatlichung“, „Kritik an der Elite“, „Anti-Kapitalismus“, „Anti-Imperialismus“, „Anti-Amerikanismus“, „Diktaturbefürwortung“ und „DDR-Nostalgie“ umfasst (Tabelle A4).

**Tabelle A4: Das Instrument von Jungkuz (2018)**

---

Sozialismus	Socialism is a great idea, yet carried out miserably so far Der Sozialismus ist eine großartige Idee, die bisher jedoch miserabel umgesetzt wurde.
Verstaatlichung	Key industries need to be nationalised Schlüsselindustrien müssen verstaatlicht werden.
Kritik an der Elite	The rich and the powerful prevent that citizens get their fair share of what they earned Die Reichen und Mächtigen verhindern, dass die Bürger ihren gerechten Anteil an dem bekommen, was sie verdient haben.
Anti-Kapitalismus	Capitalism is ruining the world Kapitalismus ruiniert die Welt.
Anti-Imperialismus	Countries in the Third World are getting exploited ruthlessly by industrialised countries Länder der Dritten Welt werden von Industrieländern rücksichtslos ausgebeutet.
Anti-Amerikanismus	American imperialism is a threat to world peace Der amerikanische Imperialismus ist eine Bedrohung für den Weltfrieden.
Befürwortung der Diktatur	Dictatorship might be the best form of government under certain circumstances Diktatur könnte unter bestimmten Umständen die beste Regierungsform sein
DDR-Nostalgie	The GDR had more upsides than downsides Die DDR hatte mehr Vor- als Nachteile

---

## Anhang 2: Übersicht über empirische Zusammenhänge

Bislang finden sich in der Literatur nur wenige empirische Studien, die linksextreme Einstellungen oder Verhaltensweisen und deren Einflussfaktoren untersucht haben. Die Meta-Analysen von Lösel et al. (2018) und Wolfowicz et al. (2019) identifizieren jeweils nur zwei Studien, in denen Einflussfaktoren des Linksextremismus untersucht wurden. Die Literaturrecherche zu diesem Bericht hat demgegenüber acht Studien identifiziert, in denen Einflussfaktoren des Linksextremismus untersucht wurden. Die Ergebnisse dieser Studien sind in Tabelle A5 zusammengefasst, wobei sich auf bivariate Befunde dieser Studien konzentriert wird.

Zwei Studien beziehen sich auf Erwachsene. Sechs Studien auf jugendliche oder junge Erwachsene (auch bei den in der Meta-Studie von Lösel et al. (2018) berücksichtigten Studien handelt es sich um Jugendstudien). Bei allen Studien handelt es sich um Querschnittstudien, die keine Aussagen über kausale Beziehungen zulassen. Für die meisten Einflussfaktoren liegen nur Ergebnisse aus wenigen Studien vor; das umfangreichste Set an Faktoren wurde in der Studie von Manzoni et al. (2019) untersucht. Nicht immer wurden Zusammenhänge zwischen den Einflussfaktoren und dem Linksextremismus auf Signifikanz geprüft, was mit einem Sternchen (\*) in der Tabelle kenntlich gemacht wurde. Tabelle 5 lässt sich wie folgt lesen:

- Wird ein Zusammenhang mit «+» gekennzeichnet, so wird ein risikosteigernder Effekt in einer Studie berichtet (z.B. geht ein niedrigeres Lebensalter in zwei Studien mit erhöhtem Linksextremismus einher).
- Wird ein Zusammenhang mit «-» gekennzeichnet, so wird ein schützender Effekt in einer Studie berichtet (z.B. geht ein männliches Geschlecht in zwei Studien mit geringerem Linksextremismus einher).
- Wird ein Zusammenhang mit «/» gekennzeichnet, so wird in einer Studie kein signifikanter Effekt eines Faktors berichtet (z.B. zeigt sich in einer Studie kein Effekt des Geschlechts auf den Linksextremismus).
- Ist eine Zelle freigelassen, wurde in einer Studie ein Zusammenhang nicht untersucht.

Wie die Ergebnisse zeigen, kann nur für weniger Faktoren angenommen werden, dass sie studienübergreifend als bedeutsam für Linksextremismus einzustufen sind, insofern für sie einheitliche Zusammenhänge berichtet werden. In mindestens zwei Studien und weitestgehend in identischer Weise wird für folgende Faktoren ein Effekt berichtet:

- Niedrige Bildung erweist sich als ein Risikofaktor für Linksextremismus; hohe Bildung schützt dementsprechend auch für diese Form des Extremismus. Ein vergleichbarer Zusammenhang scheint für die Schichtzugehörigkeit bzw. die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit zu gelten.
- Eine Religionszugehörigkeit reduziert die Zustimmung zum Linksextremismus.
- Das Erleben elterlicher Gewalt ist ein Risikofaktor des Linksextremismus.
- Eine hohe elterliche Zuwendung wie auch eine stärkere Bindung an die Schule reduzieren die Zustimmung zum Linksextremismus.
- Eine niedrige Selbstkontrolle ist ebenfalls ein Risikofaktor des Linksextremismus. Zu diesem Merkmal liegen dabei die konsistentesten Befunde vor – fünf Studien berichten übereinstimmend risikosteigernde Effekte.
- Moralische Einstellungen (erfasst über die Akzeptanz von Gesetzen) schützt vor Linksextremismus.
- Eine positive Einstellung zur Polizei geht mit der Ablehnung des Linksextremismus einher.
- Der extremistische Medienkonsum ebenso wie die Bekanntschaft mit delinquenten Freunden sind als Risikofaktoren des Linksextremismus einzustufen.
- Der Alkoholkonsum steht zumindest in zwei von drei Studien mit einer erhöhten Zustimmung zum Linksextremismus in Verbindung.

Tabelle A5: Zusammenhänge aus verschiedenen Studien

	Schroeder/Deutz-Schroeder (2015)	Neu (2009)	Doering/Baier (2011)	Baier/Pfeiffer (2011)	Baier/Rabold (2012)	Manzoni et al. (2019)**	Pauwels/Hardyns (2018)	Lösel et al. (2018)***
Stichprobe	Erwachsene	Erwachsene	Jugendliche	Jugendliche	Jugendliche	Jugendliche	Junge Erwachsene	Verschieden
niedriges Alter	+	+				/		
männliches Geschlecht	-	-	+	+	+	+		
niedrige Bildung	+	+	/	+	+	+		
Religionszugehörigkeit	-	-			-			
niedrige Schicht/ Arbeiterschicht	+	+						
Arbeitslosigkeit	+	+				/		
geringer subjektiver Status						+		
Migrationshintergrund			/	/	/	+		
erleben elterlicher Gewalt				+	+	+		
elterliche Zuwendung						-		-
elterliche Kontrolle						-		
elterliche Inkonsistenz						+		
Bindung an Schule						-		-
Bindung an Lehrpersonen						-		
Schulschwänzen						+		
schlechte Schulleistungen						/		+
niedrige Selbstkontrolle/Risikosuche				+	+	+	+	+
Verschwörungsmentalität						+		
Institutionenvertrauen						-		
Anomie						+		
moralische Einstellungen						-		-
Männlichkeitsnormen						+		
Homophobie						+		
Identitätsdiffusion						+		
positive Einstellungen zur Polizei				-	-			
extremistischer Medienkonsum						+	+	
delinquente Freunde				+	+	+		
Alkoholkonsum				+	+	/		
Konsum illegaler Drogen						+		
delinquentes Verhalten						+		

\* es wird keine Aussage zur Signifikanz gemacht; \*\* es werden nicht alle untersuchten Faktoren in der Tabelle aufgeführt; \*\*\* es handelt sich um eine Meta-Analyse, in die zwei Studien zum Linksextremismus eingingen

Widersprüchliche Befunde ergeben sich zum Geschlecht: In Erwachsenenstichproben findet sich eine höhere Zustimmung bei weiblichen Befragten, in Jugendstichproben meist eine höhere Zustimmung bei männlichen Befragten. Für weitere Faktoren kann bislang noch kein abschliessendes Urteil bzgl. deren Einfluss getroffen werden, weil für diese nur Befunde aus einzelnen Studien vorliegen. Dies gilt auch für die Merkmale Männlichkeitsnormen, Verschwörungsmentalität und Institutionenvertrauen, für die in der Studie von Manzoni et al. (2019) zusammen mit der niedrigen Selbstkontrolle die stärksten Zusammenhänge berichtet werden, weshalb sie an dieser Stelle noch einmal besonders hervorgehoben werden sollen.

## Literatur

- Alava, S., Frau-Meigs, D., Hassan, G. (2017). *Youth and violent extremism on social media: mapping the research*. United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, Paris.
- Backes, U. (2006). *Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Backes, U. (2008). *Linksextremismus im vereinten Deutschland*. Bundeszentrale für Politische Bildung. Online abrufbar unter: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/33615/linksextremismus-im-vereinten-deutschland?p=all>
- Backes, U., Haase, A.-M. (2017). Von „Nazis“, „Zecken“ und „Bullenschweinen“. Feindbildkonstruktionen und Konfrontationsgewalt als Herausforderungen für die innere Sicherheit. In: Yendell, A., Pickel, G., Dörner, K. (Hrsg.), *Innere Sicherheit in Sachsen – Beiträge zu einer kontroversen Debatte*. Dresden/Leipzig: Landeszentrale für politische Bildung.
- Baer, S., Weilnböck, H. (2017). „Was in aller Welt treibt ausgerechnet junge Frauen in den Extremismus?": Genderaspekte in Radikalisierung und Prävention. In: Böckler, N., Hoffmann, J. (Hrsg.). *Radikalisierung und extremistische Gewalt: Perspektiven aus dem Fall- und Bedrohungsmanagement*. Frankfurt am Main: Verlag für Polizeiwissenschaft, S. 79-97.
- Baier, D. (2015). Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung. KFN: Forschungsbericht Nr. 127.
- Baier, D. (2018). Gewalt und Radikalität – Forschungsstand und Präventionsperspektiven. Gutachten für den 23. Deutschen Präventionstag am 11.&12. Juni in Dresden.
- Baier, D., Manzoni, P., Bergmann, M.C. (2016). Einflussfaktoren des politischen Extremismus im Jugendalter. Rechtsextremismus, Linksextremismus und islamischer Extremismus im Vergleich. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 99 (3), 171-198.
- Baier, D., Pfeiffer, C. (2010). Regionale Unterschiede im Rechtsextremismus Jugendlicher. *Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe*, 21, 135-145.
- Baier, D., Pfeiffer, C. (2011). Jugendliche als Opfer und Täter von Gewalt in Berlin. KFN: Forschungsberichte Nr. 114.
- Baier D., Rabold, S. (2012). Kinder- und Jugenddelinquenz im Bundesland Saarland. KFN: Forschungsbericht Nr. 120.
- Bauer, C., Tschirner, M. (2020). Gutachten zur Plakatserie „aufgeklärt statt autonom“. Frankfurt am Main: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hessen.
- Beelmann, A. (2017). Grundlagen einer entwicklungsorientierten Prävention des Rechtsextremismus. Gutachten im Rahmen des Wissenschafts-Praxis-Dialogs zwischen dem Landespräventionsrat Niedersachsen und der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Jena.
- Beelmann, A. (2019). Grundlagen eines entwicklungsorientierten Modells der Radikalisierung. In: Heinzemann, V., Marks, E. (Hrsg.), *Prävention & Demokratieförderung. Gutachterliche Stellungnahmen zum 24. Deutschen Präventionstag*. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg, S. 181-209.
- Bergmann, M.C., Baier, D., Rehbein, F., Möble, T. (2017). *Jugendliche in Niedersachsen. Ergebnisse des Niedersachsensurveys 2013 und 2015*. KFN: Forschungsbericht Nr. 131.
- Bergmann, M. C., Kliem, S., Krieg, Y., Beckmann, L. (2019). *Jugendliche in Niedersachsen. Ergebnisse des Niedersachsensurveys 2017*. KFN: Forschungsbericht Nr. 144.

- Bliesener, T. (2018). Resilienz. Schutzfaktoren für delinquentes Handeln. In: Hermann, D., Pöge, A. (Hrsg.), *Kriminalsoziologie. Handbuch für Wissenschaft und Praxis*. Baden-Baden: Nomos, S. 263-276.
- Bouhana, N., Wikström, P.O. (2011). Al Qai'da-Influenced Radicalisation: A Rapid Evidence Assessment Guided by Situational Action Theory. *RDS Occasional Paper 97*. London.
- Borum, R. (2014). Psychological Vulnerabilities and Propensities for Involvement in Violent Extremism. *Behavioral Science and the Law*, 32, 286-305.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) (o.J.a). *Glossar: Extremismus/Radikalismus*. Online verfügbar unter: <https://www.verfassungsschutz.de/de/service/glossar/extremismus-radikalismus>.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) (o.J.b). Linksextremismus. Online verfügbar unter: <https://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-linksextremismus/aussteiger-programm-linksextremismus>.
- Bundesfachstelle Linke Militanz (2018). *Begriffsverständnis linker Militanz*. Online verfügbar unter: <http://www.linke-militanz.de/ueber-uns/begriffsverstaednis-linke-militanz/>.
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2020). *Verfassungsschutzbericht 2019*. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Soziales, Frauen und Jugend [BMFSFJ] (2020a). *RadikalDemokratisch*. Online verfügbar unter: <https://www.demokratie-leben.de/projekte-expertise/projekte-finden-1/projektetails/radikaldemokratisch>.
- Bundesministerium für Familie, Soziales, Frauen und Jugend [BMFSFJ] (2020b). *F.A.N. Berlin-Brandenburg – für Demokratie, Recht und Freiheit*. Online verfügbar unter: <https://www.demokratie-leben.de/projekte-expertise/projekte-finden-1/projektetails/fan-berlin-brandenburg-fuer-demokratie-recht-und-freiheit>.
- Bundesministerium für Familie, Soziales, Frauen und Jugend [BMFSFJ] (2020c). *Linken Extremismus überzeugend kontern können – Schulung im Umgang mit gefährdeten Jugendlichen*. Online verfügbar unter: <https://www.demokratie-leben.de/projekte-expertise/projekte-finden-1/projektetails/linken-extremismus-ueberzeugend-kontern-koennen-schulung-im-umgang-mit-gefaehrdeten-jugendlichen>.
- Bundesministerium für Familie, Soziales, Frauen und Jugend [BMFSFJ] (2020d). *Radikale Reflexion. Nachhaltige Präventionsstrategien gegen vereinfachte Weltbilder und Antisemitismus in der extremen Linken*. Online verfügbar unter: <https://www.demokratie-leben.de/projekte-expertise/projekte-finden-1/projektetails/radikale-reflexion-nachhaltige-praeventionsstrategien-gegen-vereinfachte-weltbilder-und-antisemitismus-in-der-extremen-linken>.
- Bundeszentrale für politische Bildung (2011). *Was ist Propaganda?* Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/gesellschaft/medien-und-sport/krieg-in-den-medien/130697/was-ist-propaganda>.
- Butterwegge, C. (2010). Die Entsorgung des Rechtsextremismus. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 1/2010, S. 12-15.
- Chassman, A. (2016). Islamic State, identity, and the global jihadist movement: How is Islamic State successful at recruiting “ordinary” people? *Journal for Deradicalization*, 9, 205-259.
- Ceylan, R., Kiefer, M. (2018). *Radikalisierungsprävention in der Praxis. Antworten der Zivilgesellschaft auf den gewaltbereiten Neosalafismus*. Wiesbaden: Springer VS.

- Cragin, K., Bradley, M.A., Robinson, E., Steinberg, P.S. (2015). *What Factors Cause Youth to Reject Violent Extremism? Results of Exploratory Analysis in the West Bank*. Rand Co-operation.
- Coid, J.W., Bhui, K., MacManus, D., Kallis, C., Bebbington, P., Ullrich, S. (2016). Extremism, religion and psychiatric morbidity in a population-based sample of young men. *The British Journal of Psychiatry*, 209, 491-497.
- Deutz-Schroeder, M., Schroeder, K. (2016). *Linksextreme Einstellungen und Feindbilder. Befragungen, Statistiken und Analysen*. Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Dilman, D.A. (2000). *Mail and Internet Surveys: The Tailored Design Method*. New York: Wiley.
- Doering, B., Baier, D. (2011). *Jugendliche als Opfer und Täter von Gewalt im Landkreis Emsland*. KFN: Forschungsberichte Nr. 113.
- Dubow, E. F., Huesmann, L. R., Boxer, P., Smith, C. (2016). Childhood and adolescent risk and protective factors for violence in adulthood. *Journal of Criminal Justice*, 45, 26–31.
- Eilers, F., Gruber, F., Kemmesies, U. (2015). *Entwicklungsmöglichkeiten einer phänomenübergreifend ausgerichteten Prävention politisch motivierter Gewaltkriminalität (PüG)*. Modul 2 – Literaturanalyse. Bundeskriminalamt. Wiesbaden.
- El-Mafaalani, A. (2017). Provokation und Plausibilität – Eigenlogik und soziale Rahmung des jugendkulturellen Salafismus. In: Toprak, A., Weitzel, J. (Hrsg.), *Salafismus in Deutschland*. Wiesbaden: Springer VS, S. 77-90.
- El-Mafaalani, A., Fathi, A., Mansour, A., Müller, J., Nordbruch, G., Waleciak, J. (2016). *Ansätze und Erfahrungen der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit*. Frankfurt am Main: Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK).
- Farin, K. (2015). *Die Autonomen*. Berlin: Archiv der Jugendkulturen Verlag KG.
- Fergus, S., Zimmerman, M.A. (2005). Adolescent resilience: A framework for understanding healthy development in the face of risk. *Annual Review of Public Health*, 26, 399-419.
- Fischer, F. (2018). *Die konstruierte Gefahr. Feindbilder im politischen Extremismus*. Baden-Baden: Nomos.
- Flümann, G. (2020). Linke Militanz und politische Bildung. In: Meinhardt, A.-K., Redlich, B. (Hrsg.), *Linke Militanz*. Frankfurt/Main: Wochenschau Verlag, S. 60-67.
- Gabriel, T. (2005). Resilienz – Kritik und Perspektiven. *Zeitschrift für Pädagogik*, 51, S. 207-217.
- Gmeiner, J., Micus, M. (2018). Radikalismus der Tat. Linke Militanz oder die Ethnologie der (Post-)Autonomen. In: Institut für Demokratieforschung (Hrsg.), *Werkstattbericht der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (FoDEx)*. Göttingen, S. 2-18.
- Gollasch, C. (2019). Das Extremismuskonzept und neue rechte Konstellationen. Eine Einleitung. In: Dunkel, B., Gollasch, C., Padberg, K. (Hrsg.), *Nicht zu fassen. Das Extremismuskonzept und neue rechte Konstellationen*. Berlin: Universitätsverlag der TU Berlin, S. 11-40.
- Goertz, S., Goertz-Neumann, M. (2018). *Politisch motivierte Kriminalität und Radikalisierung*. Heidelberg: C.F. Müller GmbH.
- Grabska, K. (2017). Hass- und Gewaltfantasien in Zeiten negativer Modernisierung. Anders Breivik: einer von uns? *Forum der Psychoanalyse. Zeitschrift für psychodynamische Theorie und Praxis*, 33, 171-184.



- Gruber, F., Lützing, S. (2017). *Extremismusprävention in Deutschland – Erhebung und Darstellung der Präventionslandschaft*. Bundeskriminalamt.
- Hassan, G., Brouillette-Alarie, S., Alava, S., Frau-Meigs, D., Lavoie, L., Fetiu, A., Varela, W., Borokhovski, E., Venka-tesh, V., Rousseau, C., Sieckelink, S. (2018). Exposure to Extremist Online Content Could Lead to Violent Radicalization: A Systematic Review of Empirical Evidence. *International Journal of Development Science*, 12, S. 71-88.
- Hillebrand, K., Zenner, K., Schmidt, T., Kühnel, W., Willems, H. (2015). *Politisches Engagement und Selbstverständnis linksaffiner Jugendlicher*. Springer VS. Wiesbaden.
- Hradil (2012). *Ausblick. Bundeszentrale für politische Bildung*. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138446/ausblick>
- Jasko, K., LaFree, G., Kruglanski, A. (2016). Quest for Significance and Violent Extremism: The Case of Domestic Radicalization. *Political Psychology*, 38, 815–831.
- Jesse, E. (2018). *Grundlagen*. In: Jessem E., Mannewitz, Tom (Hrsg.), *Extremismusforschung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis*. Baden-Baden: Nomos, S. 23-58.
- Jesse, E., Lang, J.P. (2008). *DIE LINKE – der smarte Extremismus einer deutschen Partei*. München: Olzog Verlag.
- Jungkunz, S. (2018). Towards a Measurement of Extreme Left-Wing Attitudes. *German Politics*, 28, 101-122.
- Jolliffe, D., Farrington, D.P., Loeber, R., Pardini, D. (2016). Protective factors for violence: Results from the Pittsburgh Youth Study. *Journal of Criminal Justice*, 45, 32-40.
- Kemmesies, U. (2020). Begriffe, theoretische Bezüge und praktische Implikationen. In: Ben Slama, B., Kemmesies, U. (Hrsg.), *Handbuch Extremismusprävention. Gesamtgesellschaftlich. Phänomenübergreifend*. Wiesbaden: Bundeskriminalamt., S. 33-58.
- Kleffner, H., Holzberger, M. (2004). Polizeiliche Erfassung rechter Straftaten. *Bürgerrechte & Polizei/Cilip* 77, 56-64.
- Kober, M. (2019). *Evaluation von Ansätzen zur Prävention von linker Militanz und Linksextremismus. Eine Übersichtsarbeit*. Nationales Zentrum für Kriminalprävention.
- Koomen, W., van der Pligt, J. (2016). *The Psychology of Radicalization and Terrorism*. Abingdon.
- Kraus, B., & Mathes, C. (2010). Soziale Auffälligkeiten in den Biographien „rechtsmotivierter“ Straftäter. In: Lützing, S., *Die Sicht der Anderen – Eine qualitative Studie zu Biographien von Extremisten und Terroristen*. Wiesbaden: Bundeskriminalamt, S. 79-92.
- Krohn, M.D., Lizotte, A.J., Bushway, S.D., Schmidt, N.M., Phillips, M.D. (2014). Shelter During the Storm: A Search for Factors That Protect At-Risk Adolescents From Violence. *Crime & Delinquency*, 60, 379-401.
- Kruglanski, A.W., Gelfand, M.J., Bélanger, J.J., Sheveland, A., Hetiarachchi, M., Gunaratna, R. (2014). The Psychology of Radicalization and Deradicalization: Hoy Significance Quest Impacts Violent Extremism. *Advances in Political Psychology*, 35, 69-93.
- Kubink, M. (2002). Fremdenfeindliche Straftaten – ein neuer Versuch der polizeilichen Registrierung und kriminalpolitischen Bewältigung. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 85, 325-340.

- Kühnel W., Willems, H. (2016). Das ambivalente Verhältnis zu Gewalt bei engagierten linken Jugendlichen. In: Lessenich, S. (Hrsg.), *Geschlossene Gesellschaften. Verhandlungen des 38. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Bamberg 2016*.
- Lang, J. (2018). Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. In: Jesse, E., Mannewitz, T. (Hrsg.) *Extremismusforschung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis*. Baden Baden: Nomos, S. 339-388.
- Lehmann, L., Jukschat, N. (2019). Linksextremismus ein problematisches Konzept. Perspektiven verschiedener Praxisakteure. *SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis*, 4/2019, 41-52.
- Leistner, A., Schau, K., Johansson S. (2014). *Gesamtbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“*. Berichtszeitraum 01.01.2011-31.12.2014. Halle (Saale): Deutsches Jugendinstitut.
- Lewin-Bizan, S., Bowers, E. P., Lerner, R. M. (2010). One good thing leads to another: Cascades of positive youth development among American adolescents. *Development and Psychopathology*, 22, 759–770.
- Lösel, F., Bliesener, T. (1994). Some high-risk adolescents do not develop conduct problems: A study of protective factors. *International Journal of Behavioral Development*, 17, 753-777.
- Lösel, F., King, S., Bender, D., Jugl, I. (2018). Protective Factors Against Extremism and Violent Radicalization: A Systematic Review of Research. *International Journal of Developmental Science*, 1–14. .
- Lösel, F., Bender, D., Jugl, I., King, S. (2020). Resilience against Political and Religious Extremism, Radicalization, and Related Violence: A Systematic Review of Studies on Protective Factors. In: Weisburd, D., Savona, E. U., Hasisi, B., Calderoni, F. (Eds.), *Understanding Recruitment to Organized Crime and Terrorism*. New York: Springer, p. 55-84.
- Lützing, S. (2010). *Die Sicht der Anderen. Eine qualitative Studie zu Biographien von Extremisten und Terroristen*. Wiesbaden: Bundeskriminalamt.
- Lützing, S. (2020). „Ich habe nicht gesagt: ‚Ihr seid mir zu radikal, ich höre jetzt auf‘, ich bin einfach nicht mehr zu den Demos gegangen“. Über die Gemeinsamkeiten unterschiedlich orientierter Extremisten und die Spezifika linksmotivierter Umfeldler. In: Meinhardt, A.-K., Redlich, B. (Hrsg.), *Linke Militanz*. Frankfurt/Main: Wochenschau Verlag, S. 91-101.
- Malthaner, S. (2017). Radicalization. *European Journal of Sociology*, 58, 369–401.
- Mannewitz, T. (2018). Rechte und linke politische Gewalt. In: Mannewitz, T., Ruch, H., Thieme, T., Winkelmann, T. (Hrsg.), *Was ist politischer Extremismus. Grundlagen, Erscheinungsformen, Interventionsansätze*. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag, S. 111-132.
- Mannewitz, T., Thieme, T. (2020). *Gegen das System. Linker Extremismus in Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Manzoni, P., Baier, D., Haymoz, S., Isenhardt, A., Kamenowski, M., Jacot, C. (2018). *Verbreitung extremistischer Einstellungen und Verhaltensweisen unter Jugendlichen in der Schweiz*. Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften: Forschungsbericht.
- Manzoni, P., Baier, D., Kamenowski, M., Isenhardt, A., Haymoz, S., Jacot, C. (2019). *Einflussfaktoren extremistischer Einstellungen unter Jugendlichen in der Schweiz*. Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften: Forschungsbericht.

- Masten, A.S., Hubbard, J.J., Gest, S.D., Tellegen, A., Garmezy, N., Ramirez, M. (1999). Competence in the context of adversity: Pathways to resilience and maladaptation from childhood to late adolescence. *Development and Psychopathology* 11, 143–169.
- Matt, E. (2017). Radikalisierung: Dem Leben Sinn und Ordnung geben. Dschihadistischer Extremismus – ein jugendkulturelles Phänomen? *Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe*, 28, 252-257.
- Matuschek, I., Krähnke, U., Kleemann, F., Ernst, F. (2011). *Links sein. Politische Praxen und Orientierungen in linksaffinen Alltagsmilieus*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Mayring, P. (2003). *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. Weinheim: Beltz.
- Meinhardt, A.-K., Redlich, B. (2020) (Hrsg.). *Linke Militanz*. Frankfurt/Main: Wochenschau Verlag.
- Melloy, J.R., Pollard, J. (2017). Lone-Actor Terrorism and Impulsivity. *Journal of Forensic Science*, 1-4.
- Meuser M., Nagel U. (2009). *Das Experteninterview – konzeptionelle Grundlagen und methodische Anlage*. In: Pickel S., Pickel G., Lauth HJ., Jahn D. (Hrsg.). *Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. [https://doi.org/10.1007/978-3-531-91826-6\\_23](https://doi.org/10.1007/978-3-531-91826-6_23).
- Moghaddam, F. M. (2005). The staircase to terrorism: A psychological exploration. *American Psychologist*, 60, 161-169.
- Müller, K., Schwarz, C. (2017). *Fanning the Flames of Hate: Social Media and Hate Crime*. Online verfügbar unter: <https://ssrn.com/abstract=3082972>.
- Neu, V. (2006). Rechts- und linksextreme Einstellungsmuster in Deutschland. In: Backes, U., Jesse, E. (Hrsg.), *Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 223-252.
- Neu, V. (2009). *Rechts- und Linksextremismus in Deutschland. Wahlverhalten und Einstellungen*. Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Neumann, P. (2013). Radikalisierung, Deradikalisierung und Extremismus. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 29-31/2013, 3-10.
- Neumann, P., Winter, C., Meleagrou-Hitchens, A., Ranstorp, M., Vidino, L., (2019). *Die Rolle des Internets und sozialer Medien für Radikalisierung und Deradikalisierung*. Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) & Peace Research Institute Frankfurt (PRIF).
- Noeker, M., Petermann, F. (2008). Resilienz: Funktionale Adaptation an widrige Umgebungsbedingungen. *Zeitschrift für Psychiatrie, Psychologie und Psychotherapie*, 56, S. 255–263.
- Olsen, J.A. (2009). *Roads to Militant Radicalization. Interviews with five Former Perpetrators of Politically Motivated Organized Violence*. Danish Institute for International Studies.
- Pauwels, L., De Waele, M. (2014). Youth Involvement in Politically Motivated Violence: Why do Social Integration, Perceived Legitimacy, and Perceived Discrimination Matter? *International Journal of Conflict and Violence*, 8, 134-153.
- Pauwels, L.J.R., Hardyns, W. (2018). Endorsement for Extremism, Exposure to Extremism via Social Media and Self-Reported Political/Religious Aggression. *International Journal of Developmental Science*, 12, 51–69.

- Pauwels, L. J.R., Svensson, R. (2017). How Robust Is the Moderating Effect of Extremist Beliefs on the Relationship Between Self-Control and Violent Extremism? *Crime & Delinquency*, 63, 1000-1016.
- Pfahl-Traughber, A. (2014). *Linksextremismus – analytische Kategorie oder politisches Schlagwort?* <https://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/191096/linksextremismus-analytische-kategorie-oder-politisches-schlagwort>.
- Pfahl-Traughber, A. (2020). *Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme*. 2. aktualisierte Auflage. Springer VS. Wiesbaden.
- Pisoiu, D. (2012). *Islamist Radicalisation in Europe. An Occupational Change Process*, Abingdon.
- Quent, M. (2012). *Mehrebenenanalyse rechtsextremer Einstellungen: Ursachen und Verbreitung in unterschiedlichen sozioökonomischen Regionen Hessens und Thüringens*. Magdeburg: Meine Verlag.
- Quent, M., Schulz, P. (2015). *Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichende Fallstudien*. Wiesbaden: Springer VS.
- Ramboll Management Consulting GmbH (2019). *Linksextremistische Erscheinungsformen und insbesondere linke Gewalt in Schleswig-Holstein*.
- Riesner, L. (2014). *Die Möglichkeiten und Grenzen der Vorhersage delinquenten Verhaltens von jungen Menschen anhand ihrer Jugendhilfeunterlagen*. Dissertation. Universität Kiel.
- Roedel, J. (o.J.). *Der sichtbare Linksextremismus: Linksextreme Agitation und Parolen im Stadtbild*. Online verfügbar unter: <https://www.kas.de/de/web/linksextremismus/der-sichtbare-linksextremismus-linksextreme-agitation-und-parolen-im-stadtbild>.
- Saimeh, N. (2017). Zur Bedeutung der Borderline-Persönlichkeitsorganisation für die Psychodynamik der Radikalisierung. In: Böckler, N., Hoffmann, J. (Hrsg.), *Radikalisierung und terroristische Gewalt: Perspektiven aus dem Fall- und Bedrohungsmanagement*. Frankfurt am Main: Verlag für Polizeiwissenschaft, S. 207-222.
- Scherr, A. (2020). *Legitime Gesellschaftskritik oder Extremismus?* In: Meinhardt, A.-K., Redlich, B. (Hrsg.), *Linke Militanz*. Frankfurt/Main: Wochenschau Verlag, S. 78-90.
- Schils, N./Verhage, A. (2017). Understanding How and Why Young People Enter Radical or Violent Extremist Groups. *International Journal of Conflict and Violence*, 11, 1-17.
- Schroeder, K., Deutz-Schroeder, M. (2015). *Gegen Staat und Kapital – für die Revolution! Linksextremismus in Deutschland – eine empirische Studie*. Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag.
- Schroeder, K., Deutz-Schroeder, M. (2019). *Der Kampf ist nicht zu Ende. Geschichte und Aktualität linker Gewalt*. Freiburg im Breisgau: Verlag Herder GmbH.
- Schröder, C. P., Goede, L.-R., Lehmann, L. (2020). Kriminologische Risikofaktoren für die Radikalisierung von Jugendlichen. In: Grafl, C., Beclin, K., Stempkowski, M., Haider, I. (Hrsg.), „Sag, wie hast du's mit der Kriminologie?“ – Die Kriminologie im Gespräch mit ihren Nachbardisziplinen. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2020.
- Schröder, C.P., Goede, L.-R., Lehmann, L. (2020a). *Perspektiven von Studierenden. Ergebnisse einer Befragung zu den Themen Politik, Religion und Gemeinschaft im Rahmen des Projektes „Radikalisierung im digitalen Zeitalter (RadigZ)“*. Forschungsbericht Nr. 156. Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen.

- Schumacher, N. (2014). „Nicht nichts machen“ *Selbstdarstellungen politischen Handelns in der Autonomen Antifa*. Dissertation: Universität Kassel.
- Schuhmacher, N. (2016). *Dokumentation. Fachaustausch im Themenfeld „Linke Militanz“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“*. Am 19.09.2016 in Berlin. Online verfügbar unter: [http://demokratie-leben-wuerzburg.de/wp-content/uploads/2017/01/170119\\_Dokumentation\\_Fachaustausch\\_Linke\\_Militanz\\_freigegeben.pdf](http://demokratie-leben-wuerzburg.de/wp-content/uploads/2017/01/170119_Dokumentation_Fachaustausch_Linke_Militanz_freigegeben.pdf).
- Sieckelinck, S., Gielen, A.-J. (2018). *Protective and promotive factors building resilience against violent radicalisation*. RAN Issue Paper. RAN Centre of Excellence. European Commission.
- Tajfel, H., Turner, J.C. (1986). The social identity theory of intergroup behavior. In: Worchel, S., Austin, W.G. (Hrsg.), *Psychology of Intergroup Relations* (2. Aufl). Chicago: Nelson-Hall, pp. 7–24.
- Ttofi, M.M., Farrington, D.P., Piquero, A.R., DeLisi, M. (2016). Protective factors against offending and violence: Results from prospective longitudinal studies. *Journal of Criminal Justice*, 45, 1-3.
- Van Hüllen, R. (2013). Unterschiede der Prävention im Rechts- und Linksextremismus – Eine kritische Zwischenbilanz zu einer schwierigen Materie. In: Hirscher, G., Jesse, E. (Hrsg.) *Extremismus in Deutschland. Schwerpunkte, Vergleiche, Perspektiven*. Baden-Baden: Nomos, S. 489-504.
- Van Hüllen, R. (2018). *In Hamburg nichts neues? „Antikapitalistischer“ Krawall und seine gesellschaftliche Wahrnehmung*. Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
- White, J. Moffitt T.E., Silva P.A. (1989). A prospective replication of the protective effects of IQ in subjects of high risk for delinquency. *Journal of Consulting and Clinical Psychology*, 37, 719–724.
- Wilner, A.S., Dubouloz, C.J. (2010). Homegrown terrorism and transformative learning. An interdisciplinary approach to understanding radicalization. *Global Change, Peace & Security*, 22, 33–51.
- Wolfowicz, M., Litmanovitz, Y., Weisburd, D., Hasisi, B. (2019). A Field-Wide Systematic Review and Meta-analysis of Putative Risk and Protective Factors for Radicalization Outcomes. *Journal of Quantitative Criminology*, 36, S. 407–447.
- Zick, A., Böckler, N. (2015). Extremistische Radikalisierung als Inszenierung: Vorschlag für eine Sicht auf den Prozess der Radikalisierung und die Prävention. *Forum Kriminalprävention*, 3, 6-16.
- Zick, A., Küpper B. (2016). Rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen. In: Virchow F., Langebach M., Häusler A. (Hrsg.), *Handbuch Rechtsextremismus*. Wiesbaden: Springer VS.
- Zick, A., Küpper B., Berghan W. (2019b). *Kurzzusammenfassung. Verlorene Mitte - Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19*. Online verfügbar unter: <https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=39654&token=b0885615499aae36a49159101cc5a114769827c4>.
- Zick, A., Srowig, F., Roth, V., Psoiu, D., Seewald, K. (2019a). *Individuelle Faktoren der Radikalisierung zu Extremismus, Gewalt und Terror: Zur Forschungslage*. In: Daase, C., Deitelhoff, N., Junk, J. (Hrsg.), *Gesellschaft Extrem. Was wir über Radikalisierung wissen*. Frankfurt am Main: Campus Verlag, S. 45-90.

